

# Stenographisches Protokoll

37. (verlangte) Sitzung des Kärntner Landtages - 28. Gesetzgebungsperiode  
Donnerstag, 21. Feber 2002

## Inhalt

**Fragestunde** (S. 4731)

**Aktuelle Stunde** (S. 4748)

Antragsteller: FPÖ-Klub; Thema: "Zusätzliche zweisprachige Ortstafeln in Kärnten" (S. 4748)

Redner: Dr. Strutz (S. 4749), Unterrieder (S. 4750), Dr. Wutte (S. 4750), Lobnig (S. 4751), Mag. Cernic (S. 4753), Mag. Grilc (S. 4754), Dr. Haider (S. 4754), Schober (S. 4756), Dipl.-Ing. Gallo (S. 4757), Volautschnig (S. 4758)

**Mitteilung des Einlaufes** (S. 4759)

A) Dringlichkeitsanträge (S. 4759)

**1. Ldtgs.Zl. 572-5/28:**

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Mißbilligung der Irak-Reise von Landeshauptmann Dr. Haider - Aufforderung zum Rücktritt

Zur Begründung der Dringlichkeit: Dr. Wutte (S. 4759)

Zur Dringlichkeit: Dr. Strutz (S. 4761), Unterrieder (S. 4762), Sablatnig (S. 4763), Mag. Scheucher-Pichler (S. 4764), Jost (S. 4766), Lutschounig (S. 4767), Ing. Rohr (S. 4768), Mag. Dr. Kaiser (S. 4769), Ramsbacher (S. 4770), Hinterleitner (S. 4771), Mag. Cernic (S. 4772), Wulz (S. 4773), Arbeiter (S. 4774), Dr. Strutz (S. 4775), Dipl.-Ing. Gallo (S. 4776)

Ablehnung der Dringlichkeit (FPÖ nein, SPÖ ja, ÖVP ja) (S. 4777)

Zuweisung: Ausschuß für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten (S. 4777)

Zur Geschäftsordnung: Dr. Wutte (S. 4777)

Zur Geschäftsordnung: Dr. Strutz (S. 4778)

Unterbrechung der Sitzung von 19.58 Uhr bis 20.33 Uhr wegen Einberufung einer

Obmännerkonferenz (S. 4778)

Fortsetzung der Sitzung (S. 4778)

Zur Geschäftsordnung: Dr. Strutz (S. 4778)

Zur Geschäftsordnung: Unterrieder (S. 4779)

Zur Geschäftsordnung: Dr. Strutz (S. 4779)

Abstimmung über Vertagungsantrag der FPÖ-Fraktion (FPÖ ja, SPÖ nein, ÖVP nein) (S. 4779)

**Ldtgs.Zl. 572-2/28:**

Antrag zur Geschäftsbehandlung von allen Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Überprüfung der von Landeshauptmann Dr. Jörg Haider in dieser Legislaturperiode durchgeführten außereuropäischen Reisen

Mehrheitliche Annahme (FPÖ nein, SPÖ ja, ÖVP ja) (S. 4779)

Unterbrechung der Sitzung von 20.41.10 Uhr bis 20.41.50 Uhr (S. 4780)

Abstimmung über die Anzahl der Mitglieder des Untersuchungsausschusses (FPÖ nein, SPÖ ja, ÖVP ja) (S. 4780)

Unterbrechung der Sitzung von 20.43 Uhr bis 21.06 Uhr (S. 4780)

Bekanntgabe der Mitglieder des Untersuchungsausschusses (S. 4780)

Wahl der Mitglieder des Untersuchungsausschusses (S. 4780)

Unterbrechung der Sitzung von 21.24 Uhr bis 21.28 Uhr (S. 4781)

Bekanntgabe des Wahlergebnisses (S. 4781)

Zur Geschäftsordnung: Unterrieder (S. 4781)

**Ldtgs.Zl. 572-1/28:**

Prüfungsverlangen des Landtages vom 21.2.2002 auf Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend die Überprüfung

der Reise von Landeshauptmann Dr. Jörg Haider zum Diktator Saddam Hussein durch den Landesrechnungshof  
Mehrheitliche Annahme (FPÖ nein, SPÖ ja, ÖVP ja) (S. 4782)

### 2. Ldtgs.Zl. 543-2/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Jugendschutz

Zur Begründung der Dringlichkeit: Jost (S. 4782)

Zur Dringlichkeit: Schober (S. 4782), Mag. Scheucher-Pichler (S. 4783)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 4783)

Einstimmige Annahme (S. 4784)

### 3. Ldtgs.Zl. 572-6/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend großer Schaden für das Ansehen Kärntens durch die Reise des

Landeshauptmannes Jörg Haider zum Diktator Saddam Hussein

Zur Begründung der Dringlichkeit: Unterrieder (S. 4784)

Zur Dringlichkeit: Ramsbacher (S. 4784), Dr. Strutz (S. 4785)

Ablehnung der Dringlichkeit (FPÖ nein, SPÖ ja, ÖVP ja) (S. 4786)

Zuweisung: Ausschuß für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten

B) Anträge von Abgeordneten (S. 4786)

C) Schriftliche Anfrage (S. 4787)

### Ldtgs.Zl. 572-4/28:

Schriftliche Anfrage von Abgeordneten des SPÖ-Klubs an LH Dr. Jörg Haider betreffend die Reise des Landeshauptmannes von Kärnten Dr. Jörg Haider zum Diktator Saddam Hussein

**Beginn:** Donnerstag, 21.2.2002, 16.33 Uhr

**Ende:** Donnerstag, 21.2.2002, 21.55 Uhr

## Beginn der Sitzung: 16.33 Uhr

**Vorsitz:** Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag**, Zweiter Präsident **Ferlitsch**, Dritter Präsident **Mitterer**

**Anwesend:** 36 Abgeordnete

**Mitglieder des Bundesrates:**  
**Würschl, Ing. Gruber**

**Am Regierungstisch:** Landeshauptmann **Dr. Haider**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifenberger**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy**, Landesrat **Dörfler**, Landesrat **Schiller**, Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut**, Landesrat **Wurmitzer**; Landesamtsdirektor **Dr. Sladko**

**Schriefführer:** Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

*(Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)*  
Geschätzte Damen und Herren! Hoher Landtag! Ich begrüße Sie zur 37. Sitzung des Kärntner Landtages und eröffne diese. Wie Sie aus der Ihnen übermittelten Einladung ersehen konnten, liegt heute eine sogenannte "verlangte Landtags-sitzung" vor. Um durch einen Dringlichkeitsantrag die Irakreise des Herrn Landeshauptmannes von Kärnten und deren Folgen für Kärnten erörtern zu können, haben die Abgeordneten des ÖVP-Klubs in der erforderlichen Anzahl die Abhaltung dieser Sitzung verlangt. Die Sitzung wurde fristgerecht einberufen. Ich möchte auch die Vertreter der Regierung herzlich begrüßen und die Mitarbeiter des Amtes der Kärntner Landesregierung sowie die Zuhörer auf der Tribüne und die Medienvertreter.

Entschuldigt haben sich die Frau Bundesrätin

**Dipl.-Ing. Freunschlag**

Dr. Renate Kanovsky-Wintermann, Frau Bundesrätin Mag. Melitta Trunk und Herr Bundesrat Ing. Georg Klamt. Bevor ich in die Sitzung eingehe, darf ich noch Geburtstagswünsche übermitteln. Herrn Mag. Christian Ragger zu seinem gestrigen Geburtstag und Herrn Dietmar Koncilia zu seinem morgigen Geburtstag. (*Beifall im Hause.*) Herzliche Gratulation. Und auch Frau Mag. Elisabeth Scheucher-Pichler, die ebenfalls in einigen Tagen ihren Geburtstag feiern wird, herzliche Gratulation! (*Beifall im Hause.*)

Meine Damen und Herren! Bevor ich zur Fragestunde komme, möchte ich aus aktuellem Anlaß dem Kärntner Weltklasseabfahrer aus Gerlamoos, aus der Gemeinde Steinfeld, unseren Fritz Strobl, zur ersten und bisher einzigen Goldmedaille anläßlich der Olympischen Winterspiele in Salt Lake City sehr sehr herzlich gratulieren.

Ich habe das auch schon im Namen des Landtages, unmittelbar nach dem Abfahrtslauf, gemacht. Ich kann sagen, daß wir stolz auf diesen sympathischen und sehr erfolgreichen Rennläufer und Menschen sind, der nach Franz Klammer wiederum in der Lage war, für Kärnten eine Goldmedaille im Abfahrtslauf zu erringen und damit auch Kärnten als ein sehr bedeutendes Wintertourismus- und Wintersportland in der Welt darzustellen. Fritz Strobl hat sich erlaubt, eine Erinnerungskarte mit Signet an alle Abgeordneten des Kärntner Landtages zu übermitteln und der Herr Bürgermeister der Gemeinde Steinfeld wird diese Karte auch den Abgeordneten zur Erinnerung überreichen. Ich bedanke mich bei Fritz Strobl recht herzlich! (*Beifall im Hause.*)

Wir kommen nun zur

**Fragestunde**

und ich möchte die erste Frage aufrufen.

**1. Ldtgs.Zl. 285/M/28:****Anfrage des Abgeordneten Dr. Strutz an Landeshauptmann Dr. Haider**

(*Abg. Dr. Strutz: Der Landeshauptmann ist nicht da!*) Ich kann diese Anfrage nicht aufrufen, da der Herr Landeshauptmann noch nicht im Saale ist. - Sie wird bei der nächsten Sitzung aufgerufen.

Ich komme zur Anfrage

**2. Ldtgs.Zl. 286/M/28:****Anfrage der Abgeordneten Dr. Egger an Landesrat Wurmitzer**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Dr. Egger** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Zuhörer! Herr Landesrat! Aus welchen Gründen wurde eine Verordnung zum Naturschutzgesetz, welche alle erforderlichen Schutzmaßnahmen zur Erhaltung der wildwachsenden Waldfrucht-

pflanzen regeln soll, noch nicht erlassen?

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Nach § 18 des Kärntner Naturschutzgesetzes kann die Landesregierung der Verordnung, wildwachsende Pflanzen deren Bestand gefährdet oder aus Gründen zur Erhaltung eines ausgeglichenen Naturhaushaltes zu sichern sind, mit Verordnung schützen. Dies ist auch durch die Pilzverordnung hinsichtlich der Pilze erfolgt. Nach der Pflanzenartenschutzverordnung ist unter anderem die gewöhnliche Moosbeere, die kleinfrüchtige Moosbeere und die Moorrauschbeere bisher schon geschützt. Der Bestand von Schwarzbeeren, Preiselbeeren und anderen wird derzeit im Allgemeinen als nicht gefährdet eingestuft. Aus diesem Grunde wurden diese Waldfruchtpflanzen in die bisherigen Pflanzenschutzverordnungen nicht aufgenommen. Dieser Auffassung seitens der Abteilung 20 schließt sich auch der fachliche Naturschutz in seiner Stellungnahme an. Mittlerweile hat der Landtag am 13. Dezember ein neues Naturschutzgesetz beschlossen und dieses Naturschutzgesetz ist dann nach sei-

## Wurmitzer

ner Kundmachung rechtswirksam geworden und jetzt wird an den entsprechenden Verordnungen gearbeitet. Die Verordnungen werden fristgerecht, das heißt, vor der Saison - was die Pilze und auch die Beeren anbelangt - der Kärntner Landesregierung vorgelegt. Ich darf also sagen, daß wir natürlich mit großer Sorge beobachten, daß gewisse wildwachsende Pflanzen, aber auch die Pilze durch Raubbau bedroht sind. Daher gibt es auch eine Pilzverordnung, und zwar wird sie allen, die nach Kärnten einreisen, während der Pilzsaison in der jeweiligen Muttersprache, sprich in Slowenisch und auch in Italienisch und natürlich in Deutsch überreicht, damit die Gäste, die zu uns kommen, über die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen informiert werden.

Wie ich jetzt höre, gibt es auch im Bereich der Waldbeeren Spezialisten, die ebenfalls systematisch dabei sind, im großen Umfang diese Pflanzen zu ernten bzw. in einem solchen Umfang zu ernten, daß die Fortpflanzung - sprich also der Bestand - gefährdet ist. Dazu gibt es auch technische Geräte, die eingesetzt werden, um noch mehr von den Waldbeeren abzuernten. Ich werde das in der Waldbeerenverordnung zum Naturschutzgesetz berücksichtigen. Ich werde aber den Naturschutzbeirat und auch die Fraktionen bei der Vorberatung dieser Verordnung einbinden, sodaß jede Fraktion des Hohen Hauses die Möglichkeit haben wird, auch entsprechende Vorschläge einzubinden.

Ich darf auch einen Gruß an die Bürgerinitiative, die sich bei mir jetzt gerade vorgestellt hat aus der Dobrowa richten und ihnen versprechen, daß ich natürlich bereit bin, in Diskussion mit betroffenen Bürgern einzutreten und auf die berechtigten Wünsche Ihrerseits entsprechend zu reagieren. Was wir nicht haben wollen: Daß unser Land durch übermäßigen Entzug von Beeren und Pilzen Schaden leidet und daß das was in der Natur vorhanden ist, in Zukunft auch weiterhin erhalten werden soll. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Ich bitte, die Zuhörerinnen und Zuhörer *(Gemeint sind die ZuhörerInnen auf der Tribüne.)*

keine Kundgebungen zu geben, da das nur hier den Abgeordneten erlaubt ist, aber Sie können natürlich gerne dieser Sitzung beiwohnen und Ihr Wohlwollen über andere Aktivitäten zum Ausdruck bringen. *(Dies löst mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten der ÖVP-Fraktion aus.)* Ja, man kann ja auch Leserbriefe schreiben oder Glückwunschtelegramme übermitteln oder sonstige Dinge, nicht? *(Dies wird auf heitere Weise vorgetragen.)* Hat die SPÖ eine Zusatzfrage? - Wird seitens der ÖVP eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall. - Dann hat die Anfragerstellerin noch eine Zusatzfrage!

Abgeordnete **Dr. Egger** (FPÖ):

Herr Landesrat! Werden Sie sich auch dafür einsetzen oder dafür Sorge tragen, daß die Gesetze im Hinblick auf das Sammeln von Pilzen, wie bereits genannte Pilzverordnung, auch wirksam exekutiert werden?

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Ja selbstverständlich! Eine Verordnung, die nicht überwacht wird und deren Einhaltung nicht kontrolliert wird, ist wirkungslos. Daher wird zu gegebener Zeit - und es ist ja jetzt sozusagen eine Zeit, wo nichts zu ernten ist im Wald - aber zu gegebener Zeit werden auch die Exekutivorgane und die Grenzschutzorgane entsprechend angewiesen, auf die Einhaltung dieser Verordnungen Bedacht zu nehmen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist die 2. Anfrage erledigt. Wir kommen zur Anfrage

### 3. Ldtgs.Zl. 287/M/28:

**Anfrage des Abgeordneten Schlagholz an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Pfeifenberger**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Seit Mitte der 90iger-Jahre, 1994/1995, gibt es massive Bemühungen am Schulstandort der Berufsschule in Wolfsberg, einen dringend notwendigen Zu- und Umbau an dieser Schule zu realisieren, abgestimmt vor allem auf den Bereich der Ausbildungsbereiche KFZ-, Metall- und der Tischlerberufe. Infolge dessen gab es einstimmige Beschlüsse des Kärntner Landtages und auch der Kärntner Landesregierung im Dezember 1998. Ein einstimmiger Beschluß, der dann in Folge 1999 von der neugebildeten Regierung nicht weiter verfolgt wurde. Der letzte einstimmige Beschluß stammt vom Mai 2001 und dieser Beschluß wurde auch mit Ihrer Stimme einstimmig gefaßt und auch in Kenntnis eines Konzeptes, welches in diesen Wochen auch Grundlage einer teils sehr emotionalen Diskussion ist. Dieses Konzept steht nicht im Widerspruch zur Notwendigkeit der Maßnahmen, wie sie bereits von der Hochbauabteilung projektiert, auch vergabefertig vorliegen und der LIG übergeben wurden.

Ich frage Sie daher: Wann wird die Landesimmobiliengesellschaft, die von der Landesregierung in ihrer Sitzung vom April 2001 beschlossenen Zu- und Umbaumaßnahmen an der Berufsschule Wolfsberg umsetzen?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Herren Abgeordnete! Ich darf berichten, daß der Herr Landeshauptmann als zuständiger Schulreferent über die Abteilung 6 ein sehr zukunftsorientiertes Berufsschulstandortkonzept in Ausarbeitung hat und daß dieses Standortkonzept den politischen Parteien bereits vorgestellt wurde. Es hat zum Inhalt, daß kärntenweit eine Neuordnung der Strukturen und Zuordnungen der einzelnen Fachgruppen und Ausbildungsschwerpunkte auf die bereits bestehenden Standorte hat. Darüber hinaus ist ein Investitionsprogramm von einer Größenordnung in etwa von 200 Millionen Schilling in den nächsten Jahren festgelegt worden. Wir haben eine 100-prozentige Abklärung und Zustimmung der Schulstandortleiter bereits

in Abstimmung mit den zuständigen Behörden. Das heißt, es ist jetzt nur mehr das Problem, daß eine Diskussion darüber entstanden ist - nachdem der Klubobmann der sozialdemokratischen Fraktion als Vorsitzender der Gewerkschaft, sich, glaube ich, hier etwas querlegt. (*Gemeint ist Klubobmann Unterrieder.*) Es wäre sozusagen in Ihrem Einflußbereich, in Ihrer Fraktion abzuklären, warum hier eine gegensätzliche Meinung gegen die Intentionen der Direktoren und der Schulstandleiter vorhanden ist und daß sogar die Arbeiterkammer dafür ist, daß dieses Standortkonzept durchgesetzt wird und wir nicht verstehen, warum es zu dieser Verhaltensweise kommt.

Es ist ja nächste Woche eine Enquete geplant, wo alle dann noch einmal diskutieren können und wir dann, wenn dieses neue Berufsschulstandortkonzept auch 100%ig akkordiert ist, an die Arbeit gehen können, diese Baumaßnahmen, diese neuen Festlegungen in Form von Kompetenz-Centern mit der zusätzlichen Möglichkeit, hier auch die praktischen Ausbildungsbereiche besser zu gestalten mit moderneren Ausrichtungsgegenständen wie Werkstätten und Infrastruktur auszustatten. Daß wir dann, auch gegenüber der jetzigen Situation, bessere Voraussetzungen haben, um unsere Jugend zukunftsorientiert auszubilden, um den Lehrlingen und auch den Unternehmen hier neue Möglichkeiten der Einbindung von Infrastruktur auch auf der Kommunikation und der Infrastruktur, was den Telekommunikationsbereich betrifft, anbieten zu können. Ich glaube, daß dies richtig ist, daß wir nicht vorher investive Festlegungen und Umsetzungen treffen sollten, bevor wir nicht das Gesamtkonzept hier verabschiedet haben.

Ich ersuche nochmals, daß Ihre Fraktion hier auch den nötigen Beitrag dazu leistet, nachdem wir wissen, daß die Arbeitnehmervertretung, nämlich die Arbeiterkammer, hier 100%ig dafür ist, und daß letztendlich nur die Gewerkschaft sich quer legt. Ich glaube hier sollte man dieses Problem parteiintern lösen. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Seitens der FPÖ-Fraktion hat sich Dipl.-Ing.

**Dipl.-Ing. Freunschlag**

Gallo zu Wort gemeldet. Ich bitte, die Zusatzfrage zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, was wäre für Sie der geeignete Zeitpunkt, das vom Fragesteller geforderte Umbau- und Zubaumaßnahmenprogramm tatsächlich umzusetzen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifberger** (FPÖ):

Herr Abgeordneter, wir können sofort nach Beschlußfassung mit den Baumaßnahmen beginnen. Das Geld ist bereits zugewiesen. Wir haben die budgetären Voraussetzungen geschaffen, um diese Umbaumaßnahmen gemäß den neuen Festlegungen des Berufsschulstandortkonzeptes dann in Angriff zu nehmen. Ich glaube, hier gibt es meinerseits überhaupt keine Verzögerung. Ganz im Gegenteil, wir haben auch andere Baumaßnahmen, die geplant sind, bereits in Vorbereitung und versuchen auch dort eine finanzielle Voraussetzung und Ausgestaltung dieses Bereiches sicherzustellen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der ÖVP eine Zusatzfrage gestellt? Bitte, Herr Abgeordneter Ing. Eberhard!

Abgeordneter **Ing. Eberhard** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, weiß man schon, um wieviel sich die Investitionssumme für die geplanten Umbaumaßnahmen an der Berufsschule Wolfsberg, bei Umsetzung des neuen Berufsschulkonzeptes verändern wird, erhöhen wird oder wird man das mit weniger Mittel bewältigen können? (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ja!*)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifberger** (FPÖ):

Nach meinen Informationen dürfte sich wahr-

scheinlich die Investitionssumme, wenn man den baulichen Teil und auch den Einrichtungsteil hier zusammenfaßt, auf dieselbe Summe beziehen. Das heißt, wir werden uns möglicherweise dort insgesamt mehr an Ausstattungsinventar und Infrastruktur leisten können, wenn wir auf diesen neuen Strukturplan Rücksicht nehmen. Ich glaube, daß es insgesamt notwendig ist, daß wir einfach den Fachgruppen und den einzelnen Branchen entsprechend eine moderne Infrastruktur in der Berufsschule gewährleisten wollen und daß vor allem die Probleme, die in der Vergangenheit dazu geführt haben, daß einige Schulstandorte überbelegt waren und andere sozusagen schlechtere Auslastungen hatten, mit diesem neuen Konzept dann auch eine neue Lösung zur Verfügung steht. Und ich bin überzeugt, daß dieser Weg den Erfordernissen auch der Unternehmer ein sehr richtiger ist und daß wir sofort, wenn diese Investitionsbeschlüsse gefaßt werden, wenn dieses Strukturkonzept beschlossen ist, mit den Baumaßnahmen in Wolfsberg beginnen können.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens des Fragestellers eine Zusatzfrage gewünscht? (*Abg. Schlagholz: Ja!*) Bitte!

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, dieses von Ihnen genannte Konzept wurde bereits 2000 wegen massiven Widerstandes schubladisiert. Werden Sie Ihre Weisung, was den Stopp des Zu- und Umbaus anlangt aufheben, sollte dieses Konzept abermals mangels Akzeptanz den Weg in die Schublade antreten?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifberger** (FPÖ):

Ich habe weder eine Weisung verfügt, noch habe ich vor, mit dem Steuergeld verantwortungslos umzugehen. Meine Sicht der Dinge ist jene, daß wir jene Investitionsmaßnahmen umsetzen wollen, die auch dem zukünftigen Konzept entsprechen und daß wir nicht vorher in irgendeiner

**Ing. Pfeifenberger**

Form Investitionen tätigen, die dann in einer neuen Verwendung keinen Sinn machen. Das heißt, hier ist auch die nötige Verantwortung und Verpflichtung von meiner Seite dargelegt und deshalb habe ich gesagt, bitte warten bis es diesen Beschluß gibt und dann können wir dieses Projekt umsetzen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist die 3. Anfrage erledigt. Ich darf noch einmal darauf aufmerksam machen, daß Zusatzfragen nur mehr in einem Satz und ohne Erklärung abzugeben sind. Wir kommen zur Anfrage

**4. Ldtgs.Zl. 288/M/28:****Anfrage der Abgeordneten Kreutzer an Landeshauptmann Dr. Haider**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Kreutzer** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Manche Eltern wissen nicht, wenn sie ihr Kind in einer "zweisprachigen Schule" anmelden, ob sie dann zur slowenischen Minderheit zählen, da die Eltern oder Erziehungsberechtigten dort eine Anmeldung unterschreiben müssen bzw. die Anmeldung ihres Kindes protokollarisch dort festgehalten wird.

Meine Frage lautet daher: Werden die Eltern, deren Kinder an "zweisprachigen Schulen" zum slowenischen Unterricht angemeldet werden, in irgendeiner Form der slowenischen Volksgruppe zugeordnet?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Bitte, Frau Abgeordnete, das ist nicht der Fall. Denn wie Sie wissen, hat sich ja das Land Kärnten und auch der Bund bei der Neufassung des Minderheitenschulgesetzes nicht unbedingt an die Realisierung des Artikels 7 gehalten. Denn der Artikel 7 würde ja gebieten, daß es so etwas wie ein "rein slowenisches Schulwesen" für jene Angehörigen der Volksgruppe gibt, die sich zu

diesem Unterricht anmelden und deren Eltern das auch entsprechend verlangen.

Wir haben in Kärnten ein integratives Schulsystem. Das heißt, daß auch Angehörige der deutschen Mehrheitsbevölkerung die Möglichkeit haben, ihre Kinder zum Slowenischunterricht anzumelden, ohne dabei der Volksgruppe zugehörig bezeichnet zu werden. Solche Versuche gibt es natürlich immer wieder, das zustande zu bringen. Wir haben das gerade in einem jüngsten Bericht des Landesschulrates wieder erörtert. Es hat dort einen fachlichen Beitrag von Universitätsprofessor Gstettner gegeben, der taxfrei alle zum zweisprachigen Unterricht Angemeldeten damit auch der slowenischen Volksgruppe zurechnet. Korrekterweise hat der zuständige Inspektor für das zweisprachige Schulwesen, Dr. Ogris, eine entsprechende Korrektur vorgenommen und darauf hingewiesen, daß das nicht der Fall ist. Das wäre auch widersinnig, denn wir wissen, daß gerade bei den Erstanmeldungen mehr als 50 Prozent der zum zweisprachigen Unterricht angemeldeten Schüler bei Schulbeginn, bei Schuleinschreibung keine Vorkenntnisse in slowenischer Sprache haben. Das würde also eher in eine andere Richtung weisen, daß möglicherweise Modifikationen im Schulsystem angebracht wären, um hier Benachteiligungen zu verhindern. Aber wir haben uns jetzt einmal für diesen Weg entschlossen und im Grunde genommen scheint er damit auch am besten das Elternrecht abzusichern. Die Eltern entscheiden persönlich und frei, was und in welcher Weise ihre Kinder auch im sprachlichen Bereich zu unterweisen sind. Sollte ein Elternteil aus Angst, (*Abg. Kreutzer: Ja, das war!*) daß hier eine Zuordnung zu einer ethnischen Volksgruppe erfolgt, das nicht mehr tun wollen, besteht jeder Zeit die Möglichkeit auch der Abmeldung. (*Abg. Kreutzer: Danke! - Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wünscht die SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? - Herr Abgeordneter Dr. Kaiser, bitte!

Abgeordneter **Dr. Kaiser** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann, werden Sie auch weiterhin, entgegengesetzt den Ankündigungen, die auch aus der FPÖ gekommen sind, sich für die Einhaltung des Elternrechtes einsetzen? (*LH Dr. Haider: Was hat die FPÖ?*) Ich darf nicht erklären. Es tut mir leid! (*1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Entgegen der Meinungen!*)

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Die FPÖ hat meines Wissens immer das Elternrecht vertreten. Ich war ja einer der Hauptverhandler im Jahre 88 auch im Parlament, im Unterausschuß des Parlaments, im Zusammenhang mit dem Minderheitenschulgesetz und unsere Position war auch damals die Durchsetzung des Elternrechtes. Das heißt, daß es nicht nach muttersprachlichen Gesichtspunkten Gliederungen des Schulsystems geben soll sondern nach der Entscheidung der Eltern, die eben frei disponieren können. Es können auch slowenische Eltern ihre Kinder nur zum Deutschunterricht anmelden und sagen, wir wollen nicht, daß unser Kind die Muttersprache lernt, weil es soll voll integriert werden in eine Gesellschaft, die in der Zukunft vielleicht neben Deutsch Englisch mehr favorisieren wird oder Italienisch. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der ÖVP eine Zusatzfrage gewünscht? - Herr Abgeordneter Mag. Grilc! Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Landeshauptmann, verstehe ich Sie richtig, daß Sie grundsätzlich für die Beibehaltung des derzeitigen Minderheitenschulsystems sind?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Wie Sie wissen, Herr Abgeordneter, bin ich ein vollziehendes Organ. Wenn das Parlament etwas anderes beschließt, dann habe ich es auch zu

vollziehen, (*Abg. Dr. Kaiser: Nicht immer!*) oder wenn der Verfassungsgerichts ... Wie bitte? Eigentlich immer! Wäre das nicht der Fall, dann hätten wahrscheinlich schon die Höchstrichter eingegriffen. Aber natürlich besteht auch nach dem Minderheitenschulgesetz, nach dem geltenden Minderheitenschulgesetz auch die Möglichkeit, streng dem Artikel 7 gehorchend ein "rein slowenisches Schulsystem" einzuführen und darüber hinaus für jene Eltern, die eine sprachliche Kompetenz ihrer Kinder in slowenisch wünschen, einen Art Fremdsprachenunterricht oder einen zusätzlichen Unterricht als Freigegegenstand oder unverbindliche Übung anzubieten. Aber ich glaube, daß es der Grundkonsens bei der Gesetzgebung im Jahre 1988 war, dieses Elternrecht in der Form zum Ausdruck zu bringen. Und solange dieser Grundkonsens besteht, sollte man auch - glaube ich - keinen anderen Überlegungen nahe treten.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der Anfragerstellerin noch eine Zusatzfrage gewünscht? (*Abg. Kreutzer: Ja, bitte!*) Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordnete **Kreutzer** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann, wenn derzeit ca. 40 Prozent der zum zweisprachigen Unterricht angemeldeten Kinder Slowenischkenntnisse haben, heißt das, (*Vorsitzender 1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Bitte die Anfrage zu stellen!*) daß die ca. 60 Prozent der dort Angemeldeten eher einen Fremdsprachenunterricht suchen? Was kann man tun, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, daß bei einem derartigen Unterricht die Kinder der Volksgruppe, die eine Perfektionierung ihrer Muttersprache dort erfahren sollten, nicht benachteiligt sind?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Ja, das würde darauf hinauslaufen, daß wir wirklich sagen: Wer keine Sprachkompetenz besitzt beim Eintritt in das Schulsystem, bedarf entweder eines Förderunterrichtes, bis er in das nor-

**Dr. Haider**

male Schulsystem integriert wird oder kann nur im Rahmen einer unverbindlichen Übung außerhalb entsprechende sprachliche Kompetenz erwerben. Das würde natürlich eine wesentliche Zensur im geltenden Schulsystem bedeuten. Ich glaube, daß die Probleme derzeit noch nicht von den Eltern so artikuliert worden sind, daß hier eine Veränderung gewünscht wird. Aber wenn das auf uns zukommt, wird man sich der Auseinandersetzung und Diskussion stellen müssen und schauen müssen, wie hier eine optimale Gewährleistung des Unterrichtes auch für die slowenische Volksgruppe gegeben ist. Das ist überhaupt keine Frage! (Abg. Kreuzer: Danke!) (Beifall von der FPÖ-Fraktion)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist die 4. Anfrage erledigt. Ich komme zur 5. Anfrage:

**5. Ldtgs.Zl. 289/M/28:  
Anfrage des Dritten Präsidenten Mitterer an Landesrat Wurmitzer**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat, wir befinden uns in Kärnten, aber nicht nur in Kärnten sondern österreich- und europaweit in einer Konjunkturflaute und die Politik ist dazu aufgerufen entgegen zu steuern. Es hat die gesamte Landesregierung dankenswerter Weise bereits ein Konjunkturpaket geschnürt und in Villach vor kurzem vorgestellt. Das wird also dazu beitragen, daß vor allem auch die Bauwirtschaft in der nächsten Zeit Aufträge erhält.

Nun gibt es aber auch viele Projekte in den Gemeinden, die jedes Jahr mittels BZ und Sonder-BZ finanziert werden. Das Land Kärnten oder der Kärntner Landtag hat bereits im Jahr 2000 die Budgets 2001 und 2002 beschlossen, in denen auch die Mittel für die Bedarfszuweisungen enthalten waren.

Erfahrungsgemäß werden meistens dann in den

Gemeinden im Dezember des Vorjahres (also im Dezember 2001) auch die Budgets für das kommende Jahr beschlossen. Dieses Geld wäre ab-rufbereit. Erfahrungsgemäß, in den letzten Jahren und Jahrzehnten, muß man dazusagen, ist es immer dazu gekommen, daß erst im April BZ-Gespräche stattgefunden haben. Dann wurden erst die Beschlüsse in den Gemeinden nachvollzogen. Es kam erst vom Juli bis September zu den Auftragsvergaben, (Abg. Mag. Dr. Kaiser: Anfrage! - Vorsitzender: Bitte, die Anfrage zu stellen!) wie bereits die Konjunktur wieder angesprungen ist. Warum nicht früher?!

Deshalb die Frage an Sie: Für wann sind die BZ-Gespräche 2002 mit den Kärntner Gemeinden terminisiert?

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter! Es waren in den Vormerkungen einige Fehler. Das Budget 2002 wurde nicht im Jahr 2000, sondern im Jahr 2001 beschlossen, und zwar im Juni. Zum ersten.

Es ist auch so, daß der Budgetvollzug erst mit Beginn des Haushaltsjahres durchgeführt werden kann, das heißt es ist nicht möglich, ein Budget 2002 im Jahr 2001 zu vollziehen. Ich habe daher die Budgetberatungen - als erster Referent in dieser Landesregierung, als erster Gemeindereferent - im Jänner begonnen, und ich werde sie bis 20. März abgeschlossen haben. Bisher habe ich mit mehr als der Hälfte der Gemeinden Kärntens die Verhandlungen bereits geführt und im wesentlichen abgeschlossen. (Beifall von der ÖVP-Fraktion)

Es sind mit heutigem Datum über 70 Gemeinden bereits im Besitze des Wissens, welche Budgetmittel im außerordentlichen Haushalt und in welcher Form als Bedarfszuweisungen zur Verfügung stehen werden.

Noch einen Grund gibt es, warum es mir nicht möglich war, früher mit den Verhandlungen zu beginnen. Ich muß erst, um die Finanzsituation einer Gemeinde beurteilen zu können, wissen: Wie schaut die Jahresrechnung des vorangegangenen Jahres aus? Welcher Abgang ist für das Vorjahr zu erwarten? - Denn die erste prioritäre Finanzierung ist die Abgangsdeckung. Zuerst

## Wurmitzer

muß sichergestellt werden, daß der Abgang des abgeschlossenen Finanzjahres sichergestellt ist?. Erst dann ist es möglich, über Bedarfszuweisungen und über den Umfang der Bedarfszuweisungen zu verhandeln. Das ist der erste Grund.

Es gibt aber in diesem Jahr noch einen zweiten Grund. Er ist das Volkszählungsergebnis der Volkszählung 2001. Die vorläufigen Ergebnisse sind erst zum Jahresende zur Verfügung gestanden. Sie verschieben in den Kärntner Gemeinden die Ertragsanteile um bis zu zehn Millionen Schilling nach unten bzw. nach oben. In den meisten Fällen, nachdem wir bei der Bevölkerungsbilanz nicht besonders erfolgreich sind, gibt es Verschiebungen nach unten. In ganzen Regionen - ich spreche jetzt das Gailtal direkt an oder auch Teile des Bezirkes St. Veit - gibt es keine einzige Gemeinde mit einer positiven Bevölkerungsentwicklung. Weniger Menschen bedeuten auch weniger Ertragsanteile, einen Verlust an Ertragsanteilen. Dieser Verlust an Ertragsanteilen ist durch Bedarfszuweisungen ebenfalls auszugleichen.

Es war mir daher - und das darf ich hier deziert feststellen! - bei bestem Willen nicht möglich, den von dir angesprochenen Vollzug der Bedarfszuweisungen bereits während des Jahres 2001 umzusetzen. Ich habe den frühestmöglichen Zeitpunkt gewählt und habe mir auch die kürzestmögliche Frist dafür vorgenommen, so daß innerhalb von zwei Monaten, das heißt bis 20. März dieses Jahres, alle Gemeinden ihre Bedarfszuweisungsgespräche abgeschlossen haben werden. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP hat sich Abgeordneter Ing. Eberhard für eine Zusatzfrage gemeldet. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Ing. Eberhard** (ÖVP):

Herr Landesrat, wie hoch ist die jährliche Investitionssumme, die über die Bedarfszuweisungen von den Gemeinden dann in Auftrag gegeben

werden? *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: War das wohl nicht eine bestellte Frage?)*

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Hohes Haus! Herr Abgeordneter, insgesamt ist die Bedarfszuweisungsquote für das Bundesland Kärnten rund 50 Millionen Euro, das heißt das ist jener Betrag, der auf die 132 Gemeinden Kärntens aufgeteilt wird. Dazu kommen die eigenen Mittel der Gemeinden. Dazu kommen auch Finanzierungsmittel, zum Beispiel beim Kanalbau, beim Wasserleitungsbau, wo es also Förderungsinstrumente in Form der Kommalkredite gibt, in Form von Unterstützungen auch des Landes von anderer Seite - mit Ausnahme der Bedarfszuweisungen -, so daß ich davon ausgehe, daß das Investitionsvolumen der Gemeinden rund zwei Milliarden Schilling pro Jahr oder 150.000 oder 150 *(Vorsitzender: Millionen.)* Millionen Euro pro Jahr ausmachen wird. Das ist also eine Summe, damit sind die Gemeinden der stärkste Investor im öffentlichen Bereich. Sie investieren mehr als die anderen Gebietskörperschaften (Land und Bund) zusammen, im Durchschnitt. Es ist daher auch wichtig, daß die Finanzkraft der Gemeinden erhalten bleibt. Es ist deshalb auch wichtig, daß jetzt der Verteilungsschlüssel bei den Sozialkosten, der bisher zu Lasten der Gemeinden 60:40 beträgt, auf 50:50 verändert wird, damit die Finanzkraft der Gemeinden und damit auch ihre Autonomie und ihre Investitionskraft erhalten bleibt.

Noch etwas ist dazu zu sagen: Die Investitionen der Gemeinden werden größtenteils regional und lokal wirksam, das heißt die Investition findet dort statt; auch die Firmen, die draußen in den Gemeinden sind, sind in erster Linie als Auftragnehmer anzusehen. Auch von der Regionalwirtschaft her sind die Gemeindeinvestitionen deshalb von ganz besonderer Bedeutung. Daher ist es auch, wie gesagt, das Bestreben, möglichst rasch die Gemeinden in den Besitz ihrer Bedarfszuweisungsmittel zu bringen, damit auch die Aufträge mit Beginn der Bausaison umgesetzt werden können. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens des Anfragestellers eine Anfrage gewünscht? - Ich bitte, sie zu stellen!

Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Selbstverständlich, Herr Präsident! - Herr Landesrat, ich habe nicht behauptet - das zur Richtigstellung -, daß im Dezember ... (*Vorsitzender: Eine Frage soll gestellt werden, Herr Präsident!*) ... im Jänner, Februar.

Ich frage Sie, nachdem Sie 2000 und 2001, wie Ihre Vorgänger, erst im Frühjahr das gemacht haben, ob meine Anfrage an Sie am 21. 1. Sie bewogen hat, jetzt diese BZ-Gespräche voranzutreiben. (*Beifall des Abg. Dipl.-Ing. Gallo*)

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Wenn das so einfach wäre und wenn eine Anfrage eines Abgeordneten, respektive eines Präsidenten, schon genügt, um also so eine deutliche Vorverschiebung zu erreichen: dann würde ich dir gerne gratulieren. Es ist aber nicht so! Wir haben im Herbst bereits ein Konjunkturpaket über die Gemeinden mit dem Kollegen Pfeifenberger vereinbart. War haben bereits im Herbst (im Oktober) rund 100 Millionen Schilling als Sonderbedarfszuweisungen oder als Vorgriff auf Bedarfszuweisungen hinausgegeben.

Schon damals, im Oktober, war bekannt, daß die Bauwirtschaft auf die Aufträge von seiten der Gemeinden besonders angewiesen ist. Es war daher auch schon damals der Plan, sofort mit Jahresbeginn, zum frühesten Zeitpunkt, mit der Verteilungsaktion für die Gemeinden zu beginnen, um den Gemeinden, aber auch der Bauwirtschaft in diesem Land zu helfen.

Deine Anfrage ist etwas später gekommen. Zu diesem Zeitpunkt war der Vergabeplan für das Jahr 2002 schon längst fixiert und auch der Terminplan dafür. Es freut mich aber, wenn du das so siehst! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit, Hohes Haus, ist die 5. Anfrage erledigt. - Wir kommen zur 6. Anfrage:

#### **6. Ldtgs.Zl. 290/M/28:**

#### **Anfrage des Abgeordneten Jost an Landesrätin Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Jost** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Hohes Haus! Geschätzte Frau Landesrätin! Meine Frage: Nach welchen Kriterien und Konzepten hat Ihre Abteilung (die Abteilung 13) im Dreisonnenhof in Oberdorf in St. Urban eine zusätzliche Zahl von psychiatrischen Außenpflegebetten genehmigt, die kurz darauf reduziert worden ist?

Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach § 16 Absatz 2 des Kärntner Heimgesetzes, LGBl. 1996 Nummer 7, ist die Bewilligung zum Betrieb von Heimen, unter anderem auch von psychiatrischen Außenpflegestellen, auf Antrag des Rechtsträgers zu erteilen, wenn die vom Gesetz verlangten Voraussetzungen dafür gegeben sind.

Zu diesen Voraussetzungen gehören bau- und sicherheitstechnische Belange und ein den fachlichen Erfordernissen der Pflegestelle entsprechendes "Personal- und Betreuungskonzept". Bei Vorliegen dieser Voraussetzungen hat der Antragsteller einen Rechtsanspruch auf die Erteilung der Betriebsbewilligung. Im Bescheid für die Betriebsbewilligung ist auch die höchst zulässige Zahl an zu betreuenden Personen nach den voran genannten Kriterien festzulegen. Damit ist aber nicht gesagt, daß diese höchst zulässige Zahl auch erreicht werden muß. Die Auslastung hängt immer davon ab, daß eine zu betreuende Person in die Einrichtung integriert werden

**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

kann und ob sowohl qualitativ als auch quantitativ ausreichend Betreuungspersonal vorhanden ist.

Was keinesfalls möglich ist, sind Ansinnen wie die des Herrn Dr. Haider, daß entgegen den gesetzlichen Bestimmungen Bewilligungen nicht erteilt oder willkürlich zurückgenommen werden, wie er mir dies in einem Brief dazu mitgeteilt hat.

Ich wäre aber hochofret, wenn der Kärntner Landtag mir als zuständiger Referentin die gesetzliche Möglichkeit einräumen würde, Bewilligungen nach dem Kärntner Heimgesetz an eine Bedarfsprüfung zu knüpfen. Ein entsprechender legislatischer Vorschlag wird von mir vorgelegt werden, und ich rechne dann mit Ihrer Zustimmung! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP? - Auch nicht der Fall. Dann hat der Anfragesteller noch eine. Er verzichtet darauf. Meine Damen und Herren, damit haben wir die 6. Anfrage erledigt. - Wir kommen zur 7. Anfrage:

**7. Ldtgs.Zl. 291/M/28:****Anfrage des Abgeordneten Schwager an Landesrat Schiller**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Landesrat! Bereits in der letzten Sitzung des Kärntner Landtages am 31. 1. 2002 hat der Kärntner Landtag sich mit den Revisionsarbeiten am Möllstolleneinlauf beschäftigt und dann in einem Dringlichkeitsantrag der Freiheitlichen in einem "Vier-Punkte-Programm" einstimmig sehr klar zum Ausdruck gebracht, was wir von der Austria Hydro Power in diesem Bereich erwar-

ten.

Es ist natürlich im Hinblick auf das Wissen von 1995, wo diese Flutung des Margaritzenspeichers stattgefunden hat und derart negative Auswirkungen im Umweltbereich im Bereich der Möll gehabt hat, besondere Vorsicht geboten. Dem hat der Kärntner Landtag Rechnung getragen.

Jetzt ist meine Frage an dich: Welche Möglichkeit besteht, den Gletscherschliff im Margaritzenspeicher umweltschonend zu entsorgen? - Wobei ich noch eines anfügen möchte, daß ja bereits vereinbart ist, daß diese Spülung, die ja schon am 29. Jänner durchgeführt hätte werden sollen, nicht stattgefunden hat und verschoben ist. Und jetzt ist es sehr ruhig geworden, einmal, um dieses Thema. Vielleicht erfahren wir jetzt den neuesten Stand?! *(Vorsitzender: Herr Landesrat, bitte! Das war ein bisserl mehr als eine Frage, aber ...)*

Landesrat **Schiller** (SPÖ):

Herr Abgeordneter, das waren zwei Fragen. *(Vorsitzender: Bitte!)* Aber, gut! *(Vorsitzender: Du kannst dir eine Anfrage ... - Abg. Schwager: Das mache ich meistens so!)* Zur ersten Frage: Du hast das richtig formuliert: "Welche Möglichkeit es gibt, zur umweltschonenden Entsorgung des Gletscherschliffs aus dem Margaritzenspeicher ..." Es gibt nur eine umweltschonende Möglichkeit, nämlich den Transport des Gletscherschliffs durch eine Druckrohrleitung nach Kaprun und die Lagerung im Bereich desselben im Bereich des Kraftwerkes Kaprun.

Zur Frage 2 oder zu 1a: "Wie schaut es seit dem 29. Jänner aus?" Es hat also am 29. Jänner, wie von dir richtig ausgeführt, eine Mitteilung der AHP gegeben, daß die AHP beabsichtigen, im Rahmen von Wartungsarbeiten eine Absenkung des Margaritzenspeichers durchzuführen. Wir haben aufgrund dieser Mitteilung, die offensichtlich so angelegt war, uns das bekanntzugeben und die Arbeiten dann durchzuführen, diese Mitteilung an das zuständige Ministerium weitergeleitet, mit dem Hinweis, und zwar mit der klaren Definition, daß die geplante Absenkung den Charakter einer Spülung hätte, daß nach unserer Rechtsansicht gemäß § 32 des Wasser-

**Schiller**

rechtsgesetzes eine Bewilligungspflicht für die geplante Maßnahme vorliegt. "Jedenfalls wäre die geplante Maßnahme vor deren Durchführung unter Beiziehung aller Beteiligten zu besprechen."

Es hat dann am 22. Jänner 2002 zwischen allen Beteiligten ein Gespräch gegeben. Das heißt also, den Bürgermeistern des oberen Mölltales, den Fischereiberechtigten, der AHP - vertreten durch Herrn Direktor Schröfelbauer - und den Regierungskollegen Landeshauptmann-Stellvertreter Pfeifenberger, Landesrat Wurmitzer und meiner Wenigkeit, die ganz klar auf diese einzige Möglichkeit hingewiesen haben, daß wir - wenn wir mit einer Entsorgung einverstanden sind - nur mit dieser Möglichkeit einverstanden sind, daß alle anderen - vor allem im Hinblick auf die Erfahrungen des Jahres 1995 - von uns abgelehnt werden.

Meines Wissens, hat es seit dieser Zeit keinen Vorstoß mehr der AHP in Richtung Ministerium gegeben. Das heißt also, derzeit ist es ruhig. Für meine Begriffe zu ruhig. Das heißt also, ich unterstütze diesen Antrag, der vom Kärntner Landtag am 31. Jänner verabschiedet wurde. Und es ist auch der AHP bekannt, was das Land Kärnten sich an Entsorgungsmaßnahmen vorstellt. Keinesfalls mehr eine Entsorgung des Gletscherschliffs über die Möll, sowie es 1995 geschehen ist. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP hat sich Abgeordneter Ramsbacher gemeldet. - Ich bitte Sie, die Zusatzfrage zu stellen!

Abgeordneter **Ramsbacher** (ÖVP):

Herr Landesrat! Am 22. gab es oben in Winklern ein Gespräch. Wie beurteilen Sie die geforderten, längst fälligen Talschaftsverträge für das Mölltal?

Landesrat **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Herr Abgeordneter! Es wurde vom Kollegen Pfeifenberger die Mitteilung an die Mölltaler Bürgermeister gemacht, daß er bereit ist, den Forderungen der Bürgermeister zu entsprechen und er sie auf ein diesbezügliches Gespräch, die Talschaftsverträge betreffend, einladen wird. Dem ist nichts hinzuzufügen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wünscht der Fragesteller noch eine Zusatzfrage zu stellen? - Ohne Erklärung!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Die Zusatzfrage lautet folgendermaßen: Wird auch geprüft, ob eine Ableitung des Gletscherschliffs nach Kaprun möglich ist?

Landesrat **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Hoher Landtag! Das habe ich am Anfang ausgeführt, daß das die einzige Möglichkeit ist, den Gletscherschliff durch eine Druckrohrleitung nach Kaprun zu transportieren und dort zu lagern. Alles andere kommt für uns nicht in Frage. Auch nicht die Lösung, die derzeit zwar rechtlich abgesichert stattfindet, daß nämlich im Bereich des Naßfeldes - so heißt ein Gebiet in der Nähe des Margaritzenspeichers, nicht daß Sie glauben, das wird ins Gailtal transportiert, sondern in diesem Bereich stattfindet - von unserer Seite aus als nicht umweltschonend eingestuft wird, weil dort ein Bagger am Werk ist, der tausende Liter Diesel pro Monat verbraucht, die Luft verpestet und die Kapazität dieses Naßfeldes für eine Lagerung nur eine äußerst kurzfristige, maximal über fünf oder sechs Jahre beträgt. *(Abg. Schwager: Danke!)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist die 7. Anfrage erledigt. - Wir kommen

**Dipl.-Ing. Freunschlag**

zur

**8. Ldtgs.Zl. 292/M/28:****Anfrage der Abgeordneten Mag. Cernic an Landeshauptmann Dr. Haider**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann! Sie haben zu Beginn dieser Legislaturperiode angekündigt, daß es eine große Expressionismusausstellung geben wird, ursprünglich für 2002 und dann für 2003. In den letzten Monaten haben Menschen, die gemeint haben, irgendwie mit der Ausstellungsvorbereitung betraut worden zu sein - ich meine damit den Herrn Stadtrat Gassner und die Frau Husslein - in den Medien ihren Rückzug aus diesem Projekt bekanntgegeben. Nachdem der Vorlauf für eine so große Ausstellung, insbesondere was die Organisation qualitätsvoller Leihgaben anbelangt, mit mindestens zwei Jahren zu berechnen ist, möchte ich Sie fragen, ob jetzt für die geplante Expressionismusausstellung 2003 schon ein Ausstellungskurator oder eine Ausstellungskuratorin rechtsverbindlich bestellt wurde.

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Sehr geehrte Frau Abgeordnete: Nein! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der FPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP hat sich Abgeordneter Sablatnig für eine Zusatzfrage gemeldet. - Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Herr Landeshauptmann! Im Zuge dieses Beschlusses wurde auch festgelegt, daß (*Vorsitzender: Ich bitte, die Zusatzfrage zu stellen!*) das Werner-Berg-Museum und das Nötscher Muse-

um ebenfalls gefördert werden. Wie sieht es derzeit mit dem Nötscher Museum aus?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Sehr geehrter Abgeordneter! Die Förderungen für Nötsch und für Bleiburg sind beschlossen und zum Teil auch schon ausgezahlt.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wünscht die Anfragerstellerin noch eine Zusatzfrage? - Dann bitte ich, sie zu stellen!

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann! Glauben Sie, nach diesem etwas perspektivenlosen Nein, daß - wie Sie in einer Anfragebeantwortung Ende vorigen Jahres festgehalten haben - die geplante Expressionismusausstellung doch noch 2003 eröffnet werden kann?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Frau Abgeordnete! Ich hoffe es. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist die 8. Anfrage erledigt. - Wir kommen zur

**9. Ldtgs.Zl. 293/M/28:****Anfrage der Abgeordneten Wulz an Landesrat Wurmitzer**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Wulz** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Landesrat Wurmitzer! Sie haben 2 Millionen Schilling, bestimmt für das Kärntner Hilfswerk, über eine Bedarfszuwei-

**Wulz**

sung an die Stadt Klagenfurt überwiesen.  
Meine Frage: Für welchen konkreten Zweck wurden diese 2 Millionen Schilling überwiesen?

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Frau Abgeordnete! Diese 2 Millionen Schilling haben eine eigenartige Geschichte. Es hat bei der Finanzierung der Aufgaben des Hilfswerkes große Probleme gegeben, weil zugesagte Förderungsmittel des Landes nicht rechtzeitig eingetroffen sind. Das heißt, das Hilfswerk ist eine große Hilfsorganisation, die sehr viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf ihrer Lohnliste hat und hatte. Und sie war deshalb auf die Auszahlung der Förderungsmittel angewiesen. Aus Gründen, die ich nicht kenne, hat Frau Landesrätin Dr. Gabriele Schaunig-Kandut sich geweigert, dieses Geld an das Hilfswerk auszuzahlen. Aufgrund dessen, aufgrund dieser Weigerung, obwohl es vorher eine Zusage gegeben hat - das ist das Entscheidende - hat es dann das Ersuchen gegeben, daß diese 2 Millionen Schilling, welche aus dem Landesbudget extra für diesen Zweck bereitgestellt wurden - das heißt, nicht aus dem Sozialbudget zu finanzieren waren, aber trotzdem nicht weitergegeben wurden - hat es dann das Ersuchen gegeben, im Wege einer Bedarfszuweisung, zur Förderung der Sicherung der Sozialmaßnahmen durch das Hilfswerk, dieses Geld im Wege der Landeshauptstadt Klagenfurt zur Auszahlung zu bringen.

Dieser Weg wurde dann auch gewählt und ist so erfolgt. Und damit ist die weitere Existenz dieser so wertvollen Hilfseinrichtung gesichert. Ich betrachte diesen Weg als ungewöhnlichen Weg, weil an und für sich Hilfseinrichtungen entsprechend ihrer Leistungen, Anspruch auf Förderungsmittel des Landes haben. Ich habe deshalb auch in der Regierungssitzung vor zwei Jahren mitgestimmt, daß die Hilfsorganisationen die es in Kärnten gibt, von Hauskrankenhilfe über Rotes Kreuz und Hilfswerk, daß diese Hilfsorganisationen jetzt schon die Zuweisungen am Beginn des Jahres erhalten, damit sie wissen, mit welchen Mitteln sie für das laufende Wirtschaftsjahr zu rechnen haben. Hier war das Gegenteil der Fall. Das heißt, das Hilfswerk hat am Ende des Jahres noch nicht gewußt, mit welchen

Mitteln es rechnen kann und war in arger Bedrängnis, was die Löhne für die Mitarbeiter, die tagtäglich kranke und pflegebedürftige Menschen betreuen, sichergestellt werden kann. Und daher war das ein humanitärer Akt - so darf ich das sagen - weil hier die Frage ist, für welchen konkreten Zweck. Also für die Betreuung von alten und hilfsbedürftigen Menschen ist dieses Geld an das Kärntner Hilfswerk geflossen. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der freiheitlichen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall. - Seitens der ÖVP? - Auch nicht. Dann hat die Anfragerstellerin noch eine Zusatzfrage. Ich bitte um diese!

Abgeordnete **Wulz** (SPÖ):

Für welches Jahr wurde diese Förderung ausbezahlt?

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Meines Wissens, Frau Abgeordnete, war das das Wirtschaftsjahr 1999.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist die 9. Anfrage erledigt. - Wir kommen zur

**10. Ldtgs.Zl. 294/M/28:****Anfrage des Abgeordneten Sablatnig an Landesrätin Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Sehr geehrte Frau Landesrätin! Geschätzte Damen und Herren des Kärntner Landtages! Die

**Sablatnig**

Sozialkosten sind in den letzten Jahren in diesem Land beachtlich angewachsen und es ist der Bedarf an Sozialeinrichtungen aufgrund der veränderten Familienstrukturen, aufgrund der veränderten Altersstruktur in diesem Lande, gestiegen. Und wir haben 1996 im Kärntner Landtag einen einstimmigen Beschluß gefaßt, wonach die zuständige Sozialreferentin bzw. der Sozialreferent aufgefordert wird, jährlich bis zum Juni dem Kärntner Landtag einen Sozialbericht vorzulegen. Der letzte Sozialbericht wurde dem Kärntner Landtag im Jahr 1997 vorgelegt. Das heißt, daß die gesamten Sozialausgaben ohne Grundlage bzw. ohne Bericht an den Kärntner Landtag erfolgen und daher stelle ich die Frage: Wieso wurde, entgegen dem Landtagsbeschluß vom 11.7.1996, dem Kärntner Landtag für die Jahre 1998, 1999 und Jahr 2000 kein Sozialbericht vorgelegt?

Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Erstens möchte ich festhalten, daß die Belegung für die Ausgaben im Sozialbereich jedes Jahr durch den Rechnungsabschluß erfolgt und Sie als sehr gewissenhafter Abgeordneter werden diesen Rechnungsabschluß sicher ganz genau auch studiert haben und somit wissen, wofür im Sozialbereich Geld aufgewendet worden ist. Warum ein Sozialbericht nicht erstellt worden ist, liegt ganz einfach darin, weil die mir zugeordnete Fachabteilung unter massiver Arbeitsüberlastung und akutem Personalmangel leidet. Wir werden aber unsere erfolgreiche Leistungsbilanz bis zur Mitte des heurigen Jahres auch entsprechend vorlegen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der FPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall. - Seitens der SPÖ? - Auch nicht. - Dann hat der Anfragsteller noch eine Zusatzfrage. - Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Frau Landesrätin! Finden Sie nicht, daß es klug wäre, den gesamten Sozialbereich dadurch zu stärken, indem man jährlich dem Kärntner Landtag entsprechende Berichte vorlegt?

Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Ich denke mir, es ist sehr schön für die Sozialreferentin, wenn sie einen tollen Bericht präsentieren kann, aber an erster Stelle steht in meiner Abteilung die Arbeit für die Menschen in Kärnten. Und die ist zuerst zu leisten, bevor wir Dokumentationen machen, wenn die Arbeitsüberlastung so groß ist, wie sie derzeit ist. Aber wie gesagt, auch die erfolgreiche Sozialpolitik werden wir in der Mitte des heurigen Jahres in einem schönen Berichtsband entsprechend dokumentieren. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist die Anfrage 10 beantwortet und erledigt. - Wir kommen zur Anfrage

**11. Ldtgs.Zl. 295/M/28:****Anfrage der Abgeordneten Warmuth an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Pfeifenberger**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Warmuth** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann! Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Große Aufregung und Interesse gab es, als vor wenigen Wochen 65,4 Millionen Euro der Kärntner Wirtschaft zur Verfügung gestellt wurde.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich frage Sie: Welche Maßnahmen werden Sie im Jahr 2002 setzen, um die Einkommenssituation für Tourismus, Gastronomie und Gewerbebetriebe noch weiter zu erhöhen?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Hohes Haus! Geschätzte Abgeordnete! Die Kärntner Tourismuswirtschaft hat in den letzten zwei Jahren erstmalig wieder Hoffnung, eine Trendumkehr in der Frage der Auslastung der internationalen Akzeptanz und auch der Wirtschaftlichkeit zu haben. Die Arbeits- und Beschäftigungsentwicklung im Kärntner Tourismus ist sehr positiv. Das ist auch jetzt in diesem Winter bewiesen worden, daß mehr Beschäftigte als in den letzten Jahren hier im Tourismus einen Arbeitsplatz gefunden haben. Und das ist auch ein Indiz dafür, daß es der Kärntner Tourismuswirtschaft besser geht als das noch vor Jahren der Fall war. Wir haben in den letzten 10 Jahren einen enormen Rückgang in den Übernachtungen gehabt und wir haben natürlich das Problem, daß auch dieser Strukturprozeß, ausgelöst von internationalen Trends in der Frage der Entscheidungen der Gäste und des Buchungsverhaltens internationaler Reiseveranstalter und daß wir in Kärnten natürlich auch mit diesem Problem zu kämpfen haben.

Das war für mich letztendlich dann der Ansatz, daß wir der Kärntner Tourismuswirtschaft ein Förderungspaket in der von Ihnen erwähnten Art und Weise zur Verfügung stellen. Es ist dies eine Maßnahme, um den Betrieben eine Investitionsunterstützung für Saisonverlängerung, für Qualitätsverbesserung, aber auch für den Erlebnisbereich zu geben. Das führt dazu, daß jetzt ein enormes Interesse für diese Aktion zu Stande gekommen ist. Wir haben bereits über 500 Ansuchen vorliegen, die von Betrieben gestellt wurden, die jetzt sofort - in den nächsten Wochen und Monaten - Investitionen in den eigenen Betrieb tätigen wollen.

Das führt dazu, daß wir einerseits einen enormen Impuls in der Tourismuswirtschaft initiieren und daß wir andererseits auch die Konjunktur für das Bau- und Baunebengewerbe damit ankurbeln. Das wird auch letztendlich dazu führen, daß wir in der Lage sind in Kärnten von der Wirtschaftlichkeit her bessere Auslastungen zustande zu bringen und damit eine wesentlich bessere finanzielle und betriebswirtschaftliche Situation für die Tourismuswirtschaft bekommen. Das wird in weiterer Folge zu mehr Beschäftigung führen, zu einer erhöhten Produktivität in Kärn-

ten, weil auch der Tourismus in Kärnten jener Bereich ist, der in vielen Regionen die einzige Einnahmequelle und Wertschöpfungsmöglichkeit für die Menschen in diesen Regionen ist. Und deshalb ist der Tourismus in Kärnten eine sehr wichtige Angelegenheit und hat für uns absolute Priorität. Und wir glauben, daß dort wo andere Wirtschaftsbereiche nicht vorhanden sind, mit dem Tourismus einfach auch eine gewisse Verteilung der Finanzströme und der Wirtschaftsentwicklung hinaus in die Randgebiete möglich erscheint. Das wird auch dazu führen, daß wir durch diesen Qualitätsschub unseren Standard international wieder anheben können, die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe gesteigert wird und daß wir das, was wir an Strukturveränderungen in der Frage von der Bewerbung, über den Vertrieb, über die Akquisition, über den Marktauftritt Kärntens bereits in den letzten zwei Jahren erfolgreich umgesetzt haben, auch jetzt in der Frage der unternehmerischen Möglichkeit, nämlich mehr Gäste nach Kärnten zu bekommen, damit wieder einen Beitrag zu leisten, daß auch zukünftig Investitionen aus der eigenen Unternehmenssituation heraus bewältigt werden können, möglicherweise dann schneller in die Wege geleitet werden kann, als das in den letzten zwei Jahren der Fall war.

Es ist auch wichtig, daß wir vor allem dort, wo es jetzt um konzentrierte und einheitliche Modelle, nämlich in der Frage des Auftritts und der Zusammenarbeit zwischen der Kärnten Werbung, der Landesorganisation und den Regionen geht, auch die Bereitschaft hier bekommen, daß vor allem die Mitspracherechte der Regionen verbessert werden. Es ist dies auch in den letzten Tagen bekannt geworden, daß hier ein großes Interesse von den Regionen an der Kärnten Werbung bekundet wird, an der Mitarbeit im strategischen Bereich mitzuwirken und damit auch eine einvernehmliche und eine geschlossene Struktur zu schaffen, die sozusagen von der obersten Hierarchie bis hinunter in die Ortsebene wie aus einem Guß gestaltet wird und damit die Entscheidungsprozesse wesentlich rascher, effizienter und auch kundenorientierter zustande kommen. Ich glaube, daß diese Initiative - nämlich 500 Millionen Schilling - allen Beherbergungsbetrieben im Lande Kärnten als Investitionsförderung zur Verfügung zu stellen, weiters 100 Millionen Schilling allen Gastronomiebe-

**Ing. Pfeifenberger**

trieben, die eine sogenannte Leitbetriebsfunktion haben, die auch dort wo Tourismus nicht ausgeprägt ist, zukünftig in diesen Zweig einsteigen können und damit eine touristische Entwicklung haben können, daß wir zusätzlich noch 300 Millionen für eine Kapitalrestrukturierung in Kärnten einsetzen, um sogenannten Pilotbetrieben rund um die Kärntner Seen und anderswo einfach jenen Problembereich Abhilfe schafft. Nämlich den sehr hohen Anteil an Fremdkapital durch eine geeignete Maßnahme, nämlich durch Bereitschaft der Banken hier auch verschiedene Abstriche in der vorhanden Verbindlichkeit zu gewähren, daß wir hier einen sehr großen Schritt weiter kommen. Und daß alle diese Entscheidungen letztendlich einen "Tourismus neu" in Kärnten zulassen, der wettbewerbsfähig ist, der wirtschaftlich überleben kann und der auch zukünftig viele, viele Arbeitsplätze hier in Kärnten sichert. Mit dieser Entscheidung und mit diesem Projekt sind wir auch im Plan, was unsere Überlegungen gesamt gesehen betreffen, nämlich den Tourismus zu restrukturieren, den Tourismus als eine der wichtigen Wertschöpfungs- und Beschäftigungseinrichtungen in Kärnten weiterhin bestehen zu lassen und darüber sozusagen auch Einigkeit herbeizuführen, daß dort wo Tourismus wirklich hingehört, nämlich in die Tourismuszentren, nicht zuzulassen, daß durch andere Entscheidungen, nämlich durch Widmungen für Wohngebiete, eine Tourismusedwicklung nicht mehr möglich ist. Das heißt, das waren auch unsere strategischen Überlegungen und da sind wir jetzt mit dieser Maßnahme, mit diesem Förderpaket einen großen Schritt weiter gekommen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Herr Abgeordneter Dr. Kaiser, bitte sie zu stellen!

Abgeordneter **Dr. Kaiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Tourismusreferent, was sagen Sie im Zusammenhang mit der Einkommenssituation im Tourismus zu den von den österreichischen Bundesforsten erhöhten Pacht-

zinsen, welche die Ausgaben der betroffenen Tourismuswirtschaft erhöhen und gegen die Sie sich dem Vernehmen nach im Kollegium der Kärntner Landesregierung ausgesprochen haben?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Wie Sie wissen, Herr Abgeordneter, gibt es mit den Bundesforsten einen Vertrag, in dem genau geregelt ist, wie in Zukunft auch die Pachttarife gestaltet werden können. In diesem Vertrag ist genau geregelt, daß es kein Drüberfahren auch für die Tourismuswirtschaft gibt. Und wir haben den Bundesforsten ganz klar und deutlich erklärt, daß wir in keiner Weise bereit sind, diese Vorschläge zu akzeptieren, nämlich Pachterhöhungen dort vorzunehmen, wo der Unternehmer und der Betrieb sozusagen von dieser Belastung dann wirtschaftlich betroffen wäre. Und ich glaube, daß wir hier Einvernehmen herstellen, daß wir eine weitere Abstimmung mit den Bundesforsten vornehmen. Es wird jetzt einmal mit den Betrieben selbst dieses Modell erarbeitet und man wird dann sehen, was aus dieser Diskussion heraus kommt. Für meinen Teil als Tourismusreferent darf ich sagen, daß ich in keiner Weise es zulassen möchte und werde, daß hier eine besondere Belastung, nämlich eine Ausschaltung des Landes und damit eine Problemstellung für den Betrieb zustande kommt. Wir werden hier gemeinsam an einem Tisch sitzen. Das haben wir auch einvernehmlich mit den beiden Vorständen der Bundesforste so vereinbart, daß jetzt sozusagen eine Informationsrunde stattfindet, und daß in weiterer Folge dann die Bundesforste wieder in die Landesregierung kommen und daß dort dann genau festgelegt wird, was auch in der Tourismuswirtschaft an Pachtvereinbarungen und Tarifen festgelegt werden kann. *(Abg. Dr. Kaiser: Danke!)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Herr Abgeordneter Hinterleitner, ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Hinterleitner** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Referent, findest du es richtig, daß du mit den Förderungsoffensiven, den Tourismusförderungsoffensiven in der Gastronomie in Kärnten eine Zweiklassengesellschaft gebildet hast, insofern gebildet hast, als daß es in nächtigungsschwachen Regionen keine Förderungen für Gastronomiebetriebe gibt? (Abg. Dipl.-Ing. Gallo: *Nachdem die ÖVP zugestimmt hat, wird das kein Problem sein!*)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Nachdem scheinbar der Herr Abgeordnete hier noch immer nicht erkannt hat, daß wir alle Betriebe mit tourismusrelevanten Investitionen fördern, möchte ich das gerne noch einmal wiederholen. (*Zwischenruf des Abg. Hinterleitner*) Ich mache hier wirklich noch einmal einen Versuch dieses Lehrbeispiel vorzuführen. Das heißt, wir fördern alle Beherbergungsbetriebe und wir fördern alle, ich sage alle Tourismusbetriebe auch der Gastronomie mit tourismusrelevanten Investitionen. Und wie du weißt, Herr Kollege Hinterleitner, betrifft das jenen Bereich, die Investitionen tätigen, wo sie nach dieser Investition mehr Beschäftigung haben, mehr Umsatz machen und damit auch in einer Region, wo der Tourismus unterentwickelt ist, in der Position eines Leitbetriebes mit Ausstrahlungskraft auf die anderen Tourismuseinrichtungen eine Funktion übernehmen. Und das war die Zielsetzung, weil wir auch konform den EU-Bestimmungen hier vorgehen müssen und sozusagen auch nachhaltig sicherstellen müssen, daß mit diesen Investitionen auch ein Strukturprozeß in der Verlängerung der Angebotspalette eines Betriebes und natürlich auch in der Qualität eines Betriebes zustande kommen muß. Ich möchte dich ersuchen, daß diese Polemik und diese negative Darstellung ein Ende hat. Wir haben jetzt bei unseren Veranstaltungen gesehen, daß das alle begriffen haben. Alle Unternehmer wissen warum es geht! Aber scheinbar ist das bis zu dir noch nicht vorgedrungen und ich ersuche dich ... (Abg. Dr. Strutz: *Genau so ist es! Erkläre es ihm noch einmal!* - Abg. Dipl.-Ing. Gallo: *Er wird wieder gedöst haben!* - *Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Wenn du willst, ich werde dir das

auch schriftlich übermitteln, damit du ganz sicher sein kannst, daß jeder Betrieb, der ansucht, der tourismusrelevante Investitionen tätigen möchte, in Kärnten 100%ig gefördert wird. (Abg. Hinterleitner: *Das haben wir im Protokoll festgehalten!*) (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hat die Anfragerstellerin noch eine Zusatzfrage? (Abg. Warmuth: *Ja!*) Ich bitte sie zu stellen!

Abgeordnete **Warmuth** (FPÖ):

Herr Wirtschaftsreferent, ich frage Sie: Welche flankierenden Maßnahmen werden seitens Ihres Referates von der Bundesregierung eingefordert, um das Einkommen für die Kärntner Unternehmer und für die Arbeitnehmer noch zu verbessern?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Frau Abgeordnete, wie Sie wissen, daß wir auch im Bereich unserer Wirtschaftsförderung natürlich einen sehr hohen Anteil an Bundesgeldern mit verwalten und auch zudem noch EU-Mittel hier zur Kofinanzierung herangezogen werden, ist es natürlich auch besonders wichtig, daß wir darüber hinaus Bundesmittel, die für spezielle Projekte und für spezielle Maßnahmen in Kärnten benötigt werden, zum Einsatz kommen.

Ich darf Ihnen als Beispiel den Vertrag mit unserem Bundesfinanzminister hier interpretieren, der ausgehend vom Herrn Landeshauptmann mit uns so abgeschlossen wurde, daß insgesamt 650 Millionen Schilling für ganz spezifische Maßnahmen im Bereich der Ausbildung, der Forschung und Entwicklung, der Produktentwicklung und auch des Technologietransfers nach Kärnten kommen. Damit wird finanziert das Projekt in Klagenfurt nahe der Uni, der Legside-Park, wo wir ein riesiges Software-Center errichten lassen, wo Labors installiert werden und wo auch zum Schwerpunkt Mikroelektronik und Elektronik in Villach der Bereich Software, Internet-Entwicklung und damit auch ein inter-

**Ing. Pfeifenberger**

nationales Forschungszentrum ein Gegengewicht in Symbiose sozusagen für unseren IT-Bereich errichtet werden kann. Das ist ein ganz wichtiges Projekt, weil wir einfach auch hier erkennen, daß der Bereich der Software-Produktion und Software-Entwicklung hier in Kärnten gut positioniert ist. Wir haben in Kärnten 400 Firmen, die sich mit diesem Thema beschäftigen. Da gibt es insgesamt 2000 Beschäftigte mit einem Umsatzvolumen von 150 Millionen Euro. Das zeigt auch, daß wir hier eine gute Basis haben mit den Unternehmen, mit der Universität Klagenfurt, mit den Fachhochschulen, aber auch mit den Forschungseinrichtungen hier in Kärnten einfach international einen Wettbewerbsvorteil zu bekommen. Das wird dazu führen, daß hier hoch bezahlte Spezialisten, das heißt attraktive Arbeitsplätze geschaffen werden, daß hier auch die Einkommenssituation eine gewisse Ausstrahlungskraft haben wird. Das heißt, das was wir auch in Villach erkennen, daß durch den Bereich der Infineon, SEZ und des Mikroelektronik-Clusters andere Einkommenszuwächse zu verzeichnen sind, wird uns auch jetzt in Klagenfurt durch diese Schwerpunktsetzung gelingen.

Zudem ist auch geplant, daß wir natürlich auch im Schulbereich ... Der Herr Landeshauptmann hat ja dieses Projekt "Schulen ans Netz" und die Ausstattung von zusätzlichen Klassen für EDV-Unterricht und Internet-Programmierung eingerichtet. Und da glaube ich, daß auch wir zukünftig mit den Mitteln aus dem VIT-Ministerium nämlich für Forschung und Entwicklung, für Ausbildung und Weiterbildung rechnen können

und daß mit diesem Kapital die zwei wichtigsten Maßnahmen, die uns wirtschaftspolitisch und in der Wirtschaftsentwicklung weiterbringen, nämlich Schwerpunktsetzung auf die Ausbildung, Weiterbildung der Jugend für jene Kernbereiche und Kernkompetenzen, die uns international hier neue Möglichkeiten eröffnen werden und daß damit auch die Beschäftigung, die Einkommenssituation langfristig und nachhaltig verbessert werden kann.

Ich glaube, daß Kärnten durch den Zugang zu unseren Ministerien in Wien einen Riesenvorteil hat, und daß erstmalig auch in einer Größenordnung Gelder nach Kärnten kommen, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten nicht möglich waren, um damit unsere Position international und auch im Lande zu verbessern. *(Abg. Warmuth: Danke! - Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Die Fragestunde ist abgelaufen. Eine Frage konnte nicht aufgerufen werden, die 12. Frage des Abgeordneten Mag. Dr. Kaiser an Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ambrozy. Ich frage: Wie möchten Sie sie beantwortet haben? *(Abg. Mag. Dr. Kaiser: Mündlich!)* Mündlich, in der nächsten Sitzung. Es wird so vorgegangen.

Wir kommen, Hohes Haus, zur Aktuellen Stunde.

**Aktuelle Stunde**

Es liegt ein entsprechender Antrag des FPÖ-Klubs vor. Nach dem Rotationsprinzip ist die FPÖ an der Reihe. Das Thema lautet: "Zusätzliche zweisprachige Ortstafeln in Kärnten". Ich erteile dem Redner der Antragsteller, Klubobmann Dr. Strutz, als erstem das Wort. Ich weise besonders auf die Einhaltung der von der Geschäftsordnung bestimmten Redezeit von fünf Minuten hin und bitte, sie auch einzuhalten. Ich bitte, zu sprechen!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Hoher Landtag! Das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes zur Ortstafelregelung hat in einem friedlichen Kärnten, in einem friedlichen Kärnten des Miteinanders zwischen Mehrheitsbevölkerung und Volksgruppe, eingeschlagen wie eine Bombe. 25 Jahre lang hat es ein friedliches Miteinander zwischen Volksgruppe und Mehrheitsbevölkerung gegeben, die auch in der Orts-

**Dr. Strutz**

tafelfrage keine Art des Konfliktes gesehen haben, sondern den Weg eines Miteinanders, eines friedlichen Miteinanders. Wir haben gemeinsam zwischen Mehrheitsbevölkerung und Volksgruppe den Weg des Dialoges beschritten.

Der Herr Landeshauptmann hat einen runden Tisch eingerichtet, wo erstmals Traditions- und Heimatverbände mit Slowenenvertretern gemeinsame Beschlüsse gefaßt haben. Die drei Weisen der EU haben Kärnten geprüft und haben ihnen in bezug auf die Volksgruppe ein ausgezeichnetes Zeugnis ausgestellt. Wir haben historisch das erstmal im Kärntner Landtag im Zusammenhang mit dem Minderheitenschulgesetz einen sogenannten Kärnten-Konsens geschlossen, einen Konsens zwischen allen drei Parteien, zwischen Heimatverbänden und Slowenenorganisationen, der sicherstellen soll, daß wir gemeinsam in der Volksgruppenpolitik fortschreiten und kein Beschluß gefaßt wird, zu dem nicht eine dieser Gruppen "Ja." sagen kann. Trotzdem hat der Verfassungsgerichtshof, nach einem bewußten Verstoß gegen die Straßenverkehrsordnung, sich bemüßigt gesehen, das Volksgruppengesetz aufzuschneiden. Der Verfassungsgerichtshof hat, aus unserer Sicht, politisch geurteilt. Er hat seine Kompetenzen überschritten, weil er eine Zehnprozentregelung vorgeschlagen hat, die ausschließlich dem Gesetzgeber, nämlich dem Parlament, zusteht. Das Urteil ist mangelhaft, weil beispielsweise darauf vergessen worden ist, auch die "Topographieverordnung" aufzuheben.

Jetzt, Hoher Landtag, haben wir die Suppe auszulöffeln, die uns der Herr Khol ... Und darauf sollen wir ja nicht vergessen, wer eigentlich der Drahtzieher und der Anlaßfall gewesen ist, für dieses Urteil. Jetzt haben wir diese Kohlsuppe auszulöffeln, die er uns eingebrockt hat; eine Suppe, die uns schon als Kind eigentlich nicht geschmeckt hat.

Aber, meine Damen und Herren, man kann hier auch einen anderen Weg gehen, deshalb möchte ich auch die Position der Freiheitlichen klarlegen. Unsere Linie ist klar. Wir werden alles daransetzen, daß gegen den Willen der Kärntner Bevölkerung keine zusätzlichen zweisprachigen Ortstafeln aufgestellt werden. Deshalb, Hoher Landtag, haben wir auch in relativ kurzer Zeit mehr als 15.000 Unterschriften gesammelt, die

sicherstellen sollen, daß die Kärntner Bevölkerung nicht aufgrund eines Urteiles oder eines Beschlusses von Wien hier in ihrem friedlichen Miteinander mit der Volksgruppe gestört werden, sondern daß sichergestellt ist, daß sie in dieser wichtigen Frage auch ein Mitspracherecht haben. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Es hat gestern eine Enquete stattgefunden, wo auch von Verfassungsexperten sehr wichtige Aussagen getroffen worden sind, nämlich daß es auch eine andere Lösung geben kann als jene, einen Prozentsatz festzuschreiben, wie dies auch der Verfassungsgerichtshof in seinem Erkenntnis empfiehlt, weil - und das ist das Entscheidende - das Festschreiben eines Prozentsatzes auch die Zählung der Minderheit voraussetzt, also eine Minderheitenfeststellung. Nicht eine Volkszählung! Eine Volkszählung kann für die Festlegung eines Prozentsatzes - und das haben die Experten gestern gesagt - *(Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!)* nicht herangezogen werden. Das will auch die Volksgruppe nicht. Deshalb wollen wir auch einen Beitrag dazu leisten, daß wir hier zu einem konstruktiven Weg kommen können.

Ich glaube, der Landeshauptmann hat diesen Weg gewiesen. Es wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt, auch aus Vertretern der Heimatverbände und der Slowenenorganisationen, die jetzt ein Modell gemeinsam entwickeln soll. Am Ende, Hoher Landtag, muß aber eine Volksabstimmung stehen, denn nur dann ist auch sichergestellt, daß nicht wieder ein Verrückter durch eine Ortschaft rast und dadurch ein sinnvolles und konstruktives Gesetz zum Kippen bringt. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

*(Der Vorsitzende erteilt Klubobmann Abg. Unterrieder das Wort.)*

Abgeordneter **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Die Sozialdemokratische Fraktion hat den Konsens im Bereich der Volksgruppen immer gesucht und hat überall mitgewirkt, wo es möglich war, konsensuale Entscheidungen zu treffen. Wir wirken mit am sogenannten runden Kärntner Tisch. Wir haben hier unsere Erfahrungen und unsere Meinung eingebracht. Wir

## Unterrieder

haben durch diesen runden Tisch auch gemeinsam in Verhandlungen auf der Bundesebene die Schulgesetzgebung in Wahrheit mitgetragen. Aus dem Grund ist es sehr verwunderlich, daß man aufgrund einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes jetzt am Beginn versucht hat - und ich hoffe, es ist nicht wieder bald so weit! -, politisch Kleingeld zu machen mit der Thematik, daß eben die Bundesregierung und vor allem der Nationalrat aufgefordert ist, die aufgehobenen Passagen im Volksgruppengesetz eben zu reparieren, das heißt Beschlüsse zu fassen, daß eben in weiterer Folge das Land Kärnten und der Herr Landeshauptmann große Verantwortung hier hat, gemeinsam mit der Bevölkerung im Lande Kärnten dieses Thema zu diskutieren und dann die Diskussionsergebnisse in unserem Bundesland einfließen zu lassen, auf die Entscheidungen auf der bundespolitischen Ebene. Denn über die Bevölkerung und über die Köpfe der Menschen hinweg - das haben wir am Anfang schon festgestellt - kann eine Veränderung in diesem Bereich nicht stattfinden!

Eine Volksbefragung ist ein Instrument, wo man Menschen auseinanderbringen kann, das heißt man kann hier beide Gruppen in diesem Lande unter Umständen gegenseitig ausspielen. Ich glaube, daß der Schritt, der gestern im Spiegelsaal des Landes Kärnten passiert ist, ein erster Schritt - wenn er beibehalten wird! - in die richtige Richtung ist, damit wir in unserem Bundesland mit der Bevölkerung dann die Entscheidung auf der Bundesebene beeinflussen können, was eine Neuregelung in diesem Bereich beeinflusst. Denn man wird sich das Leben nicht so leicht machen und das nur auf dem Rücken der Gemeinden spielen können, wobei es sehr wichtig ist, daß die Bürgermeister, die Gemeinden eingebunden sind. Denn in den Gemeinden sind diese Themen ja auszudiskutieren und dann positiv einer Erledigung zuzuführen. Man sollte aus der Erfahrung lernen.

Herr Landeshauptmann, hier können Sie beweisen, daß Sie Verantwortungsbewußtsein für unser Bundesland haben, indem man politisches Kleingeld nicht um jeden Preis erheischen will, daß man nicht dieses Thema unter Umständen versucht, zu spielen, um schlechte derzeitige Ergebnisse bei Gemeinderatswahlen vielleicht zu verändern, im Sinne der FPÖ. Ich glaube, daß

die FPÖ hier genauso in diesem Lande und Sie, Herr Landeshauptmann, Verantwortung zu tragen hat. Verantwortung! Und da können Sie nicht heraus. Die schwarz-blaue Bundesregierung hat Handlungsbedarf. Das Parlament, die Koalition, die draußen stattfindet, hat Handlungsbedarf! Und Sie haben die Bevölkerung gemeinsam mit einer Regierung dann zu vertreten. (*Abg. Dr. Strutz: Die SPÖ hat keinen Handlungsbedarf?*) Sie haben die Bevölkerung einzubinden - das ist das Wichtigste -, nicht große Trennungaktionen, Unterschriftenaktion, Einleitung Volksbefragung etc. Das ist genau der Weg, der trennt und nicht zusammenführt. Ich glaube, daß man mit den Menschen reden muß! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Klubobmann Abg. Dr. Wutte das Wort.*)

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Ein wenig verwundert der plötzliche Gesinnungswandel der FPÖ in dieser Frage schon. Monatelang rennt man gegen ein Verfassungsgerichtshoferkenntnis Sturm. Seit gestern sagt man das erstmal: "Man wird nicht umhinkommen, das irgendwie umsetzen zu müssen." Ich frage mich, warum man so spät zu dieser Einsicht gelangt und warum es so lange braucht, bis die Vernunft letztlich doch einzukehren beginnt. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Ich frage das offen: Wozu veranstaltet man wochenlang, monatelang Veranstaltungen in diesem Land? Man sammelt Unterschriften, hetzt die Bevölkerungsgruppen gegeneinander politisch auf. Ich frage mich wirklich: War es notwendig, so viel Porzellan zu zerschlagen, in den letzten Wochen? Und war es notwendig, gegen eine Institution des Rechtsstaates wie den Verfassungsgerichtshof Sturm zu laufen? War es wirklich notwendig, einen persönlichen Feldzug gegen Verfassungsrichter zu führen, von dem sogar Andreas Mölzer unlängst geschrieben hat, daß dieser Feldzug einfach geschmacklos ist. Daß diese Fragen einmal gestellt werden müssen, das wird auch hier in diesem Hohen Haus notwendig sein!

Die jetzige Situation stellt einen klassischen

**Dr. Wutte**

Salto rückwärts, einen politischen Umfaller dar, der zu verurteilen wäre, wenn nicht gleichzeitig wenigstens ein bißchen sinnvolle Bewegung in die Angelegenheit kommen würde. Ich kann mich noch erinnern, es hat vor wenigen Wochen geheißen: "So lange ich Landeshauptmann bin, wird es keine einzige zusätzliche Ortstafel in Kärnten geben." Am 13. Jänner lese ich in der Zeitung: "Haider droht mit Rücktritt, wenn es nur ansatzweise zu einer Umsetzung des Verfassungsgerichtshoferkenntnisses kommt." Wo bleibt die Konsequenz, Herr Landeshauptmann, wenn man jetzt das andere doch einleitet?! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Ich möchte für die Kärntner Volkspartei sagen und festhalten, daß wir von Anfang an einen vernünftigen Weg vorgeschlagen haben und den auch in die Diskussion eingebracht haben, nämlich wir sind von Anfang an dafür eingetreten, eine verfassungskonforme Lösung dafür zu suchen und auch zu finden, daß der Status quo in diesem Land, nämlich das friedliche Zusammenleben der Volksgruppen miteinander und untereinander und die Situation im Bereich der zweisprachigen Ortschaften und Aufschriften, möglichst gleichbleibend erhalten bleibt. Das bedeutet, wir suchen nach einer verfassungskonformen Lösung, die nicht wieder aufhebbar ist und die letztlich auch garantiert, daß das, was wir derzeit an Stand der Dinge haben, auch abgesichert werden kann.

Das wird nur gehen, meine Damen und Herren, wenn wir uns ganz klar von dem Zwang einer prozentuellen und Prozentmarkenfestlegung lösen, denn das ist nicht gefordert: weder durch den Staatsvertrag noch durch das Volksgruppen-gesetz. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Zuerst kritisierst du ...*) Es geht einzig und allein um das Volksgruppengesetz. Diesen Vorschlag habe ich seit Wochen gemacht. Ihr wolltet ihn nicht hören, Kollege Gallo. Das ist die Wahrheit! Ich habe von Anfang an gesagt, seit Weihnachten predige ich das, daß es auch rechtliche Möglichkeiten jenseits der Prozentdiskussion gibt. Und das ist der wahre Ansatz, um den es gehen sollte! Ich glaube, wir sollten andere Kriterien suchen und finden! Sie sind findbar. Das Volksgruppengesetz muß nur den Begriff des "gemischten Gebietes" anders definieren. Das muß nicht ausschließlich quantitativ erfolgen, sondern da gibt

es andere Kriterien: die örtliche Situation, die besonderen Gegebenheiten eines Wohngebietes. Das kann man alles in das Gesetz schreiben. Dann wird es auch gelingen, gemeinsam, auf Drei-Parteien-Ebene, mit den Volksgruppenvertretern, mit den Heimatverbänden eine Lösung zu finden, die die Gebietsteile (nämlich jene mit gemischter Bevölkerung) festlegt, ohne daß es Zank und Hader, ohne daß es gegenseitige Aufhetzung gibt, sondern auf vernünftiger Basis dahingehend, daß wir im wesentlichen den Frieden, den wir im Lande bisher hatten, auch aufrecht erhalten können.

Das ist die Vorstellung der Kärntner Volkspartei, für die wir eintreten. Der Weg ist vorgezeichnet und einmal mehr eingefordert. Runder Tisch in Kärnten: Ich bin froh, daß es gestern zumindest einmal einen eckigen gegeben hat. Runder Tisch in Kärnten, Konsenskonferenz in Wien, dann wird es uns gelingen, eine gemeinsame Lösung zu finden.

Wenn ich heute lese, der Herr Landeshauptmann (*Vorsitzender: Sie haben noch eine Minute!*) fordert eine rasche Lösung, dann frage ich mich: Von wem fordert der sie denn? Wer hat ihn denn bisher daran gehindert, für eine rasche Lösung einzutreten und diese zu verwirklichen?! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Wir sind am Punkt angelangt, wo es darum geht, Nägel mit Köpfen und zu machen und eine gemeinsame Lösung auch wirklich umzusetzen. Dankeschön! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Lobnig das Wort.*)

**Abgeordneter Lobnig (FPÖ):**

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Bei der heutigen Diskussion zum Thema der zweisprachigen Ortstafeln soll man sich auch durchaus unserer stolzen Geschichte Kärntens erinnern. Wer auch diese, wenn auch leidvolle Geschichte Kärntens und die Versuche der Landnahme durch die Slowenen kennt, muß verstehen, daß hier mit höchster Sensibilität vorgegangen werden muß. Aussagen von führenden Politikern aus Slowenien, wie Präsident Kucan, der einmal gemeint hat, Kärnten ist als Teil des slowenischen Raumes zu bezeichnen, das kann nur hef-

## Lobnig

tige Reaktionen in der Kärntner Bevölkerung auslösen und ist sicherlich dieser Diskussion der Minderheitenpolitik nicht hilfreich und auch nicht dienlich. Daher wird es natürlich für uns auch sehr bedeutend sein, wer von den Slowenenvertretern das Pouvoir bekommt, in dieser Geschichte und in diesen Themen zu verhandeln. Nämlich die Vergangenheit hat gezeigt, daß die Doppelstrategie, das heißt, auf der einen Seite den Weg des Dialoges zu suchen, aber auch auf der anderen Seite immer wieder radikale Berufsslowenen ständig mit Gerichtsurteilen die Ruhe stören und hier uns konfrontieren. Das kann keine vernünftige Basis für weitere Verhandlungen darstellen.

Mit dem jüngsten Erkenntnis zu diesem Thema "zweisprachige Ortstafeln", hat natürlich der Verfassungsgerichtshof Vieles an friedlicher Politik in der Minderheit zerstört. Man hat als Kärntnerin oder als Kärntner sogar das Gefühl, daß hier der Verfassungsgerichtshof tatsächlich als Erfüllungsgehilfe für nationalslowenische Bestrebungen in Südkärnten eingetreten ist. Denn dieses, geschätzte Damen und Herren ... *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*, denn dieses Urteil ist unter fragwürdigen Umständen zu Stande gekommen, ohne sich auch der Tragweite bewußt zu sein, was mit diesem Urteil in dem friedlichen Miteinander auch angerichtet wird. Geschätzte Damen und Herren! Es wurde doch eine Reihe von Schutzbestimmungen und Förderungsmaßnahmen festgelegt, um die Situation der Volksgruppe kontinuierlich zu verbessern. Ob es die Hörfunkprogramme oder die Fernsehsendungen im ORF sind, die zweisprachigen Schulen, die Kindergärten. Ob es auch die Presse-Kultur und Sportförderungen sind, ob es die Amtssprache ist, meine sehr geschätzten Damen und Herren, in allen Bereichen gibt es großzügige Unterstützung seitens der Landespolitik. So gesehen gehen die Förderungsmaßnahmen auch weit über den Rahmen des Artikel 7 des Staatsvertrages von 1955 hinaus. Dies hat auch eine jüngste Umfrage des OGM-Institutes ergeben. Nämlich auf die Frage, ob die Minderheit zuviel, zuwenig oder gerade richtig gefördert wird, so haben doch 61 Prozent der Befragten geantwortet gerade richtig; 22 Prozent sagen es ist zuviel und nur 6 Prozent, meine Damen und Herren sagen, es ist zuwenig.

Die bisher geübte Praxis im Bereich der zweisprachigen Ortstafeln, nenne ich, so war diese für die Minderheit gerade richtig und für die Mehrheit allerdings gerade noch erträglich. Auch die in der letzten Woche veröffentlichten Ergebnisse einer Umfrage des Institutes, ob die 25-Prozent-Regelung derzeit genügt, so waren über 55 Prozent der Befragten für die Beibehaltung der 25-Prozent-Regelung und nur 11 Prozent waren dafür, daß keine weiteren zweisprachigen Ortstafeln, und 19 Prozent haben sich für eine Lösung zwischen 10 und 25 Prozent ausgesprochen. Das heißt, für die Politik ein "klarer Auftrag", die Verhandlungen mit den Slowenenvertretern auch erst dann sinnvoll weiterzuführen, wenn natürlich die Volkszählungsergebnisse 2001 veröffentlicht sind und wir erst erkennen, welche Auswirkungen in den einzelnen Gemeinden daher zu erwarten sind. Darüber hinaus muß aber auch erwähnt werden, daß ja bereits in einigen Gemeinden der Anteil der slowenischen Bevölkerung unter 25 Prozent ist und trotzdem zweisprachige Ortstafeln aufgestellt wurden. Ob das Aufstellen von weiteren zweisprachigen Ortstafeln in dieser Weise auch wirklich sinnvoll ist und die Identität der Volksgruppe stärkt, das sollen sich die Vertreter der Organisationen *(Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!)* wirklich einmal fragen, oder ob es nicht sinnvoll ist über jene Dinge zu diskutieren, die der Volksgruppe tatsächlich dienen.

Zum Abschluß kommend, meine sehr geschätzten Damen und Herren, muß ich sagen: Wir haben in Kärnten eine vorbildliche Minderheitenpolitik, die unter Landeshauptmann Dr. Haider in den letzten Jahren ja sehr stark ausgebaut wurde. Und das soll auch einmal die Volksgruppe zur Kenntnis nehmen und einmal offiziell danke sagen. Daher werden wir Freiheitliche auch weiterhin eine Volksbefragung zu weiteren zweisprachigen Ortstafeln verlangen, die nicht gegen die Kärntner Landsleute gerichtet ist, sondern für eine friedliche Zukunft und ein friedliches Zusammenleben in Kärnten steht. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Cernic das Wort.)*

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Strutz, wie eine Bombe hätte das Ergebnis nicht einschlagen müssen, daß der Verfassungsgerichtshof die Bestimmungen des Volksgruppengesetzes wegen Verstoßes gegen die Verfassungsbestimmungen des Artikels 7 des Staatsvertrages aufgehoben hat. Das war so unvorhersehbar nicht. Es war eigentlich die logische Konsequenz aus dem zuvor erfolgtem Erkenntnis im Bezug auf die Amtssprachenregelung. Denn warum sollen letztendlich der Begriff "gemischte Bevölkerung" im zweiten Satz des Artikels 7, Ziffer 3, anders interpretiert werden als im ersten Satz.

In ganz Europa, meine sehr geehrten Damen und Herren, ändern sich durch den Integrationsprozeß die Rahmenbedingungen im Zusammenleben von Mehrheiten und Minderheiten deutlich. Die Grundtendenz der europäischen Volksgruppenpolitik geht eindeutig dahin, den Beitrag der Volksgruppen zur sprachlichen und auch kulturellen Vielfalt in Europa zu fördern. Durch dieses Konzept der Zwei- und Mehrsprachigkeit sollen ethnische Grenzziehungen und Polarisierungen überwunden werden. In Zukunft wird diese Mehrsprachigkeit der Bürger für den wirtschaftlichen Erfolg jedes einzelnen und damit natürlich auch gesamter Regionen von ganz entscheidender Bedeutung sein. In einer solchen Phase der Entwicklung sind Verhaltensweisen, wie sie seit der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes zur Ortstafelfrage von politischen Vertretern in Kärnten gezeigt wurden, wirklich kontraproduktiv. Latent vorhandenes Konfliktpotenzial bewußt zu aktivieren und für den Kampf um Wählerstimmen zu instrumentalisieren, das ist verantwortungslos, sowohl gegenüber der Mehrheits- als auch gegenüber der Minderheitsbevölkerung. Mit der Unfähigkeit, uralte Verhaltensmuster abzulegen und endlich aktiv und gemeinsam für ein Klima der Mäßigung und der Entspannung zwischen den Volksgruppen im Land einzutreten, haben wir uns in den letzten Monaten wirklich ein Armutszeugnis ausgestellt. Es wird mehr als nur einiger runder Tische bedürfen, um diesen Scherbenhaufen wieder aufzuräumen und andererseits zu einer neuen Kultur im Zusammenleben zwischen der Mehrheits- und der Minderheitsbevölkerung zu

kommen. Ich denke, daß wir dazu an einem Bewußtsein arbeiten müssen, daß nicht die Nivellierung kultureller Eigenheiten, sondern das Erleben von Differenz als Wert und auch als Bereicherung empfindet. Ich glaube, in einem solchen Prozeß darf es keinen Platz mehr geben für politische Willkür und es darf auch keinen Platz mehr geben für profilierungsneurotische Taferlkriege. (*Zwischenruf von Dipl.-Ing. Gallo.*)

Im letzten Jahr haben Sprunghaftigkeit und Willkür bei den politischen Entscheidungen in Kärnten ein Ausmaß erreicht, das die Grenze der Zumutbarkeit deutlich überschritten hat. Es wurde beliebig gegeben und wieder genommen. Es wurde beschlossen und wieder rückgängig gemacht. Es wurde zum Dialog ein- und es wurde wieder ausgeladen. Es wurden Leute, zugegeben aller farblichen Zugehörigkeiten, dazu animiert Unterschriften zu leisten, die im Papierkorb landen werden und sie sind damit zu Statisten geworden, für eine Inszenierung, die so schlecht war, daß sie nie auf irgendeiner Bühne zur Aufführung gelangen wird. Die SPÖ Kärnten hat von Anfang an eigentlich den richtigen Weg eingeschlagen. Wir haben zur Mäßigung, wir haben zu einer konsensualen Lösung, unter Einbeziehung aller Beteiligten aufgerufen. (*Mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten der FPÖ-Fraktion.*) In den letzten zwei Tagen ist auch unser Landeshauptmann wieder mutiert in Richtung (*Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!*) Mäßigung - ein bißchen eine Spätzündung - und es ist natürlich, daß das ganze Land - Herr Landeshauptmann - mißtrauisch in Ihre Richtung äugt und wartet, ob jetzt diese Frohbotschaften, die Sie selbst verkündet haben länger als ein paar Tage Geltung haben werden. Für mich bleibt der Verdacht, daß man auch in Zukunft der Versuchung nicht wird widerstehen können, Volksgruppenegegensätze wieder aus dem Zauberhut zu ziehen, wenn man es braucht, (*Abg. Kreutzer: Ein Wahnsinn!*) aber (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen! Ich bitte, zum Schluß zu kommen!*) meine sehr geehrten Damen und Herren! Es muß sich nicht jeder Verdacht bestätigen. Und sowie der Herr Landeshauptmann für seine Expressionismusausstellung, nehme jetzt ich für die Entwicklung der Volksgruppenfragen das Prinzip Hoffnung in Anspruch. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

**Mag. Cernic**

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Grilc das Wort.)*

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man den Pressemeldungen von gestern und heute Glauben schenken darf, dann ist endlich Bewegung in diese Volksgruppenfrage gekommen. Man redet offensichtlich wieder miteinander und nicht gegeneinander. Es war auch höchste Zeit, muß ich sagen, denn die Art der Diskussion im Dezember und Jänner und die Töne, die dort angeschlagen wurden, waren mitunter für uns im zweisprachigen Gebiet unerträglich. Und ich muß auch kritisch anmerken, daß einzelne Äußerungen von politischen Entscheidungsträgern, sowohl auf Gemeinde- als auch auf Landesebene, unverantwortlich waren, bis hin zu dieser Groteske um die Wegweiser auf der Autobahn.

Aus meiner Erfahrung als zweisprachiger Bürgermeister sage ich nur eines: Gute Nachbarschaft und friedliches Miteinander ist auf dem Prozeßwege nicht zu erzwingen. Das ist die eine Voraussetzung. Das Zweite was ich hinzufüge: Gute Nachbarschaft und friedliches Miteinander kann man aber auch nicht dadurch fördern, daß man ewig alte Vorurteile und Beschuldigungen aufwärmt. Daher kann der Weg nur im Dialog liegen und der runde Tisch ist die einzig richtige Variante, die wir jetzt eingeschlagen haben. Das heißt, das Einbeziehen von Experten und Betroffenen aller Gruppierungen ist das einzige Gebot der Stunde. Und für diese Dialogbereitschaft gibt es aus meiner Sicht auch eine Nagelprobe. Für die Ernsthaftigkeit dieser Bereitschaft steht Folgendes: Ich habe mit Genugtuung vernommen, daß die Freiheitliche Partei ihre Unterschriftenaktion stoppen wird.

Ich sage aber, diese Forderung muß ich auch erheben im Hinblick auf sogenannte Vorfeldorganisationen. Und ich sage ganz bewußt Folgendes. Mich stört zum Beispiel im Bezirk Völkermarkt, daß der Landesobmann des Abwehrkämpferbundes, diesen an sich überparteilichen Traditionsverband immer wieder für parteipolitische Zwecke einzuspannen versucht. Auch das, wie gesagt, ist eine Frage der Ernsthaftigkeit. Die rasche Lösung, kann ich nur bestätigen, ist

in unser aller Interesse. Aber nicht nur die Lösung als solches, sondern auch dann die Umsetzung. Denn - ich muß ehrlich gestehen - wir schauen österreichweit nicht wirklich gut aus, wenn die alte Verordnung aus dem Jahr 1977 stammt und wir bis heute das Ganze erst zu zwei Drittel umgesetzt haben, obwohl zum Beispiel die Landesregierung sogar im Jahr 2000 einen dementsprechenden Beschluß gefaßt hat. Daß hier Versäumnisse in den Gemeinden vorliegen ist unbestritten, aber es kann eben der Appell nur in jene Richtung gehen, wenn es eine neue Lösung gibt im Konsens, dann hat diese Lösung auch rasch umgesetzt zu werden aus meiner Sicht.

Und zur Regelung. Es muß eine Bundesverordnung geben, natürlich unter Einbindung der Gemeinden, aber, vor einem warne ich: Eine Entscheidung ausschließlich auf der Basis der Gemeinden würde zu neuen Konflikten führen! Es ist Bundesmaterie und daher auch vom Bund her zu regeln. Und zuletzt bitte noch eines. Eine rasche Lösung sollte - und das ist heute auch schon angeklungen - im Interesse der nächsten Gemeinderatswahlen erfolgen. Spekulationen, daß das Thema nächstes Jahr möglicherweise wieder die Ortstafeln sind, das möchte ich also von Haus aus ausschließen. Und eine respektlose Bemerkung zuletzt: Wenn wir ganz ehrlich sind, sind Ortstafeln - zumindest so sehe ich das - in Wahrheit ein alltäglicher Gebrauchsgegenstand und keine heilige Kuh, auch wenn bei uns die Tafeln zweifelsohne geschichtsbeladen und symbolträchtig sind. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

*(Der Vorsitzende erteilt LH Dr. Haider das Wort.)*

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mit großem Interesse vernommen, daß die Frau Abgeordnete Cernic von "unserem Landeshauptmann" gesprochen hat. Das war eine sehr liebevolle Umschreibung heute. *(Dies löst Heiterkeit unter den Abgeordneten der FPÖ-Fraktion aus. - Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Das ist eigentlich ein schöner Tag für mich heute. *(Abg. Dr. Strutz: Heute ist sie gut drauf!)* Ein absolut schöner Tag auch für mich,

**Dr. Haider**

weil sie mich so liebevoll angesprochen hat. (*Abg. Ing. Rohr: Haben Sie sich was anderes erwartet, Herr Landeshauptmann!*) Ich glaube ... (*Mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten aus der SPÖ-Fraktion. - Lärm im Hause.*) Ich habe eigentlich mit der Frau Abgeordneten Cernic kommuniziert, nicht mit Ihnen. Ich möchte nur ein paar Bemerkungen zur aktuellen Entwicklung sagen.

Wenn jetzt alle davon reden, man hätte und man hätte und man hätte, und es eigentlich - wie es der Abgeordnete Grilc gesagt hat - eine Schande, daß seit dem Jahre 1977 die Volksgruppen-gesetzgebung nicht vollzogen worden, dann darf ich schon daran erinnern, seit 1977 hat es 12 Jahre lang einen sozialistischen Landes-hauptmann mit absoluter Mehrheit gegeben und dann hat es sieben Jahre lang eine ÖVP-Landeshauptmann gegeben, der auch jetzt für das vollständige Aufstellen der Ortstafeln eintritt, aber in seiner Amtszeit die Kraft nicht gefunden hat, hier das so zu machen. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Also sollte man die Kirche im Dorf lassen und es bleibt auch dabei. Ich persönlich habe mich in der Frage der Ortstafel-entwicklung und der Ortstafelregelung festge-legt. Und ich bleibe auch bei dieser Festlegung. Auf der Grundlage dieses vorliegenden Verfas-sungsgerichtshoferkenntnisses würde es unter meiner Landeshauptmannschaft keine zusätzli-chen Ortstafeln geben, weil ich dieses Ergebnis und dieses Verfassungsgerichtshoferkenntnis ab-solut für falsch halte. Es kann jede andere Mög-lichkeit in Verbund mit der Bevölkerung erar-beitet werden, aber uns von 25 auf 10 Prozent herunterlizitieren zu lassen und dann einen Vollzug anzuordnen, den wird es mit mir nicht geben (*Einsetzender Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) ... und darüber müssen wir uns einmal im Klaren sein. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Deshalb war es auch gestern wichtig, daß hier eine Debatte stattgefunden hat, die klar gemacht hat, daß wir uns dieses Verfassungsgerichts-hoferkenntnis zwar betrachten können. Aber es geht eigentlich um ganz etwas anderes. Es geht darum, daß wir eine Adaptierung der Volks-gruppengesetzgebung vornehmen, die eben Ab-stand nimmt von dem, worauf auch der Verfas-sungsgerichtshof anknüpft - nämlich auf eine prozentuelle Regelung - und sagt zwischen fünf

und 30 Prozent ist alles zulässig, aber in Öster-reich sind 25 Prozent verfassungswidrig. Das versteht in Wirklichkeit kein Mensch! Wir wer-den auch keine Prozentregelung mehr akzeptie-ren. Das heißt, daß wir im Grunde genommen auch keine Änderung des Volksgruppengesetzes brauchen. Sondern das was wir brauchen, ist ein Instrument, in dem so wie auch in anderen Nachbarländern die Möglichkeit besteht, daß es auch durch Mitwirkung der Bevölkerung in qua-lifizierter Position auf der kommunalen Ebene zu einem Entscheidungsprozeß in der Frage von topographischen Aufschriften kommt. Und es ist nicht - wie eine Abgeordnete gesagt hat - lo-gisch, wenn der Verfassungsgerichtshof sagt: zehn Prozent bei der Amtssprache, dann muß selbstverständlich auch bei den Ortstafeln die Zehnprozentregelung gelten. Das ist deshalb nicht logisch, weil die Amtssprache ein indivi-duelles Grundrecht ist, während die Ortstafeln Symbole sind, die niemanden individuell zu-stehen und die gemacht werden können oder auch nicht gemacht werden können und die aus dem Staatsvertrag in der Form überhaupt nicht ableitbar sind. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Daher haben wir das gestern - glaube ich - auch mit den Experten richtig erörtert.

Es ist auch bezeichnend, daß bei Ihnen in der SPÖ-Fraktion heute kein Abgeordneter aus dem Unterland sprechen durfte. Da sitzen welche da, aber sie durften nicht sprechen! (*Unruhe in der SPÖ-Fraktion*) Als Hauptsprecher! Sie durften als Hauptsprecher nicht sprechen, weil offenbar die Linie eine andere ist. In Wirklichkeit ist bei Ihnen im Unterland eine andere Linie als im Oberland, meine Damen und Herren! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion - Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!*) Und diese Trennlinie beginnt offenbar in Villach. Dort erfolgt die Befehlsausgabe. Das was wir in Unterkärnten erlebt haben, das hat offenbar jetzt in Oberkärnten nicht mehr Gültigkeit. (*Abg. Dr. Strutz: Genau! - Lärm in der SPÖ-Fraktion*)

Denn, meine Damen und Herren, wir stehen zu dem, was wir auch in der Frage der Volksbefra-gung angekündigt haben. Eine Volksbefragung, meine Damen und Herren, ist der beste Weg, um die Meinung der Bevölkerung zu erkunden. Und ich bin überzeugt, wenn wir eine Lösung in Kärnten erarbeiten, wo es einen Konsens gibt,

**Dr. Haider**

dann muß am Ende aber auch eine Volksbefragung stehen. *(Vorsitzender: Herr Landeshauptmann, die Redezeit ist abgelaufen!)* Denn nur dann, wenn die Kärntner Bevölkerung Ja sagt zu diesem Konsens, wird er auch dauerhaft halten und wird demokratisch legitimiert sein. *(Heftiger Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Schober das Wort. - LH Dr. Haider: Jetzt kommt ein Unterkärntner! Ist er g'schwind nominiert worden?!)*

Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Sehr verehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine geschätzten Zuhörerinnen und Zuhörer! Viel Porzellan wurde zerschlagen, Beleidigungen wurden ausgesprochen, Klagen angedroht, *(Abg. Dr. Strutz: Wo denn?)* Drohungen sind vor sich gegangen ... Na, denken wir zurück, Herr Klubobmann Strutz! Eine Zeitung hat geschrieben Sie hätten Alzheimer. Das habe nicht ich gesagt, aber das hat eine Zeitung geschrieben. *(Abg. Dr. Strutz: Was hat das mit dem zu tun?!)* Alles unnötige Aktionen, hätte man eine andere Vorgangsweise, eine viel vernünftige Vorgangsweise gewählt.

Ganz klar, förderlich war diese Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes vom Anlaß her sicherlich nicht, sie war eher ein Bärendienst an der Minderheit insgesamt. Weil an sich in dieser Frage alles auf Schiene war, wenngleich es dort oder da noch bestimmte Nachbesserung gegeben hätte. Es ist aber nun einmal so und rechtsstaatliche Grundsätze sind einfach einzuhalten. Es hätte auch überhaupt keinen Grund zur Panik gegeben, zumal es ja an uns selbst, nämlich an der Politik gelegen wäre und es auch noch an uns liegen wird, anhand dieser Entscheidungen und auf dieser Grundlage des Erkenntnisses zu treffen. Was aber hier in Kärnten passiert ist, das war schlicht und einfach kontraproduktiv. Ich weiß schon, gerade Sie Herr Landeshauptmann und die Freiheitlichen insgesamt wollten daraus parteipolitisches Kapital schlagen, was von der Bevölkerung - wie man es letzthin in einer Meinungsumfrage gemerkt hat - nicht goutiert wurde und daraus haben Sie offenbar gelernt. So hoffe ich es zumindest.

Und weil Sie früher erwähnt haben, warum gerade keiner aus dem Unterland spricht: Auch die Veranstaltung in Völkermarkt, die Sie ursprünglich als sehr großen Erfolg verkauft haben, hat mit der Veranstaltung in Ferlach geendet. Da war der Erfolg bei weitem nicht mehr so groß. Deshalb auch diese Trennlinie, von der Sie früher gesprochen haben. *(Abg. Kreuzer: Stimmt ja gar nicht!)* Die Kärntnerinnen und Kärntner wollen ein friedliches Miteinander und kein Ablenkungsmanöver von anderen Problemen, die wir hier im Lande zu Hauf haben. Mir ist dieses Thema viel zu ernst, um überhaupt davon Polemik zu machen. *(Abg. Stangl: Du tust nicht polemisieren!)*

Ich habe auch einen ganz anderen Zugang zu diesem Thema. Und ich sage Ihnen was, Herr Landeshauptmann! Bevor Sie hier in Kärnten politisch tätig waren, bin ich in meiner Eigenschaft als Exekutivbeamter beim sogenannten Ortstafelsturm zwischen den Fronten gestanden. Ich habe diese Dinge gespürt. Ich weiß, wie emotional diese Dinge damals ausgetragen worden sind und alle haben, so hoffe ich, daraus gelernt. Und mit Vernunft und mit viel Einfühlungsvermögen und ohne Polemik ist es damals gelungen und so hoffe ich, wird es auch diesmal gelingen, einen Konsens zu erreichen, indem wir uns alle an einen Tisch setzen und vernünftig über diese Dinge reden, ohne irgendwelche polemische Vorgangsweise zu wählen. So wie wir - das muß man auch einmal sagen - es als Sozialdemokraten von Anfang an vorgeschlagen haben. Denn Extremismus - egal von welcher Seite - ist immer falsch. Das gilt von bewußt herbeigeführten Geschwindigkeitsüberschreitungen hin bis zu den Ängsten, die wir heute wieder gehört haben, von einer sogenannten Landnahme. Ich danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dipl.-Ing. Gallo das Wort.)*

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich am Schluß dieser Debatte ein kurzes Resümee ziehen darf, dann habe ich von der SPÖ außer ei-

**Dipl.-Ing. Gallo**

nem ständigen Hin und Her und der üblichen Polemik nichts an konstruktiven Vorschlägen vernommen. (*Abg. Mag. Cernic: Wir haben Sie schon vor Monaten gehabt!*) Bei der ÖVP habe ich den Eindruck, Herr Klubobmann Wutte, daß deine Vorschläge zu aller erst innerparteilich schon nicht angekommen sind, (*Abg. Dr. Wutte: Hast du eine Ahnung!*) daß weder der Herr Dr. Khol noch der Herr Zernatto davon etwas gehalten haben, sonst hätten sie nicht diametral entgegengesetzt reagiert. Und die Frage bleibt, was von den ÖVP-Reden noch übrig bleibt, wenn es unseren Landeshauptmann Dr. Haider nicht gäbe. (*Abg. Ramsbacher: Die ÖVP!*)

Ich möchte, weil bei meinem Herausgehen Zwischenrufe gekommen sind, doch etwas aus sehr persönlicher Erfahrung sagen. Ich bin nicht nur in Klopein geboren, sondern ich bin am Faaker See in einem gemischtsprachigen Gebiet aufgewachsen und ich bin so alt, daß ich in meiner Pflichtschulzeit zwischen 1950 und 1957 Slowenisch lernen mußte. Damals war das eine Pflicht! (*LR Schiller: Hat aber nicht geschadet!*) Ich habe nicht gesagt, daß mir das geschadet hat. Aber ich bin viel in der Welt herumgekommen und muß ganz offen sagen, allzu viel davon verwenden konnte ich nicht. Ich hatte eher einmal ein Negativerlebnis in Dubrovnik. (*Zwischenruf des Abg. Sablatnig*) Aber, Kollege Sablatnig, es versetzt mich in die Lage, wenn der Herr Sadvnik und der Herr Sturm vor mir Slowenisch reden, weiß ich, worüber sie sprechen und wenn der Kollege Grilc beim Wiesenmarkt in Bleiburg Deutsch und Slowenisch spricht, weiß ich, ob er in Slowenisch dasselbe sagt, das er vorher in Deutsch gesagt hat. Trotzdem sage ich, daß die Sprache wesentlich wichtiger ist als eine Ortstafel oder eine zusätzliche Ortstafel. Mir hat bis jetzt niemand erklären können, warum das so wichtig ist, weder von irgend jemanden hier herinnen noch von einem Vertreter der slowenischen Volksgruppe.

Es war jetzt viel von Polarisierung, von Mäßigung, von Verständigung die Rede, (*Abg. Dr. Wutte: Jetzt bist aber nicht mehr parteilich!*) aber was bleibt ist, daß gerade dieses Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes zu einer Polarisierung beigetragen hat und diese wieder herauf beschworen hat. Denn aus der Vergangenheit - und auch das ist eine persönliche Erfahrung -

weiß ich, daß unter dem Titel der Minderheitenförderungen es auch zu massiven Benachteiligungen der Deutsch sprechenden Kärntner gekommen ist. Es gibt nicht umsonst die Befürchtung einer Slowenisierung von Schule und Kindergarten. Und es gibt dazu auch einen sehr schönen Beweis im Jahresbericht über das Schuljahr 1997/98 des Landesschulrates für Kärnten, wo die Anmeldungen, die freiwilligen Anmeldungen zum zweisprachigen Unterricht von der Schulbehörde als ethisches (sprachliches) Bekenntnis zur Minderheit gewertet worden ist. (*Zwischenruf von Abg. Mag. Cernic*) Wenn jetzt so viel von Prozentsätzen die Rede ist, ist es auch interessant festzustellen, (*Unruhe in der SPÖ-Fraktion*) daß es gerade die slowenische Volksgruppe ablehnt, eine Zählung zu machen. Denn wenn man Prozentsätze festschreiben will, setzt das voraus, daß gezählt wird. Und gegen diese Zählung gibt es interessanterweise sehr große Widerstände.

Lassen sie mich am Schluß folgendes festhalten: Wenn es um topographische Bezeichnungen geht, so gibt es diese in genügender Art und Weise: Flurnamen, die weiterhin bestehen bleiben werden. (*Vorsitzender: Eine halbe Minute Redezeit noch!*) Also es wird darauf auf alle Fälle weiterhin hingewiesen werden. Was aber auch bleibt ist, daß die Menschen vor Ort, egal was beschlossen wird, weiter zusammenleben werden müssen. Das heißt also, daß die Entscheidungen vor Ort fallen werden müssen und das heißt auch, daß es keine Entscheidungen gegen die Bevölkerung geben kann. Das heißt also am Schluß aller Maßnahmen, und da sehe ich mich im Gegensatz zum Klubobmann Unterrieder, der eine Volksbefragung ablehnt, am Schluß aller Maßnahmen muß es eine Volksbefragung geben. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Volautschnig das Wort.*)

Abgeordneter **Volautschnig** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema der zweisprachigen Ortstafeln ist ein Thema, das vorwiegend den Unterkärntner Raum betrifft und hier insbesondere den Bezirk Völkermarkt. Das, was Herr Dr. Vouk auf Anraten des Klub-

## Volautschnig

obmannes Khol gemacht hat, wegen einer Verwaltungsübertretung im Ortsgebiet von St. Kanzian bei Verfassungsgerichtshof Gerechtigkeit zu suchen im Hinblick auf die Erfüllung der Topographie-Verordnung, ist aufgrund des kausalen Zusammenhangs für den Normalbürger eigentlich nur sehr schwer verständlich und nachvollziehbar. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ist die Frau Cernic Normalbürger?!*) Es herrscht im Bezirk ein gutes Verhältnis was das Zusammenleben der Mehrheitsbevölkerung mit der Minderheit betrifft und anlangt. Als diese Entscheidung bekannt wurde und die geltenden Topographie-Verordnung vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben wurde, haben viele diese Entscheidung nicht verstanden, zumal kein Anlaß hierfür bestand. Es ist aber eine Entscheidung eines Höchstrichters, die in einem Rechtsstaat - und wir leben in Österreich in einem Rechtsstaat - zur Kenntnis genommen und respektiert werden muß. Wir alle haben auf die Verfassung geschworen und einen Eid abgelegt und dieser soll auch für uns oberste Priorität haben. Es soll aber auch erlaubt sein, - und dagegen hat überhaupt keiner was - wenn dieses Urteil in einem gesunden Maß, politisch kommentiert und kritisch durchleuchtet wird. Aber den oberstgerichtlichen Spruch müssen wir dennoch anerkennen und akzeptieren, wobei die Umsetzung dieses Erkenntnisses wiederum ein zweiter Schritt ist. Der Herr Landeshauptmann hat aber nach Bekanntwerden dieses Urteils sofort überzogen reagiert, indem er gesagt hat: "Es kommt keine weitere zweisprachige Ortstafel hinzu, solange ich Landeshauptmann bin." Oder jene Weisung, die zweisprachigen Aufschriften auf den Autobahnen abzumontieren. Sowie jene Aussage: "Alle Begünstigungen für die Minderheiten werden auf das gesetzliche Maß zurückgenommen." Weiters wurde der Präsident des Verfassungsgerichtshofes nach dem Verkünden dieses Urteils und nicht zuletzt in Ried in einer Form der Wahl attackiert, die unakzeptabel ist. Diese Ausdrucksweise ist nicht jene Art des guten Geschmacks, die man bei derart brisanten Themen an den Tag legen sollte.

Deshalb bin ich froh, daß nach der gestrigen Enquete alle wieder zu einer guten Gesprächsbasis gefunden haben, denn wir sollten vielmehr, gerade in einer Phase, wo die Emotion so hochgegangen ist, nicht noch Öl in das Feuer gießen,

sondern zur Versachlichung in dieser Problematik beitragen!

Es gibt ja in Kärnten 132 Gemeinden, wobei in 6 Gemeinden über 70 zweisprachige Ortstafeln aufgestellt und diese im Einvernehmen mit der Bevölkerung gut aufgenommen worden sind. Das heißt aber auch, daß nicht über die Köpfe der Bevölkerung hinweg, ohne deren Mitsprache, entschieden werden darf, um hier nicht ein Konfliktpotential heraufzubeschwören.

Für die SPÖ stand von Anfang an das Gespräch, der sogenannte Runde Tisch, wie wir ihn bezeichnet haben, im Mittelpunkt dieser ganzen Problematik. Unsere Meinung war immer, dieses Problem, das nicht zu unterschätzen ist, nicht eskalieren zu lassen, sondern auf Deeskalation und auf Versachlichung dieser Problematik zu setzen.

Die Minderheitenfrage ist zwar eine bundespolitische Angelegenheit, aus der sich auch der Bund nicht verabschieden kann. Die Lösung kann aber nur im Einvernehmen mit Kärnten unter Einbindung der drei im Landtag vertretenen Parteien, der Vertreter der Heimatverbände, der Volksgruppen und der jeweiligen Gemeinde erfolgen, so wie es auch gesagt wurde. Die Verantwortung aber allein auf die Gemeinden abzuschieben, so wie man es schon gehört hat, dann vielleicht durch eine Änderung der AGO, das wird sicher nicht der richtige oder zielführende Weg sein (*Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!*) für die Zukunft. Nur gemeinsam kann eine Lösung dieses Problems erfolgen, denn auch dieses Erkenntnis läßt Spielraum für Verhandlungen offen. Daher keine Emotionalisierung, so wie es derzeit betrieben wird, mit dem Sammeln von Unterschriften für die Einleitung einer Minderheitenfeststellung, denn das ist sicher nicht der richtige Weg: Mit der Rute in der Hand am Verhandlungstisch zu sitzen.

Setzen wir uns gemeinsam an einen Tisch, so wie wir es gefordert haben, und versuchen wir, im Verhandlungswege eine akzeptable Lösung im Sinne aller Kärntnerinnen und Kärntner und auch der Minderheit zu finden! Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hohes Haus! Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Die Aktuelle Stunde ist somit beendet. Ich komme zur

## Tagesordnung

der 37. Sitzung des Kärntner Landtages und zu den Dringlichkeitsanträgen der heutigen Sitzung.

Ich darf den Schriftführer um die Verlesung des 1. Dringlichkeitsantrages bitten!

## Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

A. Dringlichkeitsanträge:

### 1. Ldtgs.Zl. 572-5/28:

**Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Mißbilligung der Irak-Reise von Landeshauptmann Dr. Haider - Aufforderung zum Rücktritt** mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

1. Die Kärntner Landesregierung mißbilligt ausdrücklich die von Landeshauptmann Dr. Haider in der letzten Woche vorgenommene Reise in den Irak, insbesondere sein Treffen mit dem irakischen Diktator und Massenmörder Saddam Hussein und die dabei von ihm vorgenommene Übermittlung von Grüßen im Namen der österreichischen Bevölkerung. Der Kärntner Landtag hält ausdrücklich fest, daß Landeshauptmann Dr. Haider zur Überbringung solcher Grüße und Botschaften nicht legitimiert war.
2. Der Kärntner Landtag hält weiters fest, daß die von Landeshauptmann Dr. Haider vorgenommene Reise in den Irak und insbesondere sein Treffen mit dem irakischen Diktator Saddam Hussein dem Ansehen und den Interessen Kärntens schweren Schaden zugefügt haben. (*Lärm im Hause. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*)

3. Der Kärntner Landtag fordert Landeshauptmann Dr. Jörg Haider auf, aus seinem Fehlverhalten die Konsequenzen zu ziehen und seine Funktion als Landeshauptmann von Kärnten zurückzulegen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Zur Begründung des Dringlichkeitsantrages hat sich Klubobmann Dr. Wutte gemeldet. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Vor etwa drei Jahren sagte Dr. Haider hier im Kärntner Landtag: "Meine Wahl zum Landeshauptmann bedeutet eine folgenschwere Entscheidung für das Land." - Wie Recht er doch hatte! Es war vorige Woche das Ende des Faschings, aber es war trotzdem todernst. Der Kärntner Landeshauptmann schützelte vor laufender Kamera einem weltweit geächteten Diktator freundlich die Hand. Er überbringt dabei die Grüße und die Solidaritätsbekundung des österreichischen Volkes, wozu ihm, nebenbei, jede Legitimation fehlt. Kein Wunder, meine Damen und Herren, daß die heimische Bevölkerung stark betroffen und entsetzt ist und daß die weltweite Verurteilung einhellig erfolgt.

Mit dieser von der UNO zweimal verbotenen Irakreise hat der Kärntner Landeshauptmann nicht nur die internationale Staatengemeinschaft brüskiert, sondern vor allem auch ganz Österreich und insbesondere dem Land Kärnten

**Dr. Wutte**

schweren Schaden zugefügt. Denn, meine Damen und Herren, wer nach den grauenhaften Terroranschlägen vom 11. September des Vorjahres einem Schutzpatron des internationalen Terrorismus die Aufwartung macht, der stellt sich selbst und das Land, das von ihm vertreten werden soll, außerhalb der internationalen Staaten- und Wertegemeinschaft. Das muß klar gesagt werden! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Wer so einen peinlichen Kniefall vor weltweit geächteten Diktatoren begeht, der hat sich für die demokratischen Funktionen letztlich disqualifiziert. Und wer vor lauter Wichtigtuerei bei solchen Personen, wie es Saddam Hussein ist, sich zum Teetrinken einfindet, dem ist offenbar jeglicher Bezug zur Realität abhanden gekommen. Über das Motiv, meine Damen und Herren, läßt sich ja jetzt sicher nachdenken. Das wird wohl auch außerhalb dieses Landes geschehen und geschieht ja auch. Ich weiß selbst nicht, was Dr. Haider dazu veranlaßt hat und welche Gemeinsamkeiten diese beiden Herren miteinander verbinden und worauf die gegenseitige Sympathie beruht. Aber, es wird ja wohl nicht so sein, daß es um Nachhilfeunterricht in Sachen Personenkult gegangen ist oder um Nachhilfeunterricht darin, wie man seinen eigenen politischen Vollkommenheitsdrang auslebt oder wie man mit politisch Andersdenkenden umgeht. Wenn es so wäre, wäre das wirklich schlimm!

Ich sage ganz deutlich: Diese gemeinsame Sorge, eine gemeinsame Sorge um das unterdrückte Volk kann es wohl nicht gewesen sein. Denn wer wirklich helfen will, meine Damen und Herren, wer wirklich helfen will, der hilft anders. Wenn man es anständig meint, dann hilft man den Opfern und nicht den Tätern. Dann schaut eine Hilfsaktion nicht so aus, daß sie von der UNO verboten ist, daß sie mehrfach, daß sie doppelt und dreifach so viel kostet, als sie bringt und nützt. Dann ist es so, daß man diese Hilfsaktionen lieber der Caritas überläßt oder den "Ärzten ohne Grenzen". Die können das jedenfalls besser. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Meine Damen und Herren! Diese Aktion jetzt als Humanitätsaktion darstellen zu wollen, das ist geradezu scheinheilig. *(Abg. Steinkellner: Scheinheilig seid nur ihr!)* Es ist nicht viel anders, als wenn wir vielleicht auch nach Afghanistan dem Talibarenführer die eine oder andere

Niere und ein Dialysegerät nach Bora-Bora nachgebracht hätten. Ich sage das wirklich in aller Deutlichkeit: Auf solche Aktionen kann Kärnten verzichten! Die heimische Bevölkerung hat es nicht verdient, so behandelt und repräsentiert zu werden.

Die heimische Bevölkerung, meine Damen und Herren, die Kärntner Landsleute müssen sich fragen, ob sie einen Landeshauptmann wollen, der sich um das eigene Land kümmert oder einen, der von einem Schurkenstaat zum anderen springt und den Scheinheiligen des Morgenlandes spielt. Die Kärntner Bevölkerung muß sich fragen, ob wir international nur als Verbündete von geächteten Staaten und von totalitären Regimen wahrgenommen werden wollen. Wir müssen uns fragen und die Kärntner Bevölkerung muß sich fragen, ob dem Motto "Kärnten ist ein Wahnsinn" wirklich nur auf diese Art und Weise entsprochen werden sollte. Ich glaube das jedenfalls nicht! Wir werden diese Inszenierung jedenfalls nicht weiter unkritisch beobachten. *(Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!)*

Daher fordern wir, meine Damen und Herren, ein dringendes Ende dieser Unterhaltungspolitik aus der Horrorabteilung, ein Ende der Aufführung einer persönlichen Tragödie. Wir brauchen in diesem Land mehr Berechenbarkeit, Seriosität, Vertrauen, Stabilität und das Arbeiten für die Bevölkerung, meine Damen und Herren! Wir haben genug Probleme im eigenen Land, und hier muß in erster Linie geholfen werden! Hier liegen die schweren Versäumnisse auf dem Tisch! Statt "Danke, Jörg!" muß es in diesem Zusammenhang wohl heißen: "Jörg, nein danke!"

Ich fordere den Landeshauptmann auf, den Anstand zu haben, seine schweren Fehler einzugehen! Sollte er dazu nicht bereit sein, dann ist es besser, wenn er seine Funktion als Kärntner Landeshauptmann zurücklegt und das tut, noch bevor Saddam Hussein sich als Privatmann zum Gegenbesuch in Kärnten einstellt. Das in aller Deutlichkeit gesagt, meine Damen und Herren! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

*(Der Vorsitzende erteilt Klubobmann Dr. Strutz zur Dringlichkeit das Wort.)*

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Die Debatte um die private Reise von Jörg Haider in den Irak ist an Heuchelei und an Scheinmoral nicht mehr zu überbieten. (*Lärm im Hause. - Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Aber, Hoher Landtag, sie hat bereits einen ersten Erfolg. Sie hat bereits einen ersten Erfolg, denn der Nationalratspräsident, Fischer, storniert seine Reise zum stalinistischen Diktator Kim Jong Il, der in Nordkorea ein Schreckensregime führt, wo auch Hunderttausende Menschen gefoltert und geopfert werden. (*Zwischenruf des Abg. Ing. Rohr*) Gerade dieses Treffen des SPÖ-Funktionärs macht ja deutlich, daß hier wieder einmal von SPÖ und ÖVP mit zweierlei Maß gemessen wird. Hier sehen wir (*zeigt ein Foto:*) einen freundlichen Handschlag vom Bundeskanzler Vranitzky - gehört ja zur SPÖ - (*Lärm in der SPÖ-Fraktion. - Zwischenruf des Abg. Koncilia*) mit dem Schlächter vom Platz des himmlischen Friedens, meine Damen und Herren. Er war verantwortlich, daß Panzer über friedliche Studenten drüberrollten. Da gibt es ein freundliches Lächeln, da gibt es einen Handschlag. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Auch der Herr Bundespräsident Klestil (*zeigt wieder ein Foto:*) freut sich, derartige Diktatoren in seinem Land begrüßen zu können. Der Geschäftsführer der SPÖ, Cap, hat damals Worte gesprochen, um die beiden zu verteidigen, und hat gesagt: "Man muß Kontakte pflegen, um auch die andere Seite kennenzulernen. Im offenen Gespräch kann man mehr erreichen als mit Gesprächsverweigerung."

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich frage Sie: Was hat Jörg Haider getan? - Nichts anderes. Neben humanitärer Hilfe wurde er er sucht, nämlich zu vermitteln (*Lärm im Hause*) zwischen dem Irak und dem Iran, um Kriegsgefangene, um Hunderte Kriegsgefangene, die nach wie vor gefoltert werden und in Gefängnissen sitzen, auszutauschen. Aber nicht nur der UNO-Generalsekretär Kofi Annan, nein, ganze Delegationen von SPÖ- und ÖVP-Abgeordneten waren im Irak und haben dort den Minister Tarek Aziz getroffen. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Eine Vielzahl von ausländischen Politikern ist im Irak unterwegs: Von Deutschland über die Ukraine, Spanien (das jetzt den EU-

Raatsvorsitz hat) gibt man sich unten geradezu die Türklinken in die Hand. Fixer Bestandteil im Reiseprogramm der Parlamentarier-Delegationen von SPÖ und ÖVP. Der Herr Abgeordnete Jäger, Schaufler, Altmann, Edlinger, alle trafen Tarek Aziz, bis hin zur Frau Muttonen aus Villach, SPÖ-Abgeordnete. Oder der Herr Vosro? ... (*Lärm im Hause*) Wissen Sie, was die Presse berichtet, nachdem Sie unten gewesen sind, unter dem Vorwand, humanitäre Hilfe zu leisten? - Ich habe mir das Besuchsprogramm angeschaut. Da hat es keine Blutkonserven gegeben. Da ist nicht Hilfe geleistet worden. Da ist man von einem Buffet zum anderen gepilgert. Das ist die Wahrheit! Humanitäre Hilfe vorgeschoben, aber diese verweigert. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Der Eindruck der Teilnehmer: "Schrecklich! Bedrückend! Erschütternd!", sagt hier die Frau Muttonen. An Plastikbeuteln für Bluttransfusionen, an Infusionsbesteck, Einweghandschuhen fehlt es." - "Muttonen, Großruck von der ÖVP wollen sich im Parlament für eine Lockerung der Sanktionen einsetzen."; ("Presse", am 24. 2. 2001). Jörg Haider hat sich nicht im Parlament eingesetzt. Er hat sich ins Flugzeug gesetzt und hat auch tatsächlich Hilfe gemacht. (*Lärm im Hause*)

Jetzt auch zu den Wirtschaftskontakten Österreichs. Ein sehr interessanter Artikel im "Wirtschaftsblatt": "Gute Geschäfte mit den Schurkenstaaten. (*Heiterkeit in der ÖVP-Fraktion*) Wir wissen, daß die Österreichische Bundeswirtschaftskammer unten sogar einen Handelsdelegierten hat, der ja die Reise des Landeshauptmannes vorbildhaft (*Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!*) hervorgehoben und gelobt hat. Ich lese nur ein Zitat vor: "So entpuppt sich der Irak für österreichische Betriebe als boomender Markt. Verdreifacht: Beliefen sich 1999 die Exporte auf 11,6 Millionen Euro, stiegen sie im Jahr darauf bereits auf 31,1 Millionen. Der Exportschlager sind Waren aus mineralischen Stoffen, Eisen, Stahl und Maschinen." Liebe Damen und Herren, was man daraus macht, ist auch klar, nämlich Waffen. Jörg Haider hat Blutkonserven und Hilfe hinuntergeliefert.

Deshalb, Hoher Landtag, mein Abschlusssatz. Die Reise des Landeshauptmannes hatte drei Gründe: Erstens humanitäre Hilfe, zweitens die

**Dr. Strutz**

Vermittlung von Kriegsgefangenen und drittens Wirtschaftskontakte anzubahnen, also nichts Verwerfliches, was nicht auch andere Politiker von SPÖ und ÖVP oder international getan haben. Der Landeshauptmann und wir haben ihm nichts vorzuwerfen. *(Starker Beifall und Bravo-Rufe aus der FPÖ-Fraktion)*

*(Der Vorsitzende erteilt Klubobmann Abg. Unterrieder das Wort. - Abg. Ing. Rohr: Strutz, du bleibst Parteiobmann. Noch lange! - Lärm im Hause.)*

Abgeordneter **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! *(Der Vorsitzende das Glockenzeichen gebend: Am Wort ist der Herr Klubobmann Unterrieder. - Ich bitte um Aufmerksamkeit!)* Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Wenn vor mir der Klubobmann Strutz und freiheitliche Parteiobmann in Kärnten gesprochen hat und mit vielen Bilddokumentationen versucht hat, hier die verwerfliche Reise des Herrn Landeshauptmannes zu einem blutrünstigen Diktator gut zu heißen, dann spricht er gegen die Kärntner Bevölkerung. Das ist einmal unbestritten, denn die Kärntner Bevölkerung sieht diese Reise anders. Die vielen Leserbriefe in den Medien die ständig stattfinden, jeden Tag stattfinden - die brauchen wir nicht organisieren ... *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* das ist die Empörung der Kärntner Bevölkerung, daß man ihre Wünsche und Grüße überbracht hat - sagen alles. *(Zwischenrufe von Abgeordneten der FPÖ-Fraktion.)* Und die sogenannte "humanitäre Reise", wie sie sein hätte sollen, war sie ja nicht. 25 Kilo Fluggepäck mit Medikamenten, teils veraltet, schon in Medien öffentlich abgehandelt von den einzelnen Bereichen. *(Mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten der FPÖ-Fraktion.)* Wenn man Hilfestellung, geschätzte Damen und Herren, leisten will, jungen Menschen Hilfestellung leisten will, auch in einer Diktatur wo durch die Politik eines Diktators die Menschen eben diese Schäden zu ertragen haben, dann muß ich sagen, dann gibt es Hilfsorganisationen, dann gibt es genug Möglichkeiten, hier die Medikamente hinunter zu bringen - ein Aspekt. *(Einzelbeifall von Abgeordneter Mag. Scheucher-Pichler.)*

Der zweite Aspekt, geschätzte Damen und Her-

ren, Hohes Haus, ist der: Der Schaden für unser Bundesland - es ist eine gute Publicity gewesen für den Herrn Landeshauptmann; ob sie gut ist, wird sich erst herausstellen in der nächsten Zeit - es war eine gute Publicity; 100 Seiten Berichtserstattung - das kostenlos in den Medien Österreichs und der Welt. Ich muß sagen, ich bin gegen eine solche Publicity, weil sie unserem Bundesland, den Menschen, die hier wohnen, großen Schaden zufügt. Weil sie der Entwicklung unseres Landes Schaden zufügt. Denn wir haben Probleme in der Betriebsansiedlung. Wir haben Probleme am Arbeitsmarkt und wer wird interessiert sein in ein Bundesland zu kommen, wo ständig die Diskussion über den Chef der Regierung im Hohen Haus stattfindet. Einmal ist es halt Temelin, einmal fangen wir die Ortstafeln so oder so an und einmal sind es andere Dinge. Und Herr Landeshauptmann: Sie haben nicht gelernt! Sie haben nicht gelernt! Sie provozieren dieses Hohe Haus ständig. Sie wurden einmal von diesem Kärntner Landtag abgewählt. Abgewählt aufgrund einer Äußerung Ihrerseits. Und ich muß sagen, Sie haben noch nicht gelernt! Sie haben noch nicht gelernt, trotzdem die Bereitschaft der Fraktionen in diesem Haus, konsensual zu sein, vorhanden ist. Und ich muß sagen, Sie müssen entscheiden, ob Sie für dieses Land weiterhin tragbar oder nicht tragbar sind. Es ist Ihre Entscheidung, denn das Hohe Haus hat nicht die Möglichkeit in Form eines Mißtrauensantrages, den die ÖVP sich nicht getraut hat zu stellen, hier eine Abwahl durchzuführen.

Und ich muß Ihnen sagen, das ist nicht Politik die den Menschen in diesem Lande hilft. *(Abg. Lutschounig: Es ist ja noch nicht aller Tage Abend!)* Und die Menschen erwarten sich vor allem einmal eine positive Arbeit. Die Menschen erwarten sich eine positive Stimmung für unser Heimatland, für Kärnten. Und ich muß Ihnen sagen, diese humanitäre Weise und das Herzeigen von ärmsten Menschenjungen, die Schäden haben durch dieses System, durch die Kriege, daß man das dazu benützt, um eine Reise zu rechtfertigen, die keine humanitäre Reise war, das ist sehr schändlich, Herr Landeshauptmann! Wir werden dem Wunsch der Österreichischen Volkspartei nach einem Untersuchungsausschuss beitreten in dieser Causa. Wir werden diesen Antrag unterstützen. Wir werden auf jeden Fall ... *(Mehrere Zwischenrufe von*

## Unterrieder

*Abgeordneten aus der FPÖ-Fraktion. - Lärm im Hause. - Beifall von der ÖVP-Fraktion. - Zwischenrufe von Abgeordneten Dr. Strutz und Dipl.-Ing. Gallo.)* wir werden auf jeden Fall ... warum? Wir werden den Untersuchungsausschuß selbst nicht einbringen und wir werden ... *(Der Vorsitzende das Glockenzeichen gebend: Am Wort ist der Klubobmann Unterrieder, bitte! - Eine Minute Redezeit haben Sie noch!)* ... wir werden dem Untersuchungsausschuß beitreten, weil es muß gänzlich aufgeklärt werden: Was hat die Reise gekostet? Wer hat das bezahlt? Wo sind die Kosten zu verrechnen? Es sind diese Dinge auf den Tisch zu legen, im Sinne der Kärntner Bevölkerung. Wir haben einen Antrag auf Untersuchung durch den Rechnungshof gestellt. Wir haben einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der als zweiter Dringlichkeitsantrag heute zu behandeln ist. Herr Landeshauptmann! Wir sollten solche Reisen für dieses Land tunlichst vermeiden, denn sie sind nicht humanitär, sondern es bringt einen großen Schaden *(Abg. Steinkellner: Unwahrscheinlich!)* für unser Heimatland Kärnten. Ich kann Ihnen das noch einmal bestätigen. Es hat nichts Gutes gebracht, es war eine miserable Geschichte für Kärnten und seine Menschen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Sablatnig das Wort.)*

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Es macht betroffen, wenn *(Es herrscht Unaufmerksamkeit und Lärm im Hause. - Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ja, krank! Krank!)* man die Reise eines Landeshauptmannes zu einem Diktator kommentieren soll. Es macht ebenso betroffen die Arroganz des Parteiobmannes der Freiheitlichen Partei, Strutz, hier am Rednerpult. Geschätzte Damen und Herren! Wenn man weiß, daß das Land Irak 23 Millionen Einwohner hat, wenn man weiß, daß es 15 Prozent Minderheiten hat und wenn man mit 30 Kilo Freigepäck hinreist und das als humanitäre Tat abtun will, dann ist das *(Es herrscht Lärm im Hause.)* einfach etwas, was zur Unterhaltung und nicht zur Lösung eines weltweiten Problems beitragen kann. *(Es erfolgen ständige Zwischenrufe aus den*

*Reihen der FPÖ-Abgeordneten. - Der Vorsitzende das Glockenzeichen gebend: Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Offensichtlich interessiert das überhaupt keinen mehr da herinnen, was hier geredet wird, weil es ist eine derartige Unaufmerksamkeit die für den Redner unerträglich ist. Am Wort ist der Herr Abgeordnete Sablatnig!)* Es macht betroffen, daß zahlreiche Regierungs- und Parteimitglieder durch Saddam Hussein ermordet werden. Es macht betroffen, daß Giftgas gegen tausende Kurden eingesetzt wird. Es macht betroffen, daß Katraketen gegen Israel eingesetzt werden. Es macht betroffen, daß Giftgas gegen Shiiten eingesetzt wird. Es macht betroffen, daß 76 Offiziere ermordet werden. Es macht betroffen, daß Familienangehörige aus der Saddam-Familie nach Hause gelockt werden unter falschen Tatsachen und ermordet werden. Und es macht noch betroffener, daß Dr. Haider diesem Saddam Hussein die Hände gegeben hat. Er hat Blut an den Händen und er wurde vom Kärntner Landeshauptmann freundlich empfangen.

Und der Herr Landeshauptmann hatte sich sogar darüber gefreut. Er interpretiert, geschätzte Damen und Herren, humanitäre Hilfe völlig neu. Plötzlich werden humanitäre Hilfeleistungen dem Täter und nicht dem Opfer übergeben! Die persönlichen Kontakte zu einem Terror-Drahtzieher überschreiten alle Hemmschwellen. Und ich frage: Wer wird der Nächste, der von Dr. Haider besucht wird? Vielleicht Bin Laden? Der Aufenthaltsort von Milosevic ist bekannt ... *(Dies löst mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten der FPÖ-Fraktion aus. - Abg. Mag. Neuner: Ein blöder Scherz! Das ist wohl die tiefste Schublade ... - Lärm und Unruhe im Hause.)* Wir stellen folgende Fragen: Wer war mit Dr. Haider unterwegs? Wer kauft sich die Gunst des Dr. Haider, indem er ihm diese Reise ermöglicht? Ist Dr. Haider bestechlich? *(Es herrscht Unaufmerksamkeit und extremer Lärm im Hause.)* Die österreichische Bevölkerung hat ein Recht darauf zu erfahren, was hinter den Auslandsreisen des Dr. Haider zu Gaddafi, Hussein und sonstigen Terrorgrößen führt? Wir möchten, daß die Karten auf den Tisch gelegt werden. Wer sind die tatsächlichen Auftraggeber? *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Die Karten!)* Wer sind die tatsächlichen Nutznießer dieser Besucherreise. Die Kärntner Wirtschaft hätte wesentlich mehr

## Sablatnig

davon, würde sich der Landeshauptmann in dieser Zeit um die Kärntner Arbeitslosen, um die Kärntner sozialen Verhältnisse kümmern. Und als er ertappt wurde, hat er mitgeteilt, das Außenministerium hätte alles gewußt. (*Abg. Mag. Ragger: Ja, hat es ja auch!*) Plötzlich sagt der Herr Strutz wie der Herr Dr. Haider, es handle sich dabei um eine Privatreise. Das heißt, es wurden hier schon von den beiden Herren, Landesparteiobmann und Dr. Haider, Dinge verschleiert. Daher wollen wir Aufklärung! Es reicht, daß wir Kärntner die größten Kabarettisten Österreichs haben. Es reicht uns jedenfalls, daß wir weltweit in negativen Schlagzeilen stehen. Und das hat die Kärntner Bevölkerung nicht verdient. Welchen europäischen Politiker hat Dr. Haider noch nicht beleidigt, (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Sablatnig!*) außer jene, die ab und zu auf seiner politischen Linie liegen. Was haben Sie sich gedacht, humanitäre Zwecke im Irak zu leisten? Mit ganz wenigen Dingen eine ganz große Krise auszulösen. Das hat unser Bundesland nicht verdient. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Die hast ja nur du, die Krise!*) Und im Auftrag eines Saddam Hussein, kann ich mir nicht vorstellen, daß diese Reise stattgefunden hat. Aber Saddam Hussein ... (*Es erfolgen Zwischenrufe von Abgeordneten der FPÖ-Fraktion und es herrscht Heiterkeit unter den Abgeordneten der FPÖ-Fraktion. - Lärm im Hause.*) aber Saddam Hussein hat sicher einen Grund geliefert, hat sicher einen Grund geliefert, besucht zu werden. Ich nehme nicht an, daß der Herr Landeshauptmann sich Tipps geholt hat, wie man mit Minderheiten umgeht. (*Dies löst wiederum mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten der FPÖ-Fraktion aus. - Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Hör auf! Der Quargel stimmt nicht!*) Geschätzte Damen und Herren! Sie wollen es nicht glauben. Die Zeit für den Dr. Haider läuft immer schneller. Die Zeit für den Dr. Haider wird sehr bald auslaufen. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

(*Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich möchte ersuchen, daß die Debatte mit der entsprechenden Aufmerksamkeit geführt wird. Ich darf festhalten, daß wir 13 Wortmeldungen zur

Dringlichkeit haben. In der Geschäftsordnung steht ausdrücklich drinnen, daß nur zur Dringlichkeit zu sprechen ist und noch nicht zur Sache selbst, sondern das würde einer Debatte über den Antrag vorbehalten bleiben. Sie haben selbst zu entscheiden, ob Sie die Geschäftsordnung übertreten oder nicht. Ich möchte nur aufmerksam machen, daß ich hier nach der Geschäftsordnung vorzugehen hätte und ich werde es - wenn es notwendig ist - auch tun.

Als Nächste hat sich Frau Abgeordnete Scheucher-Pichler zu Wort gemeldet. - Ich erteile ihr das Wort zur Dringlichkeit!

Abgeordnete **Mag. Scheucher-Pichler** (ÖVP):

Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was der derzeitige Landeshauptmann von Kärnten durch seinen Geltungsdrang und durch seine Showpolitik dem Land und den Menschen hier in Kärnten antut, das ist eigentlich unvorstellbar. Es ist auch nicht mehr nachvollziehbar und es geht für mich eigentlich hier nur mehr um Schadensbegrenzung, auch wenn der Herr Klubobmann Dr. Strutz das versucht, kabarettistisch darzustellen. Es geht wirklich nur mehr um Schadensbegrenzung. Und er wird schon lange nicht mehr Landeshauptmann sein, ich wiederhole, er wird schon lange nicht mehr Landeshauptmann sein, wenn die Menschen in diesem Land noch immer mit den negativen Auswirkungen dieser, seiner Politik, konfrontiert sein werden. Er hat sämtliche Regeln als Demokrat gebrochen, (*Abg. Dr. Strutz: Zum Beispiel!? - Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Zum Beispiel!?*) er hat jegliche Glaubwürdigkeit als Demokrat verloren. Denn meine Damen und Herren, wer als aufrechter Demokrat in der jetzigen Situation, nach dem 11. September, und ich betone nach dem 11. September, einem Massenmörder, einem Terroristen, dem Mörder seiner Schwiegersöhne, die blutige Hand schüttelt, der hat für mich ... (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das ist ein bißchen gewagt was Sie da machen, daß Sie den Landeshauptmann ...*) der hat für mich jegliche Glaubwürdigkeit, der hat für mich jeglichen Aufenthalt in einer demokratisch gewählten Funktion verwirkt. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

**Mag. Scheucher-Pichler**

Sie reisen da von einem Schurkenland zum anderen und sprechen von Vermittlung und sprechen von humanitärer Aktion. Und Sie schaffen es nicht einmal, hier im Lande zu vermitteln. Sie wollen humanitäre Aktionen und Vermittlungen organisieren. Sie schaffen es nicht einmal, im Lande zusammenzuführen. Sie reißen Gräben auf, Sie hetzen Gruppen gegeneinander auf und Sie wollen uns jetzt einreden, daß es Ihnen bei dieser Reise um Humanität und humanitäre Hilfe gegangen ist. Wenn Sie mich fragen, ist das so offensichtlich, daß es Ihnen um nichts anderes gegangen ist, als um Effekthascherei, um Effekthascherei. Und Sie schaffen es nur mehr durch immer skurrilere und durch immer absurdere Aktionen, diesen Effekt zu erreichen. Der Kollege Unterrieder hat ja auch darauf hingewiesen und ich kann das nur bestätigen. Sie schaffen es nur mehr durch immer skurrilere und absurdere Aktionen, Aufmerksamkeit zu erregen.

Und ich möchte noch etwas feststellen - und zwar wirklich sehr energisch. *(Vorsitzender: Frau Abgeordnete! Ich bitte Sie, um eine andere Sprechweise! Sie sollen zur Dringlichkeit Ihr Wort erheben!)* ... aber auch im Namen Vieler ... das ist dringlich, jede dieser Ansagen ist dringlich, Herr Präsident! Das ist sogar sehr sehr dringlich! *(Der Vorsitzende: Zur Dringlichkeit des Antrages!)* Denn ich spreche hier als gewählte Abgeordnete der Kärntnerinnen und Kärntner. Und wir verwehren uns dagegen - und ich spreche hier im Namen Vieler - wir verwehren uns dagegen, Herr Landeshauptmann, daß Sie in unserem Namen Grüße ausrichten, daß Sie in unserem Namen Geschenke verteilen. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das behaupten ja Sie! Sie behaupten was und regen sich drüber auf!)* Das behauptete nicht nur ich, sondern schauen Sie sich die Reaktionen an und im übrigen wird die Geschichte uns Recht geben. Was Sie hier bieten, das ist ein schlechtes Schauspiel, das ist ein äußerst schlechtes Schauspiel. Und leider werden Sie dafür auch noch bezahlt, so nebenbei bemerkt. Sie haben zusätzlich einen Eid auf die Verfassung abgelegt und auf der Strecke bleibt letztlich Kärnten, auf der Strecke bleibt der Stil, die Glaubwürdigkeit der Politik in diesem Land. Auf der Strecke bleibt unser Bundesland. Auf der Strecke bleiben die Kärntnerinnen und Kärntner.

Und ich gehe jetzt zurück auf die letzte Landtagsitzung. In einer Anfragebeantwortung, Herr Landeshauptmann, gegenüber dem Abgeordneten Kaiser bezüglich der Nichtüberweisung der Projekte *(Zwischenruf von Abgeordneter Steinkellner.)* ... das gehört zur Dringlichkeit, denn der Beirat hat festgelegt, daß die Gelder für die Auslandshilfe ausgeschüttet werden - in dieser Anfragebeantwortung hat der Herr Landeshauptmann dezidiert erklärt: "Mir wäre es lieber, wenn wir dieses Geld irgendwann einmal hier im Land einsetzen könnten." Und der Herr Dr. Strutz hat assistiert, pflichtgemäß assistiert, und fragt danach, ob es sinnvoller wäre, dieses Geld hier in Kärnten einzusetzen anstatt für humanitäre Projekte. Und unser humanitärer und pseudo-weltgewandter Landeshauptmann sagt abschließend darauf: "Ich werde das Geld mit Begeisterung hier im Land einsetzen." Ich stelle nur fest, daß es hier um humanitäre Projekte von professionellen Hilfsorganisationen geht, *(Es folgen mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten der FPÖ-Fraktion.)* Hilfsorganisationen wie die der Caritas, das Hilfswerk Austria *(Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!)* und das Rote Kreuz. Und Sie sprechen sich dagegen aus.

Wo bleibt da die Glaubwürdigkeit? Wo bleibt da die Glaubwürdigkeit? *(Beifall von der ÖVP- und SPÖ-Fraktion)* Und Sie fordern noch, Herr Landeshauptmann, einen Ehrenkodex! Dazu braucht man glaube ich nichts weiteres zu bemerken. Das Traurigste und das Erschütterndste ist aber, - und das ist für mich auch das Widerlichste an der ganzen Situation - daß Sie wirklich vor nichts zurückschrecken und daß Sie auch nicht davor zurückschrecken das Leid von Kindern und das Leid von unschuldigen Opfern zu mißbrauchen für Ihre Selbstdarstellung, für Ihre persönliche Selbstdarstellung, für Ihre Show, für Ihre Politshow. Ich glaube zwar nicht mehr an Ihre Lernfähigkeit, Herr Dr. Haider, aber trotzdem sei Ihnen ins Stammbuch geschrieben, was heute hier eh schon von einigen Vorrednern auch bemerkt wurde: Humanitäre Hilfe übergibt man immer den Opfern. Humanitäre Hilfe übergibt man immer den Opfern und nie den Tätern! *(Vorsitzender: Bitte zum Ende zu kommen, die Redezeit ist abgelaufen!)* Ihnen fehlt das politische und das persönliche Niveau! Sie haben nicht das Format für so eine humanitäre Mission! *(Vorsitzender das Glockenzeichen gebend:*

**Mag. Scheucher-Pichler**

*Die Redezeit ist abgelaufen, Frau Kollegin!* Ersparen Sie uns das in Zukunft! Ersparen Sie den Kärntnerinnen und Kärntnern das in Zukunft und ziehen Sie die Konsequenzen! (*Abg. Dr. Wutte: Bravo! - Beifall von der ÖVP- und SPÖ-Fraktion*)

*(Der Vorsitzende erteilt zur Dringlichkeit Abg. Jost das Wort. - Unruhe im Hause)*

Abgeordneter **Jost** (FPÖ):

Hohes Haus! Geschätzter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Die ÖVP erlebt ein Begräbnis erster Klasse. Ich schätze die Frau Scheucher sonst, (*Abg. Strutz: Jetzt nicht mehr!*) aber ich wundere mich nur, (*Abg. Stangl: Du hast dich verschätzt!*) wie sie diese Worte aussprechen konnte, denn vor ein paar Stunden hat ein namhafter Repräsentant ihrer Partei diese ganze Diskussion als das entlarvt, was es ist, als übler Provinzialismus, meine Damen und Herren! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Der Präsident der Wirtschaftskammer Christoph Leitl hat zu dieser Diskussion folgendes gesagt: "Wer oder was im österreichischen Wasserglas wie ein Sturm aussieht ist aus anderer Perspektive nicht so groß und weltbewegend." Meine Damen und Herren, damit hat er den Nagel auf den Kopf getroffen! In unserem Wasserglas entfachen Sie hier einen Sturm, der von außen nur als lächerlich empfunden werden kann. Und noch etwas, meine Damen und Herren und Frau Kollegin Scheucher, der Herr Leitl hat auch folgendes festgestellt: "Haider hat glaubhaft gemacht, daß er eine humanitäre Aktion im Irak durchgeführt hat." Also er ist der beste Zeuge dafür, daß das, was der Herr Landeshauptmann hier gesagt hat, stimmt. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Und irgendwie erinnert mich die ganze Diskussion an folgendes Zitat "Der Heuchler drückt ein Auge zu und sieht mit dem anderen doppelt." Sie drücken Ihr Auge zu, wenn Ihre Parteigenossen ... (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) ... in den Irak fahren und dann sehen Sie alles doppelt, weil der Dr. Haider in den Irak fährt und eine humanitäre Mission erfüllt, meine Damen und Herren! (*Abg. Koncilia: Die wunderbare Wandlung des Siegfried Jost!*) Die Bosheit ist niemals einsam, sie hat einen ständigen Begleiter und das ist der Neid, meine

Damen und Herren!

Und es gibt noch einen ganz unverdächtigen Zeugen und das ist vielleicht die höchste moralische Instanz, die wir auf der ganzen Welt haben, daß man sich für die Probleme im Irak interessieren muß. Und dafür habe ich auch eine Tafel mitgebracht, damit Sie sich das ganz gut merken, worum es da geht. (*Zeigt eine Tafel mit dem Bild des Papstes und mit folgender Aufschrift: Papst hält am Plan Irak-Besuch fest. - Unruhe im Hause*) Es hat kein geringerer als der Heilige Vater, als Papst Johannes Paul folgendes festgestellt und folgendes erklärt: Im Oktober 2000 ... (Sie können es in der Austria Presseagentur nachlesen, meine Damen und Herren.) "Papst hält an den Plänen für Irak Besuch fest." (*Abg. Koncilia: Er reist ja überall hin!*) Er wollte im Jahre 1999 in den Irak fahren und hat dann nur auf amerikanische Intervention, die ja festgestellt haben, daß jeder in den Irak fährt, der einen gewissen Namen hat - natürlich nicht die Kollegen, die sich hier zu Wort gemeldet haben. Wenn die in den Irak fahren, wird sich Saddam Hussein nicht mit ihnen treffen, aber wenn es der Landeshauptmann ist, der hat halt schon einen gewissen Ruf ... (*Heiterkeit in der SPÖ- und ÖVP-Fraktion*) ... und er hat auch eine Reputation, er wird von Saddam sehr wohl empfangen. Und auch der Papst würde empfangen werden. Und der Heilige Vater hat noch etwas festgestellt und das sollten Sie sich auch merken: (*Abg. Koncilia: Der reist überall hin!*) "Er denkt stets an die Iraker, die unter den Auswirkungen der Sanktionen zu leiden haben." Und das ist nämlich das Entscheidende! Das ist das Entscheidende, meine Damen und Herren! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Das sollten Sie nicht vergessen! Den Menschen im Irak geht es wirklich schlecht! (*Unruhe in der SPÖ-Fraktion*) Und es ist notwendig ... Und diese Reise, eine solche Reise, meine Damen und Herren, wirft auch ein Schlaglicht auf die Leiden der Bevölkerung. (*Abg. Sablatnig: Aber auch auf die Verursacher!*) Das sollte man nicht vergessen! Und das ist auch ein ganz großer wertvoller Beitrag.

Und noch etwas ins Stammbuch geschrieben: (*Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!*) Wenn man auch über den Zweck der Reise redet, deswegen gibt es überhaupt keine Dringlichkeit. So was Provinzielles, was Sie hier da

**Jost**

hier abliefern und da vielleicht noch eine Dringlichkeit haben wollen, hier das auch zu beschließen. Denn, meine Damen und Herren, was hat der Handelsdelegierte von Österreich festgestellt. Er hat folgendes gesagt: "Es ist ganz wichtig für die Wirtschaft, daß österreichische Politiker in den Irak kommen und sich an Ort und Stelle ein Bild von der Situation im Irak machen." (*Abg. Dr. Strutz: Richtig!*) Und dann hat er noch etwas festgestellt und da frage ich mich schon, ob nicht auch ... Damit gehen auch Ihre ganzen Vorwürfe ins Leere. (*Vorsitzender: Bitte zum Schluß zu kommen!*) Die Reise kann auch einen großen Nutzen gebracht haben, denn der Handelsdelegierte hat wörtlich gesagt, daß er sich auch einen weiteren Anstieg der österreichischen Exporte im Rahmen des Oil-Food-Programmes der UNO erwartet. Damit ist ganz klar von unverdächtigen Zeugen bewiesen, daß die Mission auch einen wirtschaftlichen Effekt hat und der humanitäre Erfolg ist außer Streit gesetzt, (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!*) weil ihn sogar der Herr Leitl festgestellt hat. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Und damit, meine Damen und Herren, kann ich nur mit den Worten schließen: "Je höher der Baum, desto neidischer der Wind." (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt zur Dringlichkeit Abg. Lutschounig das Wort.*)

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man braucht schon eine Mordportion Kraft und Überlegung, daß man die Sachen, die der Herr Klubobmann Dr. Strutz hier von sich gegeben hat, eigentlich auch gut verdauen kann. Daß Sie das als so positiv hinstellen, einen Besuch im Irak, von einem der geächteten Diktatoren, (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Der Herr Haider ist kein Diktator!*) die es gibt auf dieser Welt und wenn das zum Wohle unseres Landes ist, lieber Herr Klubobmann, Herr Landeshauptmann, dann ist es um unser Land aber wirklich schon schlecht bestellt. Wenn wir uns solche Verbündete suchen und wenn man humanitäre Maßnahmen dazu mißbraucht, um auch tatsächlich dem Diktator die Hand zu schütteln. Geben Sie Ihre humanitären

Sachen, wenn Sie als Privatmann reisen, dort ab, aber ziehen Sie nicht auch die Funktion des Landeshauptmannes und somit das Land Kärnten und seine Bevölkerung oder Österreich mit hinein. Das wäre dann die Aufgabe, wenn sie tatsächlich als diese humanitäre Aufgabe gedacht gewesen wäre, die im übrigen aufgrund der Tatsache - wie ja der Kollege Dr. Kaiser bei der Anfrage gesagt hat - ohnedies irgendwie ad absurdum geführt worden ist. Und ich muß sagen, meine Damen und Herren, wenn man etwas gibt, wenn man etwas tut für ein Land, wenn man etwas macht, dann muß ich ja nicht dort mit dem Fernsehen und mit allen Medien, die zur Verfügung stehen, mich in Szene setzen, sondern dann mache ich das still und leise, so wie es eigentlich gedacht ist. (*Unruhe in der FPÖ-Fraktion*)

Ich muß sagen, dem Land Kärnten ist ein so großer Schaden zugefügt worden. Aber das ist Ihnen, Herr Landeshauptmann, offenbar egal. Wichtig ist Ihnen in den internationalen Medien zu stehen! Wichtig ist eine große Publicity zu machen! Was die Auswirkungen und die Konsequenzen für das Land betrifft, das ist Ihnen offenbar egal. Und wir und die Bevölkerung fragt sich dann mit Recht: Was gibt es denn hier eigentlich noch für eine Steigerung? Werden Sie als nächste Geste vielleicht den Osama Bin Laden zu einem Kärnten-Aufenthalt einladen, (*Abg. Kreutzer: Mein Gott!*) und ihn Kärnten zeigen, wie schön dieses Land ist und daß er als Verfolgter auch hier seine Ruhe finden kann. Oder was wird es denn sein, meine sehr geschätzten Damen und Herren? Das fragen sich die Kärntner, das fragen sich die Österreicher, wo gibt es denn noch eine Steigerung. (*Abg. Dr. Strutz: Das fragst nur du dich!*)

Und ich muß sagen, Sie haben ja schon einmal dieses Amt verlassen müssen, sind abgewählt worden, wo Sie einem toten Diktator wegen seiner Beschäftigungspolitik gehuldigt haben. Aber in diesem Fall ist das glaube ich noch viel ärger, Herr Landeshauptmann! Sie haben einem lebenden Diktator, einem der die Menschenrechte mit Füßen tritt und geächtet ist von der ganzen westlichen Welt, von der demokratischen westlichen Welt ... (*Abg. Dr. Strutz zeigt ein Taferl mit dem Bild von einem Irak-Besuch von Kofi Annan.*) Ja, wir haben auch solche Taferln

## Lutschounig

vorgebracht. *(Unruhe in der FPÖ-Fraktion)* Der Kofi Annan war in einer anderen Mission dort und er hat andere Kompetenzen als der Landeshauptmann von Kärnten, wenn er Friedensvermittlung macht. *(Lärm in der FPÖ-Fraktion)* Diese Kompetenz hat unser Landeshauptmann eben nicht. Und ich muß sagen, dann ist es eigentlich an der Zeit, wenn man Verantwortung für das Land auch übt, daß man sagt, ich muß die Konsequenzen ziehen und ich will mich nicht nur wie angekündigt aus der Bundespolitik zurückziehen. Für diese ist offenbar unser Landeshauptmann jetzt nicht mehr tragbar, sehr wohl aber für Kärnten. Wir sollen mit ihm auskommen. *(Weiter Unruhe in der FPÖ-Fraktion)* Und wenn er in einem Interview gemeint hat, er wird sich überlegen, ob er noch einmal zur Verfügung steht, dann sollte er diese Überlegung rasch und jetzt tun und sagen, ich ziehe die Konsequenzen aus dieser unrühmlichen Sache für unser Land Kärnten. Offenbar, Herr Landeshauptmann, ist Ihnen die Spielwiese Kärnten viel zu klein geworden. *(Abg. Dr. Strutz: Spielwiese?! Was heißt hier Spielwiese?!)* Sie brauchen Ihren internationalen Auftrieb. Sie brauchen natürlich auch entsprechende Show-Effekte. Sie brauchen das alles! Als solchen kennen wir Sie ja. Sie haben, glaube ich, Aufgaben und Arbeit in diesem Landes genug. Allein damit ist es nicht getan auf 16 Bogen-Plakaten zu plakatieren "Kärnten blüht auf" und die Wirtschaftsdaten zeigen etwas anderes. Sie haben hier die Aufgaben! Sie sind hier gewählt! Und ich glaube, daß Sie Ihre großen politischen Sprünge und Bocksprünge, die Sie geleistet haben, durchaus unterlassen können. *(Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!)*

Meine Damen und Herren! Herr Landeshauptmann, wenn Sie auch meinen, daß Sie sich aus der Bundespolitik zurückziehen, in der gleichen Sendung oder einen Tag danach in "Betrifft" haben Sie dann gesagt "Ich bin schon weg" und auf der anderen Seite "die Steuerreform kommt". Also wieder ein bundespolitisches Thema, das Sie dort eingeleitet haben, *(Lärm in der FPÖ-Fraktion)* das Sie gesagt haben. Da sieht man eigentlich wie sprunghaft Sie sind. Und Sie sind ein Meister, Herr Landeshauptmann, von Volksbefragungen. *(Abg. Dr. Strutz: Sehr erfolgreich!)* Ich würde Ihnen raten, befragen Sie das Volk, wie es zu dieser Irak-Reise

steht, ob sie das auch positiv beurteilen, ob es gescheit und richtig für unser Land war, daß Sie dem Saddam Hussein die Hand gegeben haben. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)* Da wäre es wichtig einmal Ihre Flut von Volksbefragungen tatsächlich mit Leben zu erfüllen. *(Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!)* Herr Landeshauptmann, das wäre Ihre Aufgabe. Und ich glaube, eine eindeutige Antwort wird es von Seiten der Kärntner Bevölkerung geben. Danke schön! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

*(Der Vorsitzende erteilt zur Dringlichkeit Abg. Ing. Rohr das Wort.)*

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Wenn jemand so etwas macht, wie der Herr Landeshauptmann Haider, nämlich anlässlich seiner Irak-Reise einen Handschlag mit einem Massenmörder dem Diktator Saddam Hussein zu begegnen, dann muß ich sagen, dann ist das ein gewaltiger Bärenienst des Bärenalers an der Kärntner Bevölkerung und vor den Augen der Weltöffentlichkeit.

Kollege Strutz, *(Lärm in der FPÖ-Fraktion)* du bist hier heraußen gestanden und hast gesagt, diese angeblich private Reise und die Kritik darüber, das ist eine Heuchelei und eine Scheinmoral, die nicht zu überbieten ist. *(Unruhe in der FPÖ-Fraktion - Der Vorsitzende das Glockenzeichen gebend: Am Wort ist der Herr Ing. Rohr!)* Und der Kollege Jost geht heraus und spricht vom puren Provinzialismus! *(Abg. Dr. Strutz: Das ist Scheinmoral und Scheinheiligkeit!)* Kollege Strutz! Kollege Strutz, jetzt werde ich dir sagen was Scheinmoral und Scheinheiligkeit ist. Weißt du was das ist? Wenn der Herr Landeshauptmann den Herrn Volkswalt Ewald Stadler beauftragt im AKH Wien anzurufen, um dort die Bilder von krebserkrankten Kindern zu besorgen, damit er sie vielleicht in der Sendung "Betrifft" herzeigen kann. Das ist Scheinmoral und das ist Heuchelei! *(Abg. Dr. Strutz: Das ist eine Unterstellung! Das ist ungeheuerlich!)* Das ist Scheinmoral und das ist Heuchelei, meine sehr geschätzten Damen und Herren! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)* Und ich kann Ihnen eines sagen, ich habe in den letzten Wochen zig Kärntnerinnen und Kärntner getroffen, die mich gebeten haben den Herrn Landes-

**Ing. Rohr**

hauptmann ... Jetzt geht er hinaus, weil er diese Kritik nicht aushält! Jetzt geht er hinaus, selbstverständlich! Die mich gebeten haben, den Herrn Landeshauptmann auszurichten, daß er ihre Grüße dem Herrn Diktator und Massenmörder Saddam Hussein nicht überbringen braucht. *(Abg. Dr. Egger: Waren Sie dabei?!)*

Ich habe auch mit etlichen deklarierten freiheitlichen Wählerinnen und Wählern gesprochen, meine sehr geschätzten Damen und Herren. Wissen Sie, was die fühlen? - Die fühlen sich verraten und verkauft und betrogen von ihrem Herrn Landeshauptmann, dem sie großes Vertrauen geschenkt haben und wo sie geglaubt haben, daß er dieses Land so vertreten wird, daß es letztlich vielleicht etwas Positives bringen wird.

Ich kann Ihnen nur eines sagen, meine sehr geschätzten Damen und Herren, wenn jemand vorgibt, Hilfsgüter im Wert von 10.000 Euro in den Irak zu transportieren und das als humanistische Aktion versucht zu verkaufen, frage ich Sie: Dann hätte er sich diese 25.000 Euro, nämlich 350.000 Schilling, ersparen können, die die Privatreise für den Handschlag mit dem Massenmörder Saddam Hussein gekostet hat; hätte er diese 350.000 Schilling oder 25.000 Euro lieber einer Hilfsorganisation zur Verfügung gestellt. Dann wäre nämlich sichergestellt gewesen, daß die Hilfsgüter auch wirklich bei den Betroffenen ankommen.

Ich werde Ihnen noch eines sagen, meine sehr geschätzten Damen und Herren, wenn hier von „Heuchelei“ gesprochen wird. Wissen Sie, was der Effekt einer Reise ist, die gegen jedes Gesetz stattgefunden hat? Wissen Sie, was der Effekt ist?! - *(Abg. Dr. Strutz: Das verstehe ich überhaupt nicht. Das ist ein völliger Blödsinn, was du da redest!)* Die UNO genehmigt deshalb, weil der Herr Landeshauptmann sich über alle Gesetze hinwegsetzt, entsprechende Hilfslieferungen in den Irak deshalb nicht, bevor das nicht geklärt ist. Und da geht es um Waren im Wiener Hafen im Wert von 250.000 Euro. *(Lärm im Hause)* Um 250.000 Euro Hilfsgüter liegen im Wiener Hafen in Containern bereit. Die können nicht hinuntertransportiert werden, weil der Herr Landeshauptmann Haider *(Abg. Jost: Und das können wir mit dem Gewissen vereinbaren?)* die Weltöffentlichkeit mehr oder weniger aufsta-

chelt, die UNO-Sanktionen dadurch natürlich entsprechend ausgelöst werden und hier entsprechende Untersuchungen Monate dauern werden, bis vielleicht *(Vorsitzender: Sie haben noch eine Minute Redezeit, Herr Abgeordneter!)* bei den Betroffenen eine entsprechende Hilfe ankommt. Und wer sich so verhält, meine Damen und Herren, der sollte eigentlich der Kärntner Bevölkerung ersparen, daß er zukünftig Landeshauptmann ist! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Dr. Kaiser zur Dringlichkeit das Wort.)*

**Abgeordneter Mag. Dr. Kaiser (SPÖ):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich begründe die Dringlichkeit mit den Forderungen, die im Antrag der Österreichischen Volkspartei, aber auch sehr ähnlich lautend im Antrag der SPÖ genannt werden. Ich schicke voraus, daß ich den Herrn Dr. Haider für einen sehr, sehr intelligenten Menschen erachte. Ich glaube, daß der Herr Landeshauptmann Dr. Haider entweder in seiner Funktion als Landeshauptmann nicht in der Lage ist, einen Fehler öffentlich einzugestehen oder aber - das ist die zweite Möglichkeit -, daß er hier mit diesem Besuch eine bewußte Handlung gesetzt hat. Persönlich, aber auch politisch meine ich, daß Letzteres der Fall ist. Ich glaube, daß das auch zu begründen ist, wenn man Stück für Stück zusammenträgt. Das fängt nicht mit dieser Reise in den Irak allein an. Es hat Vorgeschichten, es hat Auftritte bei sehr einschlägig bekannten und punzierten Parteien in unseren Nachbarländern, aber auch in anderen Teilen des arabischen Kontinentes.

So paradox es klingen mag, meine Damen und Herren: Dr. Haider, der auch Landeshauptmann von Kärnten ist, plant den Aufbau einer nationalen Internationalen, deren gemeinsame Klammer auch öffentlich schon diskutiert wird. Es ist der Antiamerikanismus, es ist das Abgehen von internationalen Rechtsnormen. Es ist das Negieren von UNO-Resolutionen, und es ist letztlich auch ein Bereich, der immer wieder, wenn auch sehr leise, in Bereichen anklingt, die dieser Rechten in Europa sehr, sehr gut auf den Leib geschrieben sind. Dabei ist - und das ist für mich die Dringlichkeit auch - die Reputation, der Ruf des Landes Kärnten, Österreichs, aber auch in-

**Dr. Kaiser**

ternationaler Organisationen egal. Ich halte das für bedauerlich und verurteile das auf das schärfste!

Denn in welchen Konnex und in welche Beziehung sich der Herr Landeshauptmann - und, meine Damen und Herren, von der FPÖ: das ist er auch als Privatperson - mit unserem Land stellt, möchte ich Ihnen jetzt bei einer sehr unverständigen Beschreibung, nämlich aus dem Jahresbericht von Amnesty International aus dem Jahr 2001, zitieren. Ich zitiere, damit Sie auch wissen, wie humanitäre Tätigkeiten, wie Handschlagsqualitäten aus meiner Sicht mit dem obersten Repräsentanten dieses Volkes zu bewerten sind. Unter dem Titel "Folterungen und Mißhandlungen" zitiere ich von Seite 249 folgendes aus dem hier auch: "Politische Gefangene und Häftlinge wurden besonders brutalen Formen der Folter ausgesetzt. An den Körpern vieler Hinrichtungsoffern waren, als man die Leichen den Familien aushändigte, offensichtliche Spuren von Folterungen zu erkennen, unter anderem ausgestochene Augen. (*Zwischenruf des Abg. Jost*) Zu den üblichen Methoden der körperlichen Folterungen zählten Elektroschocks oder Verbrennungen mit Zigaretten an verschiedenen Körperteilen, das Ausreißen von Fingernägeln, Vergewaltigung, das Aufhängen an den Gelenken über lange Zeiträume hinweg, Schläge mit Kabeln und die Falaqua, was so viel wie Schläge auf die Fußsohlen sowie das Durchbohren der Hände mit Bohrmaschinen gibt." (*Abg. Jost: Und was steht über China drinnen?!*) Ich erspare Ihnen aus humanitären Gründen weitere Zitate. Nur, nachdem auch gesagt worden ist, daß die Kontakte zwischen Freiheitlicher Partei und Baath-Partei (das ist die dortige Einheitspartei) intensiviert werden sollten, folgender weiterer Passus: "Bei den Hinrichtungen verdächtiger Menschen wurde ebenfalls auf diese Weise getötet. Berichten zufolge sollen die Hinrichtungen in Gegenwart von Vertretern der Baath-Partei und des allgemeinen irakischen Frauenverbandes durchgeführt worden sein. Mitglieder der Fedjajedin-Saddam, einer 1994 von Saddam Hussein gegründeten Miliz, vollzogen die Enthauptungen mit Schwertern vor den Häusern der Opfer. Einige dieser Opfer, so hieß es, sollten aus politischen Gründen getötet worden sein."

Meine Damen und Herren! Ich erwarte den

nächsten FPÖ-Abgeordneten, der hier herausgeht und diese Reise, diesen Handschlag, die Überbringung der solidarischen Gründe des österreichischen Volkes noch den Mut hat, zu verteidigen! (*Beifall von der SPÖ- und der ÖVP-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Ramsbacher zur Begründung der Dringlichkeit das Wort.*)

Abgeordneter **Ramsbacher** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Es geht mir bei diesem Antrag nicht darum, die FPÖ-Mandatare des Landtages zu beschuldigen oder die FPÖ. Es geht einzig nur um das Verhalten des Landeshauptmannes bei dieser Irakreise (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Was hat er denn getan?*) und daß er nicht lernfähig ist, daß dieser Mensch nicht lernfähig ist. Herr Gallo, ich glaube, wir brauchen das gar nicht mehr ... Das ist in allen Zeitungen gestanden: Er hat einem Massenmörder - und auch vom Bundeskanzler Schüssel wurde es gesagt -, (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Was hat denn der Schüssel gesagt?!*) er hat einem Menschen, der eigentlich blutige Hände hat, die Hand geschüttelt. Und lernen Sie! Finanzminister Grasser hat gesagt, ihm würde das nicht einmal einfallen. Ich bitte Sie: Verteidigen Sie diesen Landeshauptmann nicht noch! Ich bitte Sie inständigst! (*Heiterkeit in der FPÖ-Fraktion. - Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Mir kommt das so vor: Der Landeshauptmann hat gar keine Veranlassung, sich zu ändern. Er war beim Gaddafi. Dort hat man schon im vergangenen Jahr gesagt: "Mohammed Gaddafi", steht in der "Kleinen Zeitung", von einer Journalistin geschrieben, damals am 21. Mai 2000 "war jahrzehntelang der größte Feind der westlichen Welt, weil er den Terrorismus förderte. Ob Haider Gaddafi sen. bei seinem Aufenthalt im Wüstenzelt des Diktators getroffen hat oder nicht, ist unerheblich. Das mangelnde Gespür Haider für nötige Distanz hat einmal mehr dem Ansehen Österreichs und Kärntens nicht genutzt."

Wenn wir wissen, als er heraufgekommen ist, hat er eine Pressekonferenz abgehalten und hat gesagt, er hat zwei Millionen Liter Benzin gekauft. - Alles nicht wahr! Alles Lüge! (*Abg. Koncilia: Hat er die privat gekauft?!*) Der derzeitige Infrastrukturminister hat gesagt, er wird

**Ramsbacher**

alle Straßenmeistereien umwandeln in Tankstellen. Hier im Landtag hat er gesagt, er wird Pilotprojekte starten. (*Abg. Steinkellner: Ist das die Dringlichkeit, jetzt?*) Ja, das ist die Dringlichkeit. Ich möchte Ihnen die Augen öffnen! (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ja, aber du brauchst nicht so zu schreien!*) Er kann die Wahrheit nicht sagen. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Du mußt zum Hinterleitner hinsehen. Der hat die Augen immer zu!*) Er lebt davon, daß er Unwahrheiten gesagt hat und Wahlen gewonnen hat. Und deswegen gibt es das Sprichwort: "Warum soll ich meine Taktik ändern, wenn ich damit Erfolg habe?" Das ist ja seine Einstellung. (*Abg. Steinkellner: Ihr wollt ja nur von eurem politischen Tiefschlaf ablenken!*) Das ist das Hauptproblem. Na, wir wollen nicht ablenken. Wir haben die Arbeitsplätze in Steinfeld oben beim FPÖ-Bürgermeister verloren. Hunderte sind weg! Keiner kümmert sich darum! Er fährt zum Gad-dafi.

Da möchte ich noch einmal etwas sagen. 28 Fragen sind im Parlament gestellt worden, die offen sind, zur Reise dieses Landeshauptmannes. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: In welchem Parlament? Von Agram?*) Im österreichischen Parlament. Was mich so erschüttert hat: Die Firma FSI, die angefragt hat um diese Flüge, weil es abgelehnt worden ist, das erstmal. Das zweitemal darauf teilte die Firma FSI mit: "... daß man dann die angesprochenen Güter in Österreich lassen werde, aber dennoch in den Irak fliegen möchte." Also ist überhaupt zweitrangig gewesen diese sogenannte humanitäre Aktion. "Man möchte trotzdem in den Irak fliegen." Und dann ist das wieder abgesagt worden. Eines dazu: Sie können hier Taferln zeigen, wer unten war. Alles sind genehmigte Flüge gewesen. Es ist genehmigt worden. Nur, dieser Flug vom Haider ist nicht genehmigt worden. Das ist der Unterschied! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion. - Abg. Dr. Strutz: So ein Blödsinn! Das ist ja ein voller Blödsinn!*) Das ist der einzige Unterschied!

Wenn in der Zeitung steht: "Nur Li Peng, Schirinowsky und Haider haben ihm seit 1990 die Aufwartung gemacht.", (*Vorsitzender: Sie haben noch eine Minute Redezeit!*) so schäme ich mich wirklich darüber. Ich schäme mich! Das steht in der Zeitung. Ich darf euch nur eines noch sagen: (*Abg. Jost: Das stimmt ja nicht!*) Es hilft alles zusammen nichts, solange er Erfolg hat mit Un-

wahrheiten, so lange wir ihm nicht mehr vertrauen können, so lange er nur ständig Schaden für Kärnten macht. Wenn wir die Touristiker hören und wenn wir ins Ausland fahren und wenn ihr die Leserbriefe lest: Ja, bitte, dann denkt doch um und laßt ihn gehen! Laßt in zurückgehen ins Bärenental! Ich glaube, das ist das Gescheiteste. Damit könnte der Schaden für Kärnten und Österreich abgewendet werden. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion. - Abg. Dr. Strutz: Nein, die Freude machen wir dir nicht!*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Hinterleitner zur Begründung der Dringlichkeit das Wort.*)

**Abgeordneter Hinterleitner (ÖVP):**

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren, lassen Sie mich mit einem Satz beginnen, der lautet: "Ich habe es satt, Haider im Ausland ständig rechtfertigen zu müssen!" Das waren die Wortes keines Geringeren als des Weggefährten, langjährigen Weggefährten Haiders, nämlich meines Kollegen Helmut Peter, meines Tourismuskollegen. Das bedeutet einiges, wenn jemand, der international im Tourismus unterwegs ist, solche klaren Aussagen tätigt, der Haider von der Wurzel her kennt und weiß, welche Verhaltensmuster unser und der Landeshauptmann Haider hat, meine Damen und Herren! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Hier säuselt in einer Fragestunde Tourismusreferent Pfeifenberger über die großartigen touristischen Zuwächse, und im gleichen Atemzug und mit einer gleichen Aktion zerschlägt Haider mit seiner Irakreise die internationale Reputation des Kärntner und des österreichischen Tourismus, meine Damen und Herren! Das sind Punkte, die hier angeführt werden müssen. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*) Deshalb ist diese Vorgangsweise eines Landeshauptmannes Haider untragbar, meine Damen und Herren! Wir können also nicht zur Tagesordnung übergehen, ohne hier zu dokumentieren, (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Haben wir eh keine!*) welches Rollenspiel und welche Aufgaben Landeshauptmann Haider in seiner Funktion hat. Es ist nie klar zum Ausdruck gekommen, meine Damen und Herren, bis hin zu seinem neuen Protokollchef: Wo ist Haider überhaupt, meine Damen und Herren? Die Landesstellen wußten nicht, wo sich Haider aufhält.

## Hinterleitner

Wenn ich eine humanitäre Reise in ein Land tätige, dann ist ja das keine Geheimmission, meine Damen und Herren. Dann kann ich mich klar und deutlich artikulieren und sagen: "Im Auftrag meines Landes fahre ich dort und da hin und rechtfertige mich nicht im Anschluß daran. (Abg. Dr. Strutz: Die Abgeordnete Scheucher hat aber gesagt, das soll man leise tun! - Lärm im Hause. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen. - Beifall von der ÖVP-Fraktion.) Auf Sie, Herr Kollege, reagiere ich nicht, wie Grasser sagte: "Sie sind mir nicht wichtig genug!". Das möchte ich hier festhalten! (Beifall von der ÖVP-Fraktion)

Aber lassen Sie mich eines sagen, meine Damen und Herren: Ein ganzes Konvolut hier an österreichischen Pressemitteilungen zu der Reise Landeshauptmann Haiders nach Irak, geschweige denn von den vielen Pressemitteilungen internationaler Art, von der deutschen, der Schweizer, der französischen Presse. Ich wage zu behaupten, daß das tatsächlich unmittelbare wirtschaftliche Auswirkungen im negativen Sinne auf unser Land hat, meine Damen und Herren! Die Kernaufgabe und die Maßnahmen, die der Landeshauptmann zu vertreten hätte, wären: Seine Funktion hier im Lande wahrzunehmen. Ich bin mir nicht sicher und bin nicht überzeugt: In welcher Funktion tritt er auf? Der eine der Kollegen hier im Landtag sagt: "Als Privatperson." Der nächste: "Maßt er sich womöglich an, als Außenminister Kärnten zu vertreten?" In Kärnten müßte er, meine Damen und Herren, sich um die wesentlichen Aufgaben in diesem Lande kümmern und nicht durch Maßnahmen, die er im Ausland setzt, die Reputation Kärntens und damit Österreichs schlechtzumachen und damit den Wirtschaftsstandpunkt ebenfalls schlechtzumachen.

Wir bemühen uns, die Wirtschaft bemüht sich, Aufträge ins Land zu bekommen. Man versucht, internationale Kontakte zu knüpfen. Und reden Sie mit den Österreichern im Ausland, reden Sie mit den Unternehmern im Ausland. Sie werden feststellen, daß hier ein Haarsträuben, ein Kopfschütteln, das die Aussage Haiders verursacht hat, weil man damit das Bemühen um wirtschaftliche Ankurbelung im Lande mit diesen Aktionen zunichte macht. Und deshalb, meine Damen und Herren, ist Dr. Haider für dieses

Land nicht tragbar. (Beifall von der ÖVP-Fraktion.)

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Cernic zur Dringlichkeit das Wort.)

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, das Problem das hier auch in dieser Debatte klar zu Tage tritt, ist wohl, daß es dem Landeshauptmann nicht gelungen ist, für diese Reise den privaten und den offiziellen Charakter auseinander zu halten oder, daß es ihm nicht gelingen wollte - was ich eher vermute. Der private Charakter einer Reise ist auch dann zu hinterfragen, wenn jemand die Funktion eines Landeshauptmannes hat. Es ist die Frage, wieviel privat gibt es dann noch. Das Problem, das sich für mich darstellt ist, daß im irakischen Fernsehen - das haben Ausschnitte im ORF gezeigt - dargestellt wurde, daß dieser Besuch des Landeshauptmannes ein offizieller war. Es wurde berichtet, daß er aus Kärnten, aus Österreich hat grüßen lassen. Und ich denke mir, daß diese Problematik möglicherweise zu klären ist. Sehr einfach, wenn es stimmt, daß es von diesen Gesprächen zwischen Jörg Haider und Saddam Hussein Tonbandprotokolle gibt, die auch verfügbar sind. Dann denke ich, sollte man den Mut haben, diese Tonbandprotokolle zu veröffentlichen, denn dann wird klar werden, ob im Gespräch der Versuch bestanden hat, diese Reise so quasi privat zu halten oder ob tatsächlich hier offizielle Gespräche geführt wurden und auch Grüße überbracht worden sind.

Für mich aber wesentlich problematischer ist der zweite Aspekt, wesentlich problematischer in seinen möglichen Konsequenzen für Kärnten. Nämlich die Tatsache, daß es wirklich alle Gründe gibt, am humanitären Charakter der Reise zu zweifeln. Ich sage das jetzt einmal, indem ich das nachzuvollziehen und zu werten versuche, was medial dargestellt wird. Ich muß bemerken, daß es keinerlei Photos gibt von einer Übergabe humanitärer Güter. Jetzt kenne ich den Landeshauptmann von Kärnten mittlerweile sehr gut und weiß, daß er keine Gelegenheit ausläßt, Aktionen dieser Art zu dokumentieren. Und es mutet seltsam an, daß in diesem Fall dieser Aspekt unterlassen wurde. (Abg. Dipl.-

**Mag. Cernic**

*Ing. Gallo: Das sind aber Krokodilstränen, die Sie da weinen!)* Wo andererseits es aber nicht unterlassen wurde, das gemeinsame Sitzen auf dem Sofa sehr wohl zu dokumentieren. Das heißt also, es gibt eine Reihe von fragwürdigen Aspekten. Und ich sehe tatsächlich die Möglichkeit, daß die Recherchen der Medien in weiterer Folge ergeben, daß der gesamte Versuch dieser Reise einen humanitären Charakter zu geben, von Anfang an nur ein Scheinmanöver war und daß man tatsächlich hier versucht, schwer kranke Kinder für solche Scheinrechtfertigungen zu mißbrauchen. Wenn das, meine sehr geehrten Damen und Herren, offenbar werden sollte, wenn das offenbar werden sollte, dann glaube ich, daß unser Land ungeheuren Schaden nehmen würde. Und ich fordere Sie alle, vor allem aber den Landeshauptmann selber auf, wenn tatsächlich hier nur humanitäre Aspekte eingebracht wurden als Scheinmanöver und als Tarnmanöver, dann soll man sich ehe baldigst dazu bekennen (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Zu was bekennen!*) und nicht warten, bis diese Dinge (*Vorsitzender: Sie haben noch eine Minute Redezeit!*) klar bewiesen an den Tag gelegt werden. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Wulz zur Dringlichkeit das Wort.)*

**Abgeordnete Wulz (SPÖ):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr verehrte Zuschauer auf der Bühne. Wir haben heute schon sehr viele Äußerungen bezüglich der letzten Provokation des Landeshauptmannes von Kärnten gehört. Abgesehen davon, daß die Zeit Ihrer Regierungsverantwortung, aber auch durch den Einfluß, den Sie auf die Bundesregierung haben sowieso als Zeiten der größten Belastungen für unsere Bevölkerung eingehen, haben Sie mit dem Besuch bei Saddam Hussein wieder einmal das Ansehen Kärntens massiv geschädigt. Viele Menschen in unserem Land schämen sich und kommen unschuldig in Situationen, die sie nicht verursacht haben. Es ist eben nicht lustig, wenn man im Ausland beschimpft wird. Es ist auch nicht lustig, wenn man in anderen Bundesländern bewertet wird nach den verbalen Ausritten des Herrn Landeshauptmannes, einem Landeshauptmann,

der nichts anderes zu tun hat, als überall auf der Welt herumzureisen mit der Vorliebe für Schurkenstaaten und -länder, Politiker, Richter und angesehene Bürger beleidigt. Mit der Reise in den Irak haben Sie den Vogel wirklich abgeschossen. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Welchen!?*) Und die größte Frechheit war, daß Sie die Grüße der Österreicherinnen und Österreicher überbracht haben.

Wenn man die ganze Geschichte verfolgt, dann gibt es dazu schon einige Fragen. Fragen, auf die wir Kärntnerinnen und Kärntner ein Recht haben, eine Antwort zu bekommen. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Eine Anfrage einbringen!*) Wann und wen haben Sie im Außenministerium über Ihre Reise in den Irak informiert? Wann haben Sie positive Reaktionen vom Außenministerium bezüglich Ihrer Reise bekommen? Laut APA-Meldung vom 13. Februar, eine Aussage von Ihnen. Wenn Sie schon schöne Grüße aus Österreich an Saddam Hussein überbrachten, dann haben die Österreicher auch ein Recht auf Aufklärung, daher meine Frage: Welchen Inhalt hatte das Gespräch mit Saddam Hussein? Gibt es Berichte über die Reise und vor allem gibt es Berichte über die Gespräche mit Saddam Hussein? (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ja, im NEWS!*) Welche Behörden haben Sie bezüglich Ihrer Reise innerhalb der Vereinten Nationen, der Vereinigten Staaten und der EU-Mitglieder kontaktiert? Wer hat die Reise in den Irak vorbereitet und wer hat einen Beitrag zum Zustandekommen dieser Reise geleistet? Wissen Sie noch im Detail, welche Hilfsgüter Sie geliefert haben? Können Sie uns erklären, wie die Hilfsgüter im Detail in den Irak gebracht wurden? Wie hoch waren die Kosten der Reise und wer hat diese bezahlt? Und können Sie den Kärntnerinnen und Kärntnern erklären, wie hoch der Unterschied zwischen den Kosten der Hilfsgüter und den Kosten der Reise ist? (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Warum? - Warum ist das von Bedeutung?*) Und diese Fragen wollen wir einfach ehrlich vom Herrn Landeshauptmann persönlich beantwortet haben. Aus den eigenen Reihen haben Sie bezüglich Ihrer Reise massivste Kritik einstecken müssen. Das Chaos danach in Ihrer Partei ist uns allen noch gut in Erinnerung. In Erinnerung ist mir aber auch, was Ihr Klubobmann gesagt hat. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Welcher!?*) Und Ihr Klubobmann hat an Sie ... (*Abg. Lutschounig:*

**Wulz**

*Welcher, eine gute Frage, ja!*) der Herr Dr. Strutz hat, als Sie vom Koalitionsausschuss zurückgetreten sind, gesagt: "Jetzt kann sich der Herr Landeshauptmann zu 100 Prozent den Aufgaben in Kärnten widmen". Da frage ich Sie, wieviel Sie bis jetzt für Kärnten gearbeitet haben. 100 Prozent kann es nicht sein, laut Aussage Ihres Klubobmannes. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)* Kärnten hat aber einen 100-prozentigen Landeshauptmann verdient. Und deswegen, Herr Landeshauptmann, treten Sie zurück! *(Beifall von SPÖ-Fraktion. - Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das war aber nichts Neues!)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Arbeiter zur Dringlichkeit das Wort.)*

Abgeordneter **Arbeiter** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, es ist dringlich einmal aufzuklären, nachdem von mehreren Rednern - vor allem von Klubobmann Strutz - hier im Hohen Hause mitgeteilt wurde, der Herr Landeshauptmann sei mit Blutkonserven in den Irak gereist. Das allein ist schon vom Glauben und von der Möglichkeit Blutkonserven, *(Mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten der FPÖ-Fraktion. - Lärm im Hause.)* Blutkonserven - ich habe ganz genau, Kollege Strutz, zugehört *(Abg. Dr. Strutz: Die Frau Muttonen ...)* ganz genau zugehört und noch jemand von Ihren Funktionären in Wien hat auch dasselbe behauptet. Und ich möchte schon richtigstellen, damit das von den Medien nicht an die Kärntner Bevölkerung übermittelt wird, *(Abg. Dr. Strutz: Die Frau Muttonen hat gesagt, Plastikblutkonserven!)* Herr Dr. Haider wäre mit 300 Blutkonserven - es gibt keine Plastikblutkonserven in dem Sinne. *(Abg. Dr. Strutz: Sag das der Muttonen - das ist deine Freundin!)* Das ist eine Unterstellung, Kollege Strutz! *(Dies wird auf heitere Weise vorgetragen und löst Heiterkeit im Hause aus.)* Das ist eine Unterstellung. Ich stelle hier dringend fest, daß es völlig unmöglich ist, Blut in den Irak in Konserven oder in Beuteln usw. einzuführen. *(Lärm im Hause.)* Abgesehen davon, traue ich dem Herrn Landeshauptmann viel Kraft zu, beim Laufen, wie man immer wieder hört, aber nicht beim Transportieren. Das wären etwas zu viele Kilo, wenn es wirklich Blutkonserven gewesen wären.

Das nur einmal nebenbei erwähnt. *(Zwischenruf von Abgeordneten Dr. Strutz.)* Wir haben schon gehört heute, daß die Geräte überaltert sind. Wenn meine Informationen stimmen, *(Abg. Dr. Egger: Die stimmen nicht!)* kann ich nur ... ich kenne diese Beutel, die es gibt zur Genüge. Ob die neu waren oder die zwei Geräte, diese Beutel zu verschweißen, die der Herr Landeshauptmann mitgehört hat und noch ein anderes Gerät. Das war der Inhalt dieses scheinbar ominösen 25-Kilo-Koffers. Ich nehme auch an, daß der Landeshauptmann nicht ohne eigene Wäsche gereist ist, weil die wiegt auch etwas und die anderen Dinge, die man für eine Reise braucht.

Aber ich befasse mich jetzt mit der Kritik. Mit der Kritik eurer eigenen Funktionäre und Funktionärinnen, die gravierend, ja sehr schnell gekommen ist, weil die Möglichkeit, mit dem Herrn Landeshauptmann da Kontakte aufzunehmen, ganz sicher über Bagdad nicht möglich war. Und unter anderem bereits ... und euer Kollege Grasser, der schon einmal angeblich wegen Herrn Strutz da Kärnten verlassen hat, wie ich das gehört habe in einem Interview, der hier ganz locker betont hat: "Ich würde nicht auf die Idee kommen, Saddam Hussein zu treffen". Ich erspare jetzt die weitere Wortmeldung von ihm hier kundzutun, weil ich annehme, daß es den freiheitlichen Funktionären bekannt ist. *(Abg. Dr. Strutz: Das war eine verirrte Einzelmeldung!)* ... das ist seine Meinung, nicht meine - ich teile sie nur mit. Der Herr Scheibner: "Ob die Vorbereitung optimal war, bleibt dahingestellt". Ich erspare mir auch jetzt weiter, was er gesagt hat. Oder bei privaten Besuchen, eine Koordinierung anscheinend nicht notwendig, war auch eine Kritik an dieser Fahrt. Sichrovsky: "Ein herrliches Privattreffen des Herrn Haider mit Diktator Saddam Hussein". Das ist alles dokumentiert im Kurier am 14.2. *(Abg. Dr. Strutz: Richtig wiedergeben!)* ... im Kurier am 14.2. drinnen gestanden. Sichrovsky, in der nächsten Aussage am 14.2. - es geht um Schadensbegrenzung. Derzeit gehe es um den Ruf der österreichischen Außenpolitik und dabei um *(Es herrscht Unaufmerksamkeit und Lärm im Hause.)* die Schadensbegrenzung. Die Betonung des humanitären Charakters der Reise von Dr. Jörg Haider, besonders notwendig. Mit der Form der jetzigen innenpolitischen Auseinandersetzung des Besuches Dr. Haiders, machen wir uns in-

## Arbeiter

ternational nur – Kollege Strutz, hör zu, bitte – lächerlich! Lächerlich hat er gesagt! Westenthaler: "Ich verstehe die Kritik an Haider". Mehr möchte ich dazu nicht sagen. Es ist durch die Medien ja in vielen Aussagen gegangen. Er ist ja zeitgerecht vergattert worden (*Ständige Zwischenrufe von Abgeordneten der FPÖ-Fraktion. - Lärm im Hause.*) ... zeitgerecht vergattert worden, von wem immer, gar keine Frage. Oder? Einmal vom Irakbesuch Haiders aus den Medien erfahren. Einige Unwahrheiten des Herrn Westenthaler seien schon möglich. Ich hätte mir mehr Sensibilität vom Betreuerstab und vom Beraterstab des Herrn Dr. Haider erwartet. Das wird dem Landeshauptmann doch ein bißchen aufgestoßen sein, nehme ich an. Aber nachdem er ja gesagt hat, er hat den Kopf von Herrn Westenthaler in den Händen - das habe ich persönlich gehört - hat er sicher auch hier so formuliert. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Sein jetziger Nachfolger in den berühmten Ausschuß, Gorbach: "Haider hat mit der Irakreise Riess Passer keinen guten Dienst erwiesen". Ich erspare mir auch hier die weiteren Formulierungen. Und wenn ich jetzt die Stellungnahmen der ÖVP, mehrere von Schüssel und allen anderen, bis zum Wurmitzer, hier kundtun würde, (*Vorsitzender: Sie haben noch eine Minute Redezeit, bitte!*) das überlasse ich aber – nachdem die Zeit nicht ausreichend ist - den Kollegen von der ÖVP-Fraktion. Aber, was heute über die APA gekommen ist, möchte ich zum Schluß doch vielleicht anziehen. "Haider leugnet zu Unrecht Völkermord im Irak." Wenn das der Fall sein sollte, wenn das der Fall sein sollte, dann ist das was heute hier vorgebracht wurde noch bedenklicher. "Der Kärntner Landeshauptmann äußert Zweifel im irakischen Giftgaseinsatz gegen Kurden". Das ist heute über die APA gekommen. Ich verbreitere mich nicht mehr weiter. Ich verbreitere mich nicht mehr weiter, weil ich nicht weiß, ob diese Dinge inhaltlich zutreffend sind und ich glaube, daß alle Abgeordneten der FPÖ diese Aussendung der APA in Händen haben. (*Vorsitzender: Bitte, die Redezeit ist abgelaufen!*) Sollte dies wirklich der Fall sein, dann ist es ein echter Skandal. (*Abg. Dr. Strutz: Ich werde jetzt dazu was sagen!*) Aus den kurzen und wenigen Gründen, die innerhalb von fünf Minuten von mir eingebracht wurden, werden wir den Dringlichkeitsantrag der ÖVP unterstüt-

zen. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Dr. Strutz das Wort.*)

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Ja, zu meinem alten Freund Gebhard Arbeiter, Kämpfer für das Gesundheitswesen, muß ich jetzt schon etwas dazu sagen zu diesen Giftgasangriffen, weil ja gerade auch innerhalb der Sozialdemokraten - zumindest in Deutschland sind sie schon ein bißchen weiter, wenn man den Außenminister Joschka Fischer richtig interpretiert. (*Abg. Arbeiter: Also, das ist kein Sozialdemokrat!*) ... ja, ist kein Sozialdemokrat, aber er ist mit euch in einer aufrechten Koalition, laßt es mich einmal so sagen - ist ein aufrechter Linker sowie ihr Zwei da hinten (*Gemeint sind zwei Abgeordnete aus der SPÖ-Fraktion. - Dies löst Heiterkeit unter den Abgeordneten der FPÖ-Fraktion aus.*) - da ist die Diskussion schon ein bißchen weiter geführt. Ich bringe euch einen Artikel, der euch vielleicht zu denken geben sollte, Standard 20.2. vor zwei Tagen, nein gestern war er drinnen. PR-Aktion aus dem Pentagon. "Einem Exklusivbericht der New York Times zufolge plant das Pentagon eine intensive breit gestreute PR-Kampagne, die die öffentliche Meinung im Ausland beeinflussen soll, kurz nach dem 11. September 2001 soll dazu eingesetzt werden, gezielt Informationen – möglicherweise auch Falschmeldungen - an ausländische Medien, nicht nur in feindlichen Nationen sondern auch bei befreundeten Ländern, zu verbreiten. Die New York Times weist darauf hin, daß sich diese Pläne zu einem Zeitpunkt konkretisieren, zu denen sich die Bush-Regierung anscheinend über einen möglichen Angriff auf Saddam Hussein geeinigt hat.

Das Blatt zitiert einen hohen Militär: "Saddam führt eine andauernde Schamoffensive und wir haben nichts dazu getan, dem entgegenzuwirken." Und dann sagt ein hoher UN-Diplomat (Sponek): "Die Geschichte wird zeigen, daß das was heute behauptet wird, daß der Irak eine Gefahr für die Welt ist, das ist dummes Zeug." Das sagt der UN-Diplomat Sponek, Beauftragter für den Irak und Feststellung auch der Sicherheitsmöglichkeiten unten. Als die Waffeninspektoren am Abend des 16. Dezember 1998 abgezogen

**Dr. Strutz**

wurden, (*Abg. Ramsbacher: Tuast den Saddam verteidigen!*) zeigten ihre Berichte, daß der Irak ballistisch, nuklear und chemisch voll abgerüstet war, nur im biologischen Bereich waren noch einige Fragen offen. Aber selbst diese fehlenden Informationen waren nach Ansicht der Inspektoren nicht gravierend. Der Irak kann nur dann das Wissen nutzen, das heute in den Gehirnen seiner Experten ist, wenn er sehr viel Geld hat und die Technologie. Und die Technologie hat er heute nicht mehr. Aber wissen Sie, meine Damen und Herren, woher er das Geld hat? Woher er das Geld hat? Aus dem Verkauf von Öl. Aus dem Verkauf von Öl, das mit Duldung der UN zu 80 Prozent nach Amerika wandert, zu einem Spottpreis, den nämlich die EU und Amerika selbst festsetzen. Das sollten wir auch einmal überlegen, wenn wir vielleicht in den Zeitungen darüber erfahren, daß die Amerikaner mittlerweile ein eigenes Ministerium zur Desinformation speziell über den Irak einsetzen, Kollege Arbeiter! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion - Abg. der ÖVP-Fraktion zeigen Bilder von den Giftgasopfern.*)

(*Der Vorsitzende erteilt zur Dringlichkeit Abg. Dipl.-Ing. Gallo das Wort.*)

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo (FPÖ):**

Hohes Haus! Wenn ich mir die Wortmeldungen so vergegenwärtige, dann kommt es mir - auch wenn ich dem arabischen nur unzulänglich mächtig bin - es doch ein bißchen vor wie bei "1001 Nacht". Tausend unwahre Behauptungen und eine finstere Nacht, (*Abg. Sablatnig: Und eine Wahrheit!*) wo Sie von ÖVP und SPÖ heruntappen. Früher einmal hat man gesagt, reisen bildet. (*Abg. Dr. Wutte: Jetzt aber nicht mehr!*) Sie von SPÖ und ÖVP bilden sich offensichtlich ein, daß Sie im Sog der Reise unseres Landeshauptmannes auch Medienecho erreichen können. (*Abg. Hinterleitner: Im Sog waren wir wirklich nicht! - Unruhe in ÖVP- und SPÖ-Fraktion - Der Vorsitzende das Glockenzeichen gebend: Bitte um Aufmerksamkeit für den Redner!*) Und wenn wir die Geschichte verfolgen, hat es noch bei jeder Reisebewegung von Jörg Haider Aufregung gegeben. Zuerst nur, wenn er ins Bärntal gefahren ist. Dann später als er in KONSUM-Filialen gefahren ist, weil die SPÖ-

Mitglieder und Gewerkschafter sich nicht mehr hin getraut haben vor der Schließung. Dann, als er das Semperit-Werk besucht hat. (*Abg. Dr. Wutte: Ist auch zu!*) Später, wenn er nach Amerika gefahren ist zur Ausbildung oder nach New York, (*Unruhe im Hause*) oder wenn er nach Jesolo gefahren ist, oder wenn er in den Vatikan gefahren ist und sei es nur mit einem Christbaum und jetzt gibt es die Aufregung nach der Irak-Reise. Und es ist ganz interessant, Frau Kollegin Cernic, weil Sie mich so lieb anlachen, (*Heiterkeit im Hause*) bei früheren Reisen und zwar der letzten nach New York haben Sie sich beschwert, daß hiebei ein Film gedreht worden ist. Jetzt urgieren Sie plötzlich Fotos von der Irak-Reise. Ich möchte Ihnen eines sagen: Es gibt ein Beispiel in der Geschichte, wo tatsächlich einem - ich nenne es vorsichtshalber und sehr beschönigend "Schurken", wo jemand einem Schurken die Hand gegeben hat, der als solcher auch verurteilt worden ist, was ja beim Saddam Hussein noch aussteht, das war der Herr Innenminister Rösch dem Terroristen Carlos in Österreich. Und Sie reden immer, daß man nicht polarisieren soll, daß man Gesprächsbereitschaft erhalten soll und sind nicht alleine, (*Abg. Sablatnig: Mit Saddam Hussein, das ist wichtig!*) denn es gibt gerade zur Irak-Politik prominente Europäer, die das was die Amerikaner behaupten, nicht so sehen. (*Abg. Sablatnig: Verteidigungsrede für Saddam Hussein! Das ist ein Skandal!*) Ich bin nicht der Pflichtverteidiger! (*Unruhe in der ÖVP-Fraktion*) Es gab vor zwei Tagen heftige Kritik des deutschen Außenministers Fischer an der amerikanischen Außenpolitik gegenüber dem Irak. In dieselbe Kerbe hat der französische Außenminister Vedrine geschlagen und zuletzt auch einer aus Ihrer Gesinnungsgemeinschaft, der spanische Ministerpräsident Aznar und den anderen Herren aus Deutschland, den hat der Klubobmann Strutz bereits erwähnt.

In Ihrem Dringlichkeitsantrag behaupten Sie, ohne den Beweis zu erbringen, daß der Landeshauptmann im Namen der österreichischen Bevölkerung Grüße überbracht hat. Ich weiß nicht woher Sie das haben, den Landeshauptmann haben Sie nicht befragt. Wo ist der Beweis, (*Unruhe in der ÖVP- und SPÖ-Fraktion*) daß dem Ansehen und den Interessen Kärntens schwerer Schaden zugeführt worden ist? (*Lärm in der SPÖ- und ÖVP-Fraktion*) Sie haben mit keinem

**Dipl.-Ing. Gallo**

Wort den Schaden beziffert. Sie haben mit keinem Wort einen Beweis vorgelegt. Und zum Schluß hat Sie überhaupt der Mut verlassen, denn den vollmundigen Ankündigungen ist nichts mehr gefolgt.

Weil der Kollege Hinterleitner erwähnt hat, daß Österreich im Ausland schlecht gemacht worden ist, darf ich Ihnen folgendes vorlesen, (*Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!*) ein E-Mail an Jörg Haider um Unterstützung wirtschaftlicher Projekte im Irak von der Wirtschaftskammer. (*Abg. Hinterleitner: Das war der Kollege Peter, ein langer Weggefährte!*) Die sagen unter anderem: "Wie soeben telefonisch besprochen, möchten wir hier unser Interesse an allfälligen geplanten Reisen des Herrn Dr. Jörg Haider in unsere Zielländer bekunden." Und als Zielländer werden genannt: der Jemen, der Irak, der Iran, Libyen und Syrien. (*Abg. Dr. Strutz: Sehr interessant!*) Ein spezielles Projekt im Irak möchten wir gerne vorstellen. (*Unruhe im Hause - Der Vorsitzende das Glockenzeichen gebend: Ich bitte um mehr Aufmerksamkeit!*) Das Projekt hat ein Volumen von über einer Milliarde Dollar. (*Abg. Dr. Strutz: Die wollen ja alle mitfahren! - Abg. Hinterleitner: Das ist ja unglaublich! - Abg. Lutschounig: Du fahr mit und bleib unten!*) Und am Schluß: "Vielleicht haben Sie hier eine Möglichkeit uns zu unterstützen mit einem gemeinsamen Besuch. (*Vorsitzender: Jetzt ist die Redezeit abgelaufen, Herr Abgeordneter!*) Das hat der Herr Landeshauptmann getan und darüber beschweren Sie sich! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

**Vorsitzender Erster Präsident Dipl.-Ing. Freunschlag (FPÖ):**

Meine Damen und Herren! Es liegt zur Dringlichkeit keine Wortmeldung mehr vor. Ich möchte noch ausdrücklich festhalten, daß nach der Geschäftsordnung, weil es sich eben um die Begründung des Dringlichkeitsantrages handelt, der Herr Landeshauptmann sich nicht zu Wort melden kann und darf. Für alle jene, die es sich eigentlich erwartet haben, daß er in diesem Zusammenhang jetzt das Wort ergreifen hätte sollen.

Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit des Antrages. Wer dieser Dringlichkeit zu-

stimmt, den bitte ich um ein Handzeichen! Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, denn die Freiheitliche Fraktion hat geschlossen der Dringlichkeit die Zustimmung verwehrt. Ich ersuche ... (*Abg. Dr. Wutte: Herr Präsident, zur Geschäftsordnung!*) Ich werde den Antrag dem Rechts- und Verfassungs- und Immunitätsausschuß zuweisen.

Ich bitte den Landtagsdirektor ... Zur Geschäftsordnung hat sich der Herr Klubobmann Wutte gemeldet.

**Abgeordneter Dr. Wutte (ÖVP):**

Herr Präsident! Ich darf für die Fraktion, für die Abgeordneten der Kärntner Volkspartei gemäß § 64 der Geschäftsordnung des Kärntner Landtages einen Antrag zur Geschäftsordnung (er ist bereits abgegeben worden) einbringen mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Gemäß Artikel 69 Abs. 1 des Kärntner Landesverfassungsgesetzes und gemäß § 32 der Geschäftsordnung zum Kärntner Landtag wird ein Untersuchungsausschuß zur Überprüfung der von Landeshauptmann Dr. Jörg Haider in dieser Legislaturperiode durchgeführten außereuropäischen Reisen mit folgenden Untersuchungsgegenständen bzw. Prüfungsaufträgen eingesetzt:

1. Überprüfung des Zwecks und des Charakters der Reisen (offizielle, halboffizielle oder private).
2. Überprüfung der Art und Weise der Durchführung der Reisen (Reiseteilnehmer, stattgefundenen offizielle und halboffizielle Kontakte etc.).
3. Überprüfung, ob durch diese Reisen Rechtsvorschriften nationaler oder internationaler Art verletzt wurden.
4. Überprüfung des Gesamtaufwandes, der durch diese Reisen entstanden ist und wer für diesen Aufwand im einzelnen aufkommen ist.
5. Überprüfung, welche Gegenleistungen von Dr. Haider erbracht wurden, wenn Aufwendungen von dritter Seite übernommen wurden.
6. Feststellung der Auswirkungen der Reisen für das Land Kärnten.

**Dr. Wutte**

7. Die Zahl der Untersuchungsausschußmitglieder ist mit fünf festzusetzen.

Ich beantrage die Abstimmung über diesen Antrag. *(Abg. Dr. Strutz: Zur Geschäftsordnung!)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Zur Geschäftsordnung hat sich Klubobmann Strutz gemeldet!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident, ich ersuche eine Sitzungsunterbrechung vorzunehmen, um prüfen zu können, ob dieser Antrag insbesondere dem § 32 der Landtagsgeschäftsordnung entspricht. Aus unserer Sicht liegt nämlich hier kein selbständiger Wirkungsbereich des Landes vor und damit ist auch die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses unzulässig. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hohes Haus! Ich unterbreche die Sitzung um nicht nur die Überprüfung gemäß Geschäftsordnung des Antrages sondern auch weiterer Gespräche zwischen den Fraktionen zu führen betreffend - sollte es zu einer Bildung kommen - die Anzahl der Teilnehmer in einem solchen Ausschuß und auch betreffend die Vorschläge, welche Abgeordnete dann auch vom Landtag in so einen Ausschuß entsandt werden, weil sie ja gewählt werden müssen. Ich unterbreche die Sitzung bis 20.15 Uhr.

*(Unterbrechung der Sitzung um 19.58 Uhr.)*

*(Fortsetzung der Sitzung um 20.33 Uhr)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Ich setze die unterbrochene Sitzung fort. Wir haben in der Obmännerkonferenz über den Antrag beraten, auch im Zusammenhang mit der formalen, aber auch der

inhaltlichen Art des Antrages. Es ist auf den ersten Blick oder nach den ersten Gesprächen auch mit Frau Dr. Havranek vom Verfassungsdienst so, daß offensichtlich dieser Antrag weder formal noch inhaltlich der Geschäftsordnung entspricht. *(Abg. Dr. Strutz: Zur Geschäftsordnung!)* Bitte, Herr Dr. Strutz, zur Geschäftsordnung!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich habe gebeten, die Sitzung zu unterbrechen, weil ich darauf aufmerksam gemacht habe, daß im § 32 festgeschrieben ist, daß der Landtag nur das Recht hat, durch Beschluß in den Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches des Landes einen Untersuchungsausschuß einzusetzen.

In der Obmännerkonferenz hat die Leiterin der Verfassungsabteilung eindeutig bestätigt, und ich zitiere: "... daß sie keinen Ansatz findet, weder im Bereich der Hoheitsverwaltung noch im Bereich der Privatwirtschaft, hier einen unmittelbaren Kausal- und Prüfungszusammenhang feststellen zu können."

Ich verweise auf die Anmerkungen auf Seite 136 der Geschäftsordnung zum § 32. Dort heißt es: "In Angelegenheiten, die nicht zum selbständigen Wirkungsbereich des Landes gehören", und beim gegenständlichen Antrag handelt es sich eindeutig darum, das hat auch die Verfassungsabteilung bestätigt "ist die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses unzulässig. Ein derartiger Beschluß wäre absolut nichtig."

Ich verweise auch darauf, daß dieser Antrag einen weiteren Fehler aufweist, nämlich im Punkt 7 stellt dieser Antrag die Zahl der Untersuchungsausschußmitglieder mit "fünf" fest. Auch dieser Punkt ist gegen die Geschäftsordnung.

Ich stelle daher, Hoher Landtag, den Antrag gemäß § 60 der Geschäftsordnung, nämlich daß der Landtag die Abstimmung über diesen Antrag in der nächsten Sitzung vornimmt, um noch eine rechtlich eindeutige Würdigung vornehmen zu können.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hoher Landtag! Es steht dieser Antrag zur Abstimmung. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß Dr. Havranek in ihrer Darstellung auch darauf hingewiesen hat, daß sie in der Kürze der Zeit zu dieser Rechtsauffassung gekommen ist. Der Antrag vom Klubobmann Strutz würde also hier anschließen, um eine eingehende Prüfung dieses Antrages nach Rechtskonformität zu ermöglichen. (*Abg. Unterrieder: Zur Geschäftsordnung!*)

Zur Geschäftsordnung hat sich Herr Klubobmann Unterrieder gemeldet.

Abgeordneter **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich habe keinerlei Absicht, die Verfassungsabteilung da in irgendeiner Form - ich bin kein Verfassungsjurist - zu beeinflussen, aber für mich ist es verwunderlich, daß eine Reise des Herrn Landeshauptmannes zum Diktator Saddam Hussein nicht Angelegenheit im Wirkungsbereich des Landes ist. Das ist etwas (*Abg. Dr. Strutz: Zur Geschäftsordnung!*) und die Kosten zu diesem Bereich vor allem, die entstanden sind. Ich muß sagen, wir haben ja einen Antrag vorbereitet für Überprüfung durch den Rechnungshof, geschäftsordnungsgemäß, aber wir werden auf jeden Fall - wie ich bereits ausgeführt habe - einem Untersuchungsausschuß zustimmen. Sollte sich herausstellen, daß der Antrag der Rechtmäßigkeit nicht entspricht, dann ist er vom Antragsteller zu verändern und wird wieder unsere Zustimmung bekommen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Zur Geschäftsordnung hat sich Klubobmann Dr. Strutz gemeldet.

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Der Inhalt wurde vom Kollegen Unterrieder nicht korrekt wiedergegeben. Der Inhalt dieses Antrages bezieht

sich auf die Überprüfung des Charakters der Reise, nämlich ob sie privat oder halboffiziell gewesen ist. Hier ist kein ... (*Abg. Sablatnig: Offiziell?*) Oder offiziell. Hier ist kein Anknüpfungspunkt für den Vollzug, weder Hoheitsverwaltung noch in anderen Bereichen.

Auch die Überprüfung der Art und Weise der Durchführung der Reise, nämlich wer als Reisetilnehmer mitgenommen hat, ist nicht Gegenstand der Vollziehung; ähnlich die Punkte 3, 4 und 5. Deshalb ist das, was auch die Verfassungsabteilung hier festgestellt hat, vollkommen korrekt, daß nämlich kein inhaltlicher Grund für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gegeben ist.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Danke schön! Ich lasse, Hohes Haus, abstimmen über den Antrag der Vertagung, den Antrag vom Klubobmann Strutz der Vertagung der Abstimmung über diesen Antrag der ÖVP. Wer ... (*Aus der ÖVP-Fraktion: Der FPÖ! - Zwiegespräche im Hause.*) Bitte, ich möchte ersuchen, genau meinen Worten zu folgen! Ich habe gesagt: Ich lasse abstimmen über den Antrag des Klubobmannes Strutz über eine Vertagung der Abstimmung über den ÖVP-Antrag zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Genau das habe ich also vorgetragen. Darüber lasse ich jetzt abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt: bitte um ein Handzeichen! - Dieser Antrag bleibt in der Minderheit, denn SPÖ und ÖVP haben diesem Vertagungsantrag nicht zugestimmt.

Ich komme nun zur Abstimmung über den Antrag der ÖVP zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Wer diesem die Zustimmung gibt: bitte, ein Handzeichen! - Das ist die erforderliche einfache Mehrheit! SPÖ und ÖVP haben diesem Antrag zugestimmt. Die FPÖ hat diesem Antrag die Zustimmung verweigert.

Ich unterbreche jetzt abermals die Sitzung, denn es muß der Untersuchungsausschuß konstituiert werden. Die Anzahl der Mitglieder ist im ursprünglichen Antrag bereits festgelegt worden. Wir müssen jetzt noch die Vorschläge der Fraktionen abstimmen. Es sind ... (*Hinweis des Schriftführers*) Nein, das werde ich dann machen. Ich unterbreche die Sitzung und ersuche,

**Dipl.-Ing. Freunschlag**

die Vorschläge für die Mitglieder des Untersuchungsausschusses beim Landtagsamt einzubringen. (*Abg. Dr. Wutte: Zur Geschäftsordnung!*) Sobald die vorhanden sind, können wir die Sitzung fortsetzen. Es muß auch formal noch einmal ein Antrag über die Anzahl der Mitglieder des Untersuchungsausschusses eingebracht werden, denn so sieht es auch die Geschäftsordnung vor. (*Abg. Dr. Wutte: Zur Geschäftsordnung!*) Ich habe eigentlich schon unterbrochen, Herr Klubobmann. Kann ich das am Beginn der Fortsetzung machen? Ja. Ich habe schon unterbrochen.

(*Unterbrechung der Sitzung um 20:41:10 Uhr. - Fortsetzung der Sitzung um 20.41:50 Uhr.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit wir schneller vorwärts kommen, bitte ich ... Also ich nehme die Sitzung wieder auf und bitte um einen Vorschlag für die Anzahl der Mitglieder des Untersuchungsausschusses! (*Abg. Dr. Wutte: Herr Präsident, ich darf geschäftsmäßig den Antrag stellen, daß für diesen Untersuchungsausschuß die Anzahl mit "fünf Abgeordneten" festgelegt wird. Ich bitte, darüber abzustimmen!*)

Es ist der Antrag über die Anzahl der Mitglieder mit "fünf" beantragt. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen! - (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das ist ja schon beschlossen. Das ist ja wieder ...*) Das ist die Mehrheit! SPÖ und ÖVP haben diesem Antrag zugestimmt.

Nun unterbreche ich die Sitzung, um abzuwarten, um die Vorschläge der Abgeordneten für diesen Untersuchungsausschuß einbringen zu können. Schriftlich, bitte! Es muß dieser Antrag von mehr als der Hälfte der Mitglieder der Klubs unterschrieben sein. Ich unterbreche bis 9 Uhr.

(*Unterbrechung der Sitzung um 20.43 Uhr.*)

(*Fortsetzung der Sitzung um 21.06 Uhr.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Ich nehme die unterbrochene Landtagssitzung

wieder auf. Ich teile mit, daß von den Klubs die Mitglieder des Untersuchungsausschusses, des vom Landtag beschlossenen Untersuchungsausschusses mitgeteilt wurden. Seitens des FPÖ-Klubs wurden Frau Landtagsabgeordnete Dr. Claudia Egger und Klubobmann Dr. Martin Strutz vorgeschlagen. Von Seiten des SPÖ-Klubs, Herr Landtagsabgeordneter Gebhard Arbeiter und Landtagsabgeordneter Dr. Peter Kaiser. Und seitens der ÖVP-Fraktion Herr Landtagsabgeordneter Ferdinand Sablatnig.

Gemäß unserer Geschäftsordnung hat nun unmittelbar die Wahl der Mitglieder nach dem Verhältniswahlrecht stattzufinden. Wir wählen geschäftsordnungskonform mit amtlichen Stimmzetteln. Die Wahl erfolgt lediglich durch Ankreuzen. Die schriftlichen Wahlvorschläge, die von mehr als der Hälfte der Fraktionsmitglieder unterzeichnet wurden, liegen vor. Auf die FPÖ - wie gesagt 2; auf die SPÖ 2 und auf die ÖVP 1 Mitglied. Nun müssen nach unserer Geschäftsordnung die drei jüngsten Abgeordneten der Klubs zur Mithilfe bei der Wahl bestimmt werden. Es ist dies für die FPÖ, Abgeordneter Mag. Ragger; für die SPÖ, Abgeordneter Manfred Volautschnig und für die ÖVP, Klubobmann Dr. Klaus Wutte, die als Stimmzähler für diesen Wahlakt fungieren. Ich ersuche die Stimmzähler des Amtes zu walten und den Schriftführer, die Damen und Herren Abgeordneten in alphabetischer Reihenfolge, nach der Stärke der Fraktionen, zur Stimmabgabe aufzurufen. Ich bitte nun den Schriftführer! (*Es herrscht Lärm im Hause. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*)

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

Herr Abgeordneter Franz Baumann, Frau Abgeordnete Dr. Claudia Egger, Erster Präsident Dipl.-Ing. Freunschlag (*Den Vorsitz übernimmt Zweiter Präsident Ferlitsch.*), Herr Dipl.-Ing. Johann Alois Gallo, Herr Abgeordneter Bernhard Gritsch, Herr Abgeordneter Siegfried Jost, Frau Abgeordnete Dietlinde Kreutzer, Herr Abgeordneter Josef Lobnig, Dritter Präsident Peter Mitterer, Herr Abgeordneter Mag. Christof Neuner, Herr Abgeordneter Mag. Christian Ragger, Herr Abgeordneter Franz Schwager (*Ich nehme aus Protest an dieser Abstimmung nicht*

**Mag. Weiß**

teil!), Herr Abgeordneter Gerhard Stangl, Frau Abgeordnete Sigrid Steinkellner, Herr Abgeordneter Dr. Martin Strutz, Frau Abgeordnete Wilma Warmuth;

Herr Abgeordneter Gebhard Arbeiter, Frau Abgeordnete Mag. Nicole Cernic, Zweiter Präsident Johann Ferlitsch (*Den Vorsitz übernimmt Dritter Präsident Mitterer.*), Herr Abgeordneter Mag. Dr. Peter Kaiser, Herr Abgeordneter Alfred Kollmann,

Herr Abgeordneter Dietmar Koncilia, (*Um 21.16 Uhr übernimmt 1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag den Vorsitz.*) Herr Abgeordneter Ing. Reinhart Rohr, Herr Abgeordneter Hans-Peter Schlagholz, Herr Abgeordneter Rudolf Schober, Herr Abgeordneter Adam Unterrieder, Herr Abgeordneter Manfred Volautschnig, Frau Abgeordnete Anita Wulz, Herr Abgeordneter Ing. August Eberhard, Herr Abgeordneter Mag. Raimund Grilc, Herr Abgeordneter Helmut Hinterleitner, Herr Abgeordneter Robert Lutschounig, Herr Abgeordneter Johann Ramsbacher, Herr Abgeordneter Ferdinand Sablatnig, Frau Abgeordnete Mag. Elisabeth Scheucher-Pichler, Herr Abgeordneter Dr. Klaus Wutte.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung kurz bis die Auszählung erfolgt ist.

(*Unterbrechung der Sitzung um 21.24 Uhr. - Die unterbrochene Sitzung wird um 21.28 Uhr wieder aufgenommen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren, bevor ich die Sitzung aufnehme, muß ich berichten, daß Österreich eine Goldmedaille durch Stefan Eberharter errungen hat und Österreich somit über zwei Goldmedaillen verfügt. (*Beifall im Hause - Abg. Unterrieder: Da sind wir uns einig!*) Da sind wir uns einig, ja!

So, ich darf berichten, meine Damen und Herren! Die Summe der abgegebenen Stimmen 172, Summe der ungültigen Stimmen 75. Dr. Martin

Strutz wurde mit 22 Stimmen gewählt. Er erhielt 22 Stimmen - 13 ungültig. Abgeordnete Dr. Claudia Egger 22 - 13 ungültig; Abgeordneter Gebhart Arbeiter 18 - 16 ungültig; Abgeordneter Mag. Dr. Peter Kaiser 18 - 16 ungültig; und Abgeordneter Ferdinand Sablatnig 17 Stimmen - 17 ungültig. Damit sind Dr. Martin Strutz, Dr. Claudia Egger, Gebhart Arbeiter, Mag. Dr. Peter Kaiser und Ferdinand Sablatnig als Mitglieder des Untersuchungsausschusses betreffend die Überprüfung der vom Landeshauptmann Dr. Jörg Haider in dieser Legislaturperiode durchgeführten außereuropäischen Reisen gewählt.

Der Untersuchungsausschuß ist somit gebildet. Gemäß unserer Geschäftsordnung berufe ich ihn hiermit mündlich zur konstituierenden Sitzung zur Wahl des Vorsitzenden, dessen Stellvertreters unmittelbar im Anschluß an diese Landtags-sitzung in den Kleinen Wappensaal ein. Ich teile gleichzeitig mit, Hohes Haus, daß ich hinsichtlich der Verfassungskonformität des Beschlusses ein Rechtsgutachten einholen werde. Sollte dieses ergeben, daß die Einsetzung des Untersuchungsausschusses unzulässig war, wäre der Beschluß dazu absolut nichtig. Das wollte ich dazu noch sagen und möchte nun den Herrn Landtagsdirektor um die Mitteilung des weiteren Einlaufes ersuchen. (*Abg. Unterrieder: Zur Geschäftsordnung, Herr Präsident!*) Bitte, zur Geschäftsordnung!

Abgeordneter **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich darf einen Antrag gemäß § 64 der Kärntner Landtagsgeschäftsordnung einbringen, betreffend Überprüfung der Reise von Dr. Jörg Haider zu Diktator Saddam Hussein, gemäß § 30 Absatz 2 Ziffer 1 der Kärntner Landtagsgeschäftsordnung. Die Abgeordneten der Sozialdemokratischen Fraktion haben folgenden Antrag gestellt:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen: Der Landesrechnungshof wird aufgefordert, die Reise des Kärntner Landeshauptmannes, Dr. Jörg Haider, zu Diktator Saddam Hussein dahingehend zu überprüfen, welche direkten und indirekten Kosten dadurch für das Land Kärnten entstanden sind und ob die Grundsätze der Rechtmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit dabei eingehalten wurden.

**Unterrieder**

Ich bitte Herrn Präsidenten, diesen Geschäftsordnungsantrag zu behandeln und abstimmen zu lassen!

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Ich bitte, den Antrag auch abzugeben, damit er vorliegt. (*Abg. Unterrieder überreicht den Antrag.*) Ich lasse laut Geschäftsordnung über diesen Antrag zur Geschäftsordnung abstimmen. Wer damit einverstanden ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand! - Das ist mehrheitlich mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP, gegen die Stimmen der FPÖ-Fraktion, so beschlossen.

Ich bitte den Landtagsdirektor um die Mitteilung des Einlaufes!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

**2. Ldtgs.Zl. 543-2/28:**

**Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Jugendschutz** mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit dem Innenminister zu erreichen, daß dieser die Organe der Bundesgendarmerie und der Bundespolizeibehörden anweist, bei der Vollziehung der §§ 6 bis 13 Kärntner Jugendschutzgesetz verstärkt mitzuwirken.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich Abgeordneter Jost gemeldet. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Jost** (FPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! In dem gegenständlichen Antrag geht es um die Behebung eines Defizits, das unserer Meinung nach besteht. Dieses Defizit wurde offenbar zuletzt auch bei einer ORF-

Diskussion über das Kleine Glücksspiel, in der Vertreter der Exekutive auch mitgeteilt haben, daß sie sich für den Jugendschutz in diesem Bereich nicht zuständig fühlen. Wenn man sich allerdings das Kärntner Jugendschutzgesetz im Detail anschaut, dann kommt man drauf, daß also hier sehr wohl festgelegt ist, daß Polizei und Gendarmerie für die Überwachung auch gerade der §§ 6 bis 13 nach dem Jugendschutzgesetz - wobei auch die Teilnahme am Kleinen Glücksspiel hier geregelt ist - zuständig sind. Unserer Meinung nach besteht daher ein Bedarf, daß hier mit der Exekutive dieses Problem erörtert wird und auch die Exekutive sehr wohl eine Handhabe hätte, Überprüfungen durchzuführen, was also die Teilnahme von Kindern, von Jugendlichen am Kleinen Glücksspiel betrifft. Es handelt sich ja dabei um ein Problem, das in den vergangenen Wochen auch immer wieder in den Mittelpunkt der Diskussionen gestellt wurde. Es erscheint daher aus unserer Sicht notwendig, daß ich will nicht sagen "Unwissenheit", aber offensichtlich die Herbeiführung des gesetzlichen Zustandes, daß also Polizei und Gendarmerie sehr wohl zuständig sind, das nachdrücklich auch hier vollzogen wird und praktiziert wird.

In diesem Sinne ersuche ich um Zustimmung zu diesem Dringlichkeitsantrag, wobei ich darauf hinweise, daß gerade von der ÖVP auch ein entsprechender Antrag im Ausschuß liegt und dieser Antrag da nur eine Verstärkung dieser Diskussionen ist und aus unserer Sicht auch eine weitere Klärung herbeiführt.

Ich ersuche Sie daher um Ihre Zustimmung! Danke! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Schober zur Dringlichkeit das Wort.*)

Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorerst einmal eine Richtigstellung, Herr Kollege Jost. Entweder haben Sie das falsch gehört oder es liegt ein Irrtum vor. Ich habe in der ORF-Diskussion nicht gesagt, daß wir nicht zuständig sind. Es gibt Zuständigkeitsprobleme beim Vollzug zum Glücksspielgesetz. Das ist richtig. Einerseits gibt es eine Einschreitungsmöglichkeit nach dem Bundesglücksspielgesetz. Da haben wir die

**Schober**

Kompetenz. Nach dem Veranstaltungsgesetz, in dem das Kleine Glücksspiel in Kärnten geregelt ist, haben wir keine Zuständigkeit - sehr wohl aber im Jugendschutz. Nur, es gibt Vollzugsprobleme, weil wir einfach von der personellen Seite her nicht in der Lage sind, dieses Gesetz so zu vollziehen, wie man sich das eigentlich wünscht.

Also inhaltlich zu diesem Antrag selbstverständlich ein Okay! Es ist auch allerhöchste Zeit, muß man sagen, daß es einen solchen Antrag gibt - nur fürchte ich, daß dieser Antrag, würde ich einmal sagen, eine reine Alibiaktion ist, ausgehend aus der heutigen Diskussion bei der Enquete, wo man gewissen Leuten doch die Augen aufgemacht hat, wie es in Wahrheit beim Vollzug zu diesem Gesetz aussieht.

Eines muß man auch sagen: Bereits im Jahre 1998, als man die ersten Auswirkungen des Nichtvollziehens gemerkt hat, haben sich ja alle drei Parteien hier in diesem Haus dazu bekannt, die Mitwirkung des Bundes in verstärktem Maß einzufordern. Das ist damals auch geschehen, nur es ist nicht gelungen. Grasser war damals der zuständige Referent. Er hat auch hier im Landtag berichtet, daß er sich sehr wohl bemüht hat, die Mitwirkung zu erreichen. Es wurde ihm aber seitens des Innenministeriums versagt. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Und des Finanzministeriums!*) "Und des Finanzministeriums", das waren die Worte des Abgeordneten Gallo. Richtig!

Aber ich habe immer noch eine große Hoffnung, eine große Hoffnung insofern, denn damals war gerade die FPÖ in Opposition. Grasser war noch nicht in der Regierung. - Heute haben sich die Karten geändert. Heute ist Grasser in der Regierung, heute ist Reichhold in der Regierung! Beide waren damals Gewerbereferenten und haben diese Dinge eingefordert; als Opposition. Heute sind sie in der Regierung und hätten die Möglichkeit, das umzusetzen. Wir werden also sehr genau danach trachten, ob es da in der Richtung etwas Positives zu berichten geben wird. Ich fürchte, auch da wird nicht viel zu erreichen sein. Wenn ich die Reformen der Exekutive, die sich gerade in der letzten Zeit für den Bereich Kärnten ergeben haben, ansehe, dann sehe ich auch nicht viel Licht. Denn es hat damals der Herr Innenminister und auch im Beisein des Herrn Landeshauptmannes, erklärt - es gibt diese

berühmte Broschüre, diese Hochglanzbroschüre - und da steht: "Kärnten ist ein sicheres Land. Einsparungen im Bereich der Verwaltung, jedoch nicht im Bereich der Sicherheit." Nur, die Wahrheit sieht anders aus! Es wurde nicht in der Verwaltung gespart, sondern vor allem im Bereich der Sicherheit.

Deshalb noch einmal: Zustimmung zum Antrag, große Hoffnung - aber in Wahrheit wird wahrscheinlich wohl nicht viel daraus werden. Danke vielmals! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Scheucher-Pichler zur Dringlichkeit das Wort.*)

Abgeordnete **Mag. Scheucher-Pichler**  
(ÖVP):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir befinden uns hier mitten in der Diskussion und wissen noch nicht ganz genau, wie es mit dem Kleinen Glücksspiel wirklich weitergehen wird. Immerhin haben sich ja heute namhafte Vertreter der SPÖ und auch der FPÖ für einen Ausstieg ausgesprochen. Ich denke trotzdem, daß auch für die Ausstiegsszenarien, über die ja heute auch im Rahmen der Enquete und im Rahmen der Sitzung gesprochen wurde, entsprechende Vorkehrungen zusätzlich getroffen werden müssen, das heißt hier strengere Kontrollen und einem stärkeren Mitwirken der Exekutive zuzustimmen, ist für uns kein Problem. Wir können daher diesem Antrag auch gerne unsere Zustimmung geben. Wie gesagt, der Schutz der Jugend liegt uns sehr am Herzen. Wir werden uns auch sehr dafür einsetzen, daß es hier im positiven Sinne weitergeht! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit des Antrages. Wer der Dringlichkeit zustimmt, bitte um ein Handzeichen! Ich bitte, die Plätze einzunehmen. - Das ist einstimmig so beschlossen! Es liegt keine Wortmeldung zum Antrag selbst vor. Ich lasse über den Antrag abstimmen. Wer damit einverstanden ist: bitte um ein zu-

**Dipl.-Ing. Freunschlag**

stimmendes Handzeichen! - Das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen!

Ich bitte den Landtagsdirektor, die Mitteilung fortzusetzen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

**3. Ldtgs.Zl. 572-6/28:**

**Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend großer Schaden für das Ansehen Kärntens durch die Reise des Landeshauptmannes Jörg Haider zum Diktator Saddam Hussein** mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

1. Der Landeshauptmann von Kärnten wird aufgefordert, als Konsequenz seines Besuches bei Diktator Saddam Hussein zurückzutreten.
2. Ungeachtet der Forderung nach Punkt 1. wird der Kärntner Landeshauptmann aufgefordert, künftige Auslandsreisen jedenfalls unter Bedachtnahme auf die Reputation der Kärntner Bevölkerung und das Ansehen unseres Heimatlandes Kärnten sowie auf die (negativen) Auswirkungen auf die Arbeitsplätze in Kärnten, auf die Kärntner Wirtschaft und auf den Kärntner Tourismus durchzuführen; um weiteren Schäden vorzubeugen, wird der Landeshauptmann des weiteren aufgefordert, bei allfälligen zukünftigen Auslandsreisen diese im und mit dem Regierungskollegium abzusprechen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich Abgeordneter Klubobmann Unterrieder gemeldet. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich möchte die Debatte jetzt nicht verlängern. Es

wurde ja beim ersten Antrag schon dieselbe Causa behandelt. Wir haben diesen Antrag eingebracht. Ich darf nur noch ergänzen: Wir haben eine schriftliche Anfrage eingebracht, in welcher die Fragestellungen dahingehend sind, welchen Wert diese Hilfsgüter repräsentiert haben. Das würde uns sehr interessieren. Welche Art von Medikamenten, qualitativ? Wie das alles ausgeschaut hat. Das ist eine schriftliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann. Wir erwarten uns, daß wir eine Antwort bekommen, damit wir dann - die Causa ist ja noch lange nicht zu Ende, es ist ja ein Untersuchungsausschuß eingesetzt worden -, auch vollkommene Aufklärung für den Landtag und in weiterer Folge natürlich für die Kärntner Bevölkerung haben. Denn die Kärntner Bevölkerung bewegt das. Ich sage das noch einmal: Ich habe noch nie in letzter Zeit so eine Welle an Empörung verspürt wie jetzt, wo Leute angerufen haben - nicht die Leserbriefe alleine sind es -, sondern das war nicht notwendig, das sage ich noch einmal. Und aus dem Grund die ganzen Aktivitäten.

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion. - Abg. Lutschounig: Adi, du hast uns überzeugt!*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Ramsbacher zur Dringlichkeit das Wort.*)

Abgeordneter **Ramsbacher** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Auch wir werden diesem Antrag die Dringlichkeit zumessen. Ich glaube aber auch, man soll wirklich noch einmal aufklären, was also wirklich hier passiert ist und daß es sehr wohl auch Verstöße gegen das Außenhandelsgesetz aufgrund der UN-Sanktionen gegenüber dem Irak gibt und daß es dazu auch Dokumentationen bereits gibt. Von renommierten Rechtsprofessoren, Univ.-Prof. Dr. Manfred Rotter und Univ.-Prof. Dr. Heinz Mayer, wurde in der Folge des Rechtsbruchs Haiders ein Verstoß gegen das Außenhandelsgesetz im Zusammenhang mit den UN-Sanktionen gegenüber dem Irak gemäß der bisher bekannten Fakten im Detail nachgewiesen.“ Die Einstellung Haiders, der als Politiker mehrfach auf die österreichische Bundesverfassung und alle anderen Gesetze angelobt wurde, einen von ihm verschuldeten und zu verantwor-

**Ramsbacher**

tenden Gesetzesbruch als lächerlich abzutun,“ da ist Bezug genommen auf sein ORF-Interview, wo er also damit meinte, die Kritik des Kärntner Wirtschaftskammerpräsidenten sei auf eine provinzielle Sicht und auf völlige Uninformiertheit und Ungebildetheit zurückzuführen, (*Beifall diesmal von der FPÖ-Fraktion*) wie er meinte, glaube ich, lächerlicher geht es nicht mehr usw., (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das hat die Muttonen gesagt!*) „zeigt einmal mehr die besorgniserregende Verständnislosigkeit gegenüber dem österreichischen Rechtsstaat auf.“ Das meint Univ.-Prof. Dr. Manfred Rotter. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ist das ein Tierarzt?*)

Gleichzeitig hat Haider einen zweiten in das Boot geholt, daß nach seinen Angaben auch das Land Vorarlberg einen größeren Betrag für seine Reise gespendet hätte. Es müsse daher auch gegen die Vorarlberger Landesregierung ein solches Verfahren eingeleitet werden.

Ein Schuß ins Knie, wie es heißt. Schon einen Tag später dementierte Vorarlberg, mit der Irakreise Haiders und dessen humanitärer Hilfe etwas zu tun gehabt zu haben. Vorarlberg habe lediglich der Österreich-Irakischen Gesellschaft zugesagt, sich mit 50.000,- Schilling an der humanitären Hilfe für den Irak zu beteiligen, wenn ein von der UNO akkordiertes Hilfsprojekt vorgelegt werde. Als Bedingung wurde genannt, das Projekt müsse von der UNO geprüft und genehmigt sein. Das war es nicht, betonte ÖVP-Landesrätin. (*Mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten aus der FPÖ-Fraktion. – Lärm im Hause.*) Ich weiß es nicht, aber ich glaube, es ist schon eine größere Dimension hier vorhanden, denn auch die WAZ-Gruppe - die sind ja bei der Krone also wesentlich beteiligt, Miteigentümer der Krone, hat eine Untersuchung über die Reise des Landeshauptmannes Haider und die Unterstützung eingeleitet. Dichand hat bereits am Sonntag die Politik Haiders kritisiert. Ich glaube, hier ist sehr viel in Bewegung geraten. (*Mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten aus der FPÖ-Fraktion.- Lärm im Hause.*) Und nach der Meinungsumfrage - das ist nicht nur in Kärnten - 78 Prozent wollen Haider nicht mehr in der Bundespolitik sehen. Nur mehr 12 Prozent wollen noch Haider. (*Unruhe unter den Abgeordneten der FPÖ-Fraktion.*) Und trotzdem, ein Zitat als Abschluß - Erwin Zankl, Kleine Zeitung - und

das sagt eigentlich alles: "Trotzdem soll er uns" - gemeint ist Landeshauptmann Haider - "nicht für so dumm halten, daß wir ihm den Schmäb abnehmen, er sei in humanitärer Mission zu Saddam Hussein gereist" - Erwin Zankl. Ich glaube, das reicht. Danke. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Dr. Strutz zur Dringlichkeit das Wort.*)

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich wiederhole die Argumente. Die Reise des Landeshauptmannes in den Irak hat einen humanitären Charakter gehabt und hat humanitäre Ziele verfolgt. Durch freiwillige Spenden konnte Landeshauptmann Jörg Haider eine umfangreiche Hilfslieferung für leukämiekrankte Kinder organisieren. Medizinische Geräte für Blutkonserven und die erforderlichen Mittel für eine Blutbank wurden durch ihn in den Irak transportiert. Angesichts des unvorstellbaren Elends von Frauen und Kindern im Irak, war diese humanitäre Hilfeleistung für die Betroffenen lebenswichtig. Die Aktion für leukämiekrankte Kinder im Irak wird auch mit Sicherheit weitergeführt werden, auch wenn das einigen nicht paßt. (*Abg. Lutschounig: Ist das eine Aufgabe!?*) Landeshauptmann Jörg Haider ist auch als Vermittler zwischen ehemaligen Kriegsgefangenen aufgetreten. Jörg Haider konnte erfolgreich bei der Problematik der Kriegsgefangenen vermitteln zwischen dem Irak und zwischen dem Iran. Als Folge der Kriege mit dem Iran und Kuwait warten nämlich tausende Kriegsgefangene auf eine Heimkehr. Und Jörg Haider wurde bei seiner letzten Reise nach Kuwait ersucht, hier - weil er von beiden Seiten als Vermittler anerkannt wurde - auch in den betroffenen Ländern aktiv zu werden.

Zur Frage auch der Relationen, wer in den vergangenen Jahren alles Kontakte in den Irak gehabt hat, möchte ich nur nochmals auf die Wirtschaftsbeziehungen die Österreich mit dem Irak unterhält verweisen. "Die Geschäfte boomen" - titelt das Wirtschaftsblatt. Die Wirtschaftskammer war von Anfang an auch voll über diese Aktivitäten, die hier Österreich im Irak setzt, informiert. (*Abg. Lutschounig: Nach dem 11.*)

**Dr. Strutz**

*September auch!?)* Österreich hat mit Franz Schröder auch heute einen Handelsdelegierten in Bagdad, der von der Österreichischen Bundeswirtschaftskammer bezahlt wird, der auch die Reise Jörg Haiders als positiv für die österreichische Wirtschaft beurteilt hat. Er wurde übrigens von Bundeskanzler Schüssel persönlich in den Irak entsandt, mit dem Auftrag, Wirtschaftskontakte auch anzubahnen. Österreich bezieht auch irakisches Öl aus dem "Food-for-Oil-Project" der UNO. (*Abg. Hinterleitner: Firma Rudolf, gelt!*) Und immer wieder reisen hochkarätige Wirtschaftsdelegationen, unter anderem auf Vermittlung der Wirtschaftskammer, in den Irak. Im Jahr 2000 war auch Ex-Präsident Maderthaner im Irak und hat hier Wirtschaftskontakte mit diesem Staat angebahnt. Dieselben, die Jörg Haiders Reise in den Irak, in die unzulässige Unterstützung des Irak nennen und sehen wollen, machen seit Jahren in Wirklichkeit die besten Geschäfte mit diesem Regime in Bagdad und sind am weiteren Ausbau der Beziehungen interessiert, bei denen Jörg Haiders Verbindungen in die arabische Welt auch genutzt werden - der Brief ist von meinem Kollegen zitiert worden - wo bereits Ansuchen kommen, vielleicht bei der nächsten Reise mit dabei sein zu können. Die Argumentation gegen die Irakreise ist aus meiner Sicht ein einziger Akt der Heuchelei.

Der Landeshauptmann hat drei wichtige Punkte zu erfüllen gehabt: Er hat humanitäre Hilfe geleistet; er hat für Kriegsgefangene vermittelt und er hat Wirtschaftskontakte versucht anzubahnen. Das ist nichts Unverwerfliches, das ist nichts, warum man ihm das vorzuwerfen hat, was die SPÖ und ÖVP heute getan hat. (*Abg. Ramsbacher: Brauchts keine Angst haben vorm Untersuchungsausschuß. - Abg. Lutschounig: Brauchts noch den Papst dazu, der das rechtfertigt!*) Dem Landeshauptmann ist aus unserer Sicht daher das absolute Vertrauen auszusprechen. Und diesem Antrag wird deshalb weder die Dringlichkeit noch inhaltlich zugestimmt. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. - Ich

komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit des Antrages. Wer diesem zustimmt, bitte um ein Handzeichen. - Es ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Die FPÖ-Fraktion hat geschlossen dieser Dringlichkeit die Zustimmung verweigert.

Ich weise den Antrag den Rechts-, Verfassungs- und Immunitätsausschuß zur weiteren Behandlung zu. - Ich bitte, weiter zu berichten!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

B) Anträge von Abgeordneten:

**1. Ldtgs.Zl. 498-3/28:**

**Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs** mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Kärntner Landtag einen Entwurf des Gemeindeplanungsgesetzes mit der Zielsetzung vorzulegen, wodurch die Widmungserfordernisse für Einkaufszentren in den Innenstädten wegfällt. Die Errichtung von Einkaufszentren außerhalb dieser festgelegten Stadtkerne ist zu erschweren.

Zuweisung: **Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschuß**

**2. Ldtgs.Zl. 559-2/28:**

**Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs** mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung zu erreichen, daß in Kärnten ein Pilotprojekt universitärer LehrerInnenausbildung unter Einbeziehung der Universität Klagenfurt, der Pädagogischen Akademie des Bundes und des Pädagogischen Instituts durchgeführt wird.

Zuweisung: **Bildungs-, Kultur-, Jugend- und Sportausschuß**

**3. Ldtgs.Zl. 573-1/28:**

**Antrag aller Abgeordneten des ÖVP-**

**Mag. Weiß**

**Klubs** mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, die Leistungen aller Kleinbauern, die weniger als 2 ha landwirtschaftliche Nutzflächen bewirtschaften und nicht im Rahmen des ÖPUL-Programmes gefördert werden können, durch entsprechende Fördermaßnahmen abzugelten.

Zuweisung: **Ausschuß für Gemeinden und ländlichen Raum**

C) Schriftliche Anfrage:

**1. Ldtgs.Zl. 572-4/28:**

**Schriftliche Anfrage von Abgeordneten des SPÖ-Klubs an LH Dr. Jörg Haider** mit folgendem Wortlaut:

Welchen Wert repräsentieren die von Ihnen überbrachten Hilfsgüter?

Wurden wirklich nur die von den Medien genannten 300 Stück Vollblut-Inline-Filtersysteme (Plastikbeutel für Blutspenden), 2 Stück

Schweißgeräte Composeal Mibilea (zum Verschweißen von Plastikfolien), 1 Blutseparator sowie Zystostatiker der Firma Baxter (Medikamente zur Behandlung von Blutkrebs) Hilfsgüter überbracht?

Beträgt der Wert dieser Hilfsgüter für die vom Diktator Saddam Hussein geschädigte Bevölkerung wirklich nur 10.000 Euro?

Welche Kosten sind für das Land Kärnten durch diese Reise entstanden?

Wenn für das Land Kärnten keine Kosten entstanden sind, wer hat dann die Kosten der Reise übernommen und warum?

Bei welcher Fluggesellschaft und von wem wurde die Reise gebucht?

Wer hat an dieser Reise außer Ihnen teilgenommen?

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Damit ist die Tagesordnung und der Einlauf vollständig berichtet und abgearbeitet. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen eine gute Nachhausefahrt.

**Ende der Sitzung: 21.55 Uhr**